Das *Ö*konomische *M*anifest!

Fünf Fundamentalreformen, um den Niedergang von Wirtschaft und Demokratie aufzuhalten

Gero Jenner

Vorwort ... 3

I) Wie wir das ökonomische Fundament der Demokratie unterspülen ... 13
- Leistungslose Einkommen und das deutsche Bundesverfassungsgericht ... 13
- Was hat Thomas Piketty, ein Starökonom, zum parasitären Transfer zu sagen? ... 17
- Marktwirtschaft ohne Kapitalisten – eine klassenlose Gesellschaft ... 23

II) Wie Geld die Gesellschaften aufbaut und vernichtet ... 33
- Sparen – Segen und Fluch zugleich ... 35
- Privateigentum – heilige Kuh oder wichtigstes Instrument im Dienste der ökosozialen Marktwirtschaft? ... 38

III) Zum ewigen Wachstum verdammt? Wie wir das ökologische Fundament zerstören ... 45
- Der schuldengetriebene Wachstumszwang ist das Problem ... 47

IV) Wie der Staat Leistung und Können bestraft ... 49
- Ein grober Unfug – wir bestrafen die Kreativität ... 49
- Neuer Fiskalismus ... 53
- Einwände technischer Art ... 56

V) Wie die Arbeit vernichtet und das Kapital exportiert wird ... 61
- Der freie Handel ... 61
- Der Konflikt zwischen privatem und allgemeinem Interesse ... 64
- Wohin steuert der Westen? ... 68

VI) Wie die ökonomische Wissenschaft sich zur Magd der Reichen und Mächtigen macht ... 73
- Die Unterdrückung von Wissen: Der Visionär gehört in die Psychiatrie ... 76

Anhang: ... 79

1. Wie funktioniert der parasitäre Transfer? ... 79

2. Versuchsweise Berechnung des parasitären Transfers in Deutschland für die Jahre 2001 und 2007 ... 83

3. Aufkommensneutrale Umstellung von der Besteuerung der Leistung auf eine Besteuerung des Verbrauchs ... 97

Literaturverzeichnis ... 101

Index ... 103

Vorwort

> Undemokratische Gesellschaften gehen an ihrem Misserfolg, demokratische an ihrem Erfolg zugrunde. *GJ*

In vorliegendem Buch möchte ich Politik und Wirtschaft auf andere als die gewohnte Art vorstellen, nämlich als ein eng verwobenes, in Wahrheit unlösbares Ganzes. Politik ist ein Instrument der Macht und der Machtverteilung, die beide in der Wirtschaft und der Nutzung der Ökosphäre ihren sichtbarsten Ausdruck finden, weil sie darüber entscheiden unter welchen Bedingungen materielle Güter erzeugt und wie sie aufgeteilt werden.

Von einem solchen Standpunkt betrachtet, deutet vieles darauf hin, dass wir heute in einer Übergangszeit leben. Auch in der Vergangenheit hat es den Kreislauf zwischen Machtkonzentration und privater Initiative gegeben, im Extrem den Gegensatz zwischen feudaler oder kommunistischer Diktatur auf der einen Seite und verschiedenen Spielarten der Demokratie auf der anderen. Diesem politischen Gegensatz entsprechen im ökonomischen Bereich die beiden Alternativen von Plan- und Marktwirtschaft. In der ersten beherrscht eine privilegierte Kaste den Produktionsapparat und die Verteilung des Reichtums, in der zweiten ist die Verfügung über den ökonomischen Apparat auf eine maximale Anzahl von Köpfen verteilt. Alle Akteure zusammen – man spricht dann vom Markt – bestimmen die Regeln.

Die demokratische Marktwirtschaft lässt *im Idealfall* nur das Können und die verantwortliche Leistung des einzelnen gelten, um daran die Verteilung der materiellen Güter zu bemessen. Da Können und Leistung aber mit deren Trägern verschwinden und in andere Hände übergehen, kann es in einem derartigen Idealfall nie zu einer Konzentration der Vermögen in wenigen Händen kommen.[1] Eine Marktwirtschaft ohne Kapitalisten ist in Wahrheit – das wurde bisher nie deutlich erkannt – eine klassenlose Gesellschaft (hierzu meine Definition des Kapitalismus am Ende von Kapitel I).

Diese Erkenntnis allein reicht schon aus, um ernste Zweifel an der gegenwärtigen politisch-ökonomischen Verfassung westlicher Staaten hervorzurufen.

Warum immer wieder Privilegiengesellschaften entstehen

Meine These geht allerdings darüber hinaus. Sie besagt, dass der beschriebene Idealfall historisch niemals und nirgendwo realisiert worden ist, weil das demokratische System bis zum heutigen Tag stets politisch wie ökonomisch instabil war. Denn tatsächlich ist es ja immer und überall zu einer stetigen Konzentration der Vermögen und damit auch zu einer stetigen Ballung von Macht in wenigen Händen gekommen.[2] Nicht nur die älteste Demokratie im klassischen Griechenland sowie die etwas spätere Annäherung an eine solche im vorkaiserlichen

Rom sind aus diesem Grund in den Feudalismus umgeschlagen, sondern genau der gleiche Prozess bedroht auch heute die Staaten des Westens.

Und zwar auch die Vereinigten Staaten, wo die Demokratie nach über zweitausend Jahren sozusagen eine zweite Geburt erlebte. Schon die Gründerväter misstrauten den Massen und haben das Wahlrecht daher zunächst nur Bürgern mit Eigentum gewährt, nämlich den Grundbesitzern. Erst 1860 wurde auch einer Mehrheit von eigentumslosen Weißen (Männern) das Wahlrecht zugesprochen. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf die gesamte erwachsene Bevölkerung einschließlich der Frauen (1920) und schließlich der Schwarzen (Civil Rights Act von 1964) wurde zwar als Durchbruch zu einer echten Demokratisierung gefeiert, an der tatsächlichen Mitsprache der Bürger hat sie aber kaum etwas geändert. Diese setzt nämlich voraus, dass die Entscheidung über die grundlegenden politischen Fragen tatsächlich in ihren Händen liegt.

Davon kann in den Vereinigten Staaten aber inzwischen keine Rede mehr sein. Nur jene (Präsidentschafts-)Kandidaten haben dort eine Chance, welche genügend Spender finden, um ihren Wahlkampf zu finanzieren. Spenden werden aber von der ökonomisch-politischen Elite nur jenen gewährt, die ihre Forderungen akzeptieren und sie später erfüllen. Bevor der Wähler überhaupt wählen kann, haben die reichsten fünf Prozent daher bereits über die Personen und Themen entschieden, zwischen denen er wählen *darf*, denn es wurden ja von vornerein sämtliche anderen Bewerber ausgeschieden, welche die Position der herrschenden Elite in Frage stellen.

Anders gesagt, ist die Freiheit des Wählers in den USA strikt darauf beschränkt, zwischen Kandidaten und Programmen zu wählen, die das gesellschaftliche Gefüge zum Nutzen der herrschenden Schicht prolongieren. Die amerikanische Demokratie wird von oben gelenkt und manipuliert – was an sich schon ihrem Begriff widerspricht. In den Worten von Noam Chomsky sollte man die politische Ordnung der Vereinigten Staaten richtiger mit dem Begriff der ‚*Plutokratie*' (Herrschaft der Reichen) bezeichnen.[3] Paul Krugman ist nicht weniger deutlich: „Wir bekommen eine Regierung von den 0,01 Prozent durch die 0,01 Prozent für die 0,01 Prozent".[4]

Der Ruf nach starken Männern

Wenn Demokratien von ihnen ausgehöhlt werden, bilden sich Parteien oder Bewegungen – keineswegs nur im rechten Lager – aus denen mehr oder weniger unverhohlen der Ruf nach starken Männern ertönt. Natürlich sind auch Diktaturen, in denen ein einziger über das Denken und Handeln aller verfügt, auf Dauer niemals stabil, weil sie eine Entmündigung der Bürger betreiben, die von diesen immer nur vorübergehend ertragen wird – meist in Zeiten des sozialen Umbruchs oder des Kriegs. Aber das tröstet nicht darüber hinweg, dass eben auch Demokratien sich bisher niemals als stabil erwiesen haben.[5]

Tatsächlich tragen Demokratien den Keim der Selbstzerstörung von vornherein in sich.[6] *Nichtdemokratische Gesellschaften gehen an ihrem Misserfolg,*

Demokratien an ihrem Erfolg zugrunde. Die Aufteilung der politischen und ökonomischen Macht auf möglichst viele Köpfe hat nämlich eine durchaus paradoxe Folge. Eine solche Aufteilung kann sich auf Dauer nur dann behaupten, *wenn sie in einer Hinsicht gerade nicht besteht*: eine starke und unangefochtene Instanz muss darüber wachen, dass alle Ungleichheit zwischen den Akteuren grundsätzlich nur *vorübergehender Natur* ist, also immer und ausschließlich auf Leistung und Können beruht, sodass mit deren Verschwinden Gleichheit erneut hergestellt wird. In dem Augenblick, wo eine solche Instanz nicht besteht, setzen sich die politisch und ökonomisch Bessergestellten zwangsläufig auf Kosten der weniger Begünstigten durch: Mit mathematischer Gesetzmäßigkeit verfestigen sich dann die Unterschiede. Aus solchen vorübergehender Art, die ursprünglich nur auf Können und Leistung begründet waren, werden *dauerhafte Unterschiede des Vermögens, des Privilegs und schließlich der Geburt*. Reiche Familien und bessergestellte Klassen vererben ihren Reichtum an kommende Generationen.[7]

In einem derartigen Stadium verfestigter und sich immer mehr verhärtender Ungleichheit befinden sich heute alle westlichen Staaten. Allein in Deutschland ist die Zahl der Milliardäre zwischen 2009 uns 2013 um 57% gestiegen, also mitten in einer Zeit der Krise.[8]

Das Grundparadox der Demokratie

Über die Demokratie und ihre Gefährdung wurden ganze Bibliotheken geschrieben, ohne dass die Autoren die eigentliche Bedrohung immer klar in den Blick bekamen. Diese Bedrohung ist aber unschwer zu erkennen: In einer echten Demokratie könnte die Mehrheit auf dem Wege der Abstimmung eine reiche Minderheit schlicht enteignen. In den Anfangsstadien demokratischer Entwicklung ist das ja auch überall geschehen – früher meist auf dem Wege einer Um- und Neuverteilung von Landeigentum, wodurch der demokratische Prozess erst in Gang gebracht wurde. Das Problem der ungerechten Verteilung ist aber nicht auf die demokratische Anfangsentwicklung beschränkt, sondern wird gerade in den reifen Demokratien akut. Denn gerade diese bringen ja Talent und Können aller Bürger zur Geltung und erweisen sich deshalb als wahre Wohlstandsmaschinen. In kurzer Zeit bringen sie mehr Reichtum und eine größere Zahl sehr wohlhabender Individuen und Organisationen hervor als jede andere soziale Ordnung.

Genau das erweist sich aber als ihr Paradox und schließlich als ihr Verhängnis, denn die Eigentümer des so erworbenen Reichtums fürchten nichts so sehr, wie dass eine Mehrheit ihnen auf demokratischem Weg das Erworbene wieder nehmen könnte. Für dieses Paradox, das regelmäßig echte in Scheindemokratien verwandelt, gibt es nur *eine* wirkliche Lösung, jene, welche in der Gründungscharta demokratischer Staaten zwar vorausgesetzt, aber institutionell nie dauerhaft verankert wurde. Reichtum und Wohlstand dürfen immer nur das verdiente Resultat von gesellschaftlich akzeptiertem Talent und Können sein,

aber niemals auf geburtsmäßig erworbenen Privilegien beruhen. In dieser Forderung bestand die radikale Neuerung, welche die amerikanische und wenig später die französische Revolution in ihren Statuten verankerten. Sie ist von so grundlegender Art, dass man ihr auch gleich zu Anfang in Artikel eins der UNO Charta begegnet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."

Gleich an Rechten werden sie allerdings nur dann geboren, wenn alle geburtsbedingten Privilegien abgeschafft wurden. Ungleichheit ist in diesem Fall immer nur temporär, da sie auf Wissen und Können beruht und mit deren Träger zwangsläufig wieder verschwindet. Unter solchen Umständen bildet Reichtum keine Gefahr, sondern ist im Gegenteil eine Chance für jeden einzelnen und die ganze Gesellschaft.

Zunehmend unwirksame Gegenwehr

Darin besteht die echte Lösung. Eine bloße Scheinlösung ist es dagegen, wenn ein Staat eine zunehmende erbliche Konzentration der Vermögen - anders gesagt: eine schleichende Refeudalisierung - stillschweigend akzeptiert, aber sie auf indirekte Art zu entschärfen versucht. Angewiesen auf das Votum der Mehrheit des schlechter gestellten Teils der Bevölkerung versucht er dann, dem Trend mit Strategien der *Umverteilung* und *Verschuldung* entgegenzuwirken.

Die Wirkungslosigkeit seines Handelns liegt auf der Hand. Aller Umverteilung und Verschuldung zum Trotz schreitet die Konzentration der Vermögen weiter voran. Sie wird dies auch weiterhin tun, solange ihr eigentlicher Grund nicht erkannt und behoben wird. Dieser liegt darin, dass die oberen zehn oder weniger Prozent einerseits von der Umverteilung gar nicht erfasst sind – sie spielt sich de facto nur unter den unteren neunzig Prozent der Bevölkerung ab, denn diese tragen die eigentliche Steuerlast. Andererseits sind die oberen zehn Prozent die eigentlichen Nutznießer aller privaten und staatlichen Verschuldung, an der gerade sie besonders verdienen.

Das genannte Paradox der Demokratien, an denen sie immer von Neuem gescheitert sind, liegt also im Fehlen einer starken und unangefochtenen Instanz, welche mit Argusaugen darüber wacht, dass vorübergehende und ausschließlich auf Leistung und Können begründete Unterschiede sich nicht zu dauerhaften Vorteilen privilegierter Schichten verfestigen. Keine der historischen Demokratien, gleichgültig ob in Griechenland oder Rom, wo eine Handvoll Familien schließlich den Staat beherrschten, hat eine solche Instanz geschaffen. Weil es sich in den Staaten des Westens nicht anders verhält, erleben wir gegenwärtig die Erosion ihres demokratischen Fundaments: Einige wenige Magnaten aus Medien, Großindustrie und Finanz geben die Richtung und Leitlinien des Gemeinwesens vor.

Das dadurch ausgelöste Demokratieversagen hatte ich bereits in früheren Büchern erläutert.[9] *Hier dient es mir nur als Ausgangspunkt, um Wege aufzuzeigen, wie eine dauerhafte demokratische Ordnung aussehen könnte, die nicht von*

Verfall bedroht ist. Eine solche Ordnung kann es erst geben, wenn wir die grundlegenden Mechanismen aufdecken, auf denen die Verschiebung von politischer und ökonomischer Macht beruht. Von vornherein ist davon auszugehen, dass diese Mechanismen im Verborgenen wirken, weil jene, die von der Verschiebung der Macht profitieren, alles tun, um Transparenz zu verhindern. Nur wenn wir dieses unheilvolles Wirken durchschauen, gerät das Privileg in Gefahr.

Nicht nur Verborgenheit wird angestrebt, um die tieferen Ursachen der ökonomisch-politischen Machtverschiebung im Dunkeln zu belassen, sondern man bedient sich zu diesem Zweck auch aller Mittel der Täuschung. So ist viel von Spekulation die Rede, die zweifellos eine bedeutende Rolle spielt, da sie über Nacht ungeheuren Reichtum zu schaffen vermag. Aber Spekulation wirkt in beiden Richtungen: Sie kann Reichtum in kürzester Zeit erschaffen und ihn in kürzester Zeit wieder vernichten. Aus diesem Grund wird in dem vorliegenden Buch von Börsen-, Banken- und Devisenspekulation, von Derivaten und Schrottpapieren kaum die Rede sein - die unteren neunzig Prozent der Bevölkerung treten hier als Akteure kaum in Erscheinung. Das trifft nur auf die oberen zehn Prozent zu, und zwar nur deshalb weil sie aufgrund eines tieferliegenden Mechanismus (dem ‚parasitären Transfer') das dazu nötige Spekulationspolster über Jahre hin angehäuft haben.

Spekulation ist mithin ein Minderheitenphänomen reicher Gesellschaften, nachdem der tieferliegende Mechanismus des parasitären Transfers dazu die Voraussetzung schuf und weiterhin aufrechterhält.[10]

Kapitel I: Den parasitären Transfer beenden

Um diesen tiefer liegenden Mechanismus geht es in diesem Buch: Er besteht in der automatischen Vermehrung der großen - und *nur* der großen – Vermögen mittels Dividenden, Zinsen und Kapitalerträgen aus Immobilien etc. ‚Automatisch' soll heißen, dass diese Vermehrung ohne alle Leistung und ohne jedes Können vonstatten geht. Geld wird im Schlaf ‚verdient', nämlich durch einen *Transfer*, der alle demokratische, auf persönlichem Verdienst begründete Ordnung langfristig aus den Angeln hebt. In dem vorliegenden Buch unternehme ich den Versuch, diesen ‚parasitären Transfer' von den unteren 90 zu den oberen 10% zum ersten Mal zu berechnen. Davon wird in Kapitel I und im zweiten Anhang die Rede sein, wo ich ihn mithilfe der Grundformel kapitalistischer Ausbeutung ‚v – k' quantifiziere.

Ist der Autor zu solchen Anklagen befugt?

Die Anklage wiegt freilich so schwer, dass der Leser sehr wohl zurückschrecken mag und erst einmal nach der Legitimation des Autors fragt. Ist dieser denn überhaupt befugt, eine so weitreichende Diagnose abzugeben? Im wissenschaftlichen Bereich sind wir gewohnt, nur den ausgewiesenen Autoritäten zu trauen. Von diesen genießt in Deutschland keine einen höheren Rang als jene Gralshü-

ter des ökonomischen Wissens, die dem Sachverständigenrat angehören: im Volksmund auch als ‚Wirtschaftsweise' bekannt. Professor Bert Rürup, einst Vorsitzender dieses Rats, hat nicht nur die Veröffentlichung meines Buches über die gefährlichen Wirkungen des Freihandels bei S. Fischer ermöglicht,[11] sondern für die Gedanken sozusagen ‚gehaftet', die ich in einem weiteren Buch über die Konzentration der Vermögen und deren Ursachen bereits 1999 angestellt hatte.[12]

Besonders froh war ich, dass Prof. Gerhard Scherhorn, kritischer Kenner des modernen Wirtschaftsgeschehens und ebenfalls ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrats, ein Vorwort zu jenem Buch verfasste, in dem ich frühzeitig vor der Schuldenkrise warnte und ihre innere Mechanik beschrieb.[13] Sollte ein verunsicherter Leser sich also fragen, ob es denn wirklich die ökonomische Krankheit und Aushöhlung der Chancengleichheit gibt, von der in diesem Buch die Rede sein wird, so könnte ihm der Gedanke eine gewisse Beruhigung verschaffen, dass zwei der angesehensten Vertreter der ökonomischen Disziplin sich an die Seite des Autors stellten.

Kapitel II: Die Rolle des Geldes in der modernen Gesellschaft neu bestimmen

Die Vorschläge von Kapitel II, in denen ich die Rolle des Geldes als Mittel der Wertaufbewahrung beleuchte, sollen nicht etwa Neid auf die oberen zehn Prozent erwecken, und schon gar nicht zielen sie auf deren Dämonisierung ab. Selbst der international bekannte Meisterspekulant, George Soros, hat nur die Spielregeln ausgeschöpft, die ihm das System durchaus legal gewährte. Es geht darum, diese Spielregeln so zu ändern, dass sie ein das Gemeinwohl schädigendes Verhalten nicht länger erlauben. Oder allgemeiner gesagt, es geht darum, das Zusammenleben der Menschen auf ein gerechteres und daher stabileres, zukunftsfähiges Fundament zu stellen.

Jede demokratische Gesellschaft wird mit der Zeit durch ‚Machtsparen' aus dem Gleichgewicht geworfen, weil dieses eine kumulative Konzentration großer Vermögen zur Folge hat. Dauerhaft stabil kann eine demokratische Wirtschaft nur sein, wenn sie ausschließlich das ‚Konsumsparen' zulässt. Wenn diese Feststellung richtig ist, dann reicht es nicht aus, Kapitalerträge abzuschöpfen, also das leistungslos erworbene Vermögen. Der Staat muss sich darüberhinaus das Recht vorbehalten, auch auf die Substanz von Vermögen zuzugreifen, sofern diese auf parasitärem Wege erworben wurden.

Liberale Vertreter des rechten Lagers sind vor allem um die individuelle Freiheit besorgt. Das darf sie jedoch nicht dazu verleiten, diese Freiheit auch dann für das große Geld zu fordern, wenn Letzteres sich dem Privileg verdankt, also nicht auf Leistung und Können beruht. Die Vertreter des linken Lagers pflegen weniger Wert auf die Freiheit zu legen, sobald diese in Konflikt mit der Gleichheit gerät. Doch Ungleichheit ist ein Motor des Wohlstands, sofern sie auf Können und Leistung beruht – dann richtet sie niemals Schaden an, da sie nur vorübergehender Natur ist. Die größte Gefahr für die Demokratie geht nicht von der Ungleichheit als solcher aus, *sondern von einer nicht-legitimen, undemokra-*

tischen Ungleichheit.

Kapitel III: Gegen den schuldengetriebenen Wachstumszwang

Dieses Kapitel befasst sich nicht wie die übrigen mit dem Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Ökonomie, sondern mit dem Verhältnis zwischen Ökonomie und Natur. Über die Wirkungen unseres technischen Könnens auf die Natur wissen wir so gut Bescheid wie keine frühere Zeit. Wenn wir dennoch unfähig sind, die ökologische Notbremse zu ziehen, dann liegt das an einem Faktum der politischen Ökonomie: dem Wachstumszwang. Dieser wiederum entspringt der Verschuldung und dem darauf beruhenden parasitären Transfer. Ich werde zeigen, dass es ist in erster Linie der Druck auf die unteren 90% ist, der ein *permanentes Wachstum* erzwingt, denn ohne Wachstum ist der Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu halten. Genau dieses erzwungene Wachstum hindert uns aber, die Wirtschaft auf Nachhaltigkeit umzustellen. Mit anderen Worten, auch die ökologische Problematik hat unmittelbar mit den elementaren Gegebenheiten unserer Wirtschaftsordnung zu tun.

Kapitel IV: Protest! Der Staat bestraft die eigenen Bürger

Deren Fehlentwicklung ist nicht nur daran zu erkennen, dass es dem demokratischen Staat nicht gelang, die Konzentration von Macht und Vermögen zu unterbinden, der Staat hat überdies in einer weiteren Hinsicht versagt. Er soll ja nicht nur für Gerechtigkeit *unter* den demokratischen Akteuren sorgen, sondern ebenso auch *ihnen gegenüber* – nämlich in seinem Zugriff auf die volkswirtschaftliche Leistung und die Ressourcen der Natur. Wie wenig eine solche Gerechtigkeit heute besteht, wird uns unmittelbar bewusst, wenn wir sein tatsächliches Vorgehen betrachten. Es leuchtet jedem unmittelbar ein, dass ein Staatswesen höchst ungerecht und noch dazu ziemlich dumm verfährt, wenn es denjenigen Teil seiner Bürger bestraft, der durch die eigene Leistung das Gemeinwohl befördert, ja dieses überhaupt erst ermöglicht. Zumindest theoretisch sieht jeder ein, dass der Staat nicht diejenigen zur Kasse bitten sollte, die das Gemeinwohl als Geber vermehren, sondern diejenigen, die es als Nehmende vermindern. Anders gesagt, sollte er weder den kleinen Arbeiter noch den großen Unternehmer belasten, denn beide befinden sich in der Rolle der Geber: Sie leisten ihren Beitrag zum gemeinsamen Wohl.

Der Staat sollte ausschließlich das Nehmen belasten, d.h. den Konsum. Und er sollte dies auf progressive Weise tun, indem er die Belastung mit steigendem Verbrauch vermehrt. Jeder, der wesentlich mehr als seine Mitmenschen konsumiert, greift auf natürliche Ressourcen zu, die das gemeinsame Erbe der Bürger und aller kommenden Generationen sind.

Für die praktische Gerechtigkeit hat diese theoretische Einsicht unmittelbare Folgen: der Staat verhält sich gegenwärtig in hohem Maße ungerecht und kontraproduktiv. Er bestraft die Leistung, und noch dazu auf progressive Art

und Weise: Je größer dein Beitrag zum Gemeinwohl ist, umso stärker schröpft dich der Staat. Dabei müsste es genau umgekehrt sein: *Je mehr du dem Gemeinwohl durch deinen Verbrauch entziehst – und damit den anderen nimmst – umso stärker hätte eine gerechte Besteuerung für Ausgleich zu sorgen*. Dieses Prinzip sollte gleichermaßen für Unternehmen und Endverbraucher gelten. Die ersteren sollte der Staat für ihren Ressourcenverbrauch besteuern, die letzteren mit einer progressiven Belastung des Konsums. Auf diese Weise sorgt er für soziale Gerechtigkeit und zugleich für eine ökologische Feinsteuerung der Ressourcenausbeutung. Auch davon ist im vierten Kapitel die Rede.

Kapitel V: Den Freihandel zähmen

Einem weit schwierigeren Thema ist das fünfte Kapitel gewidmet, das von der Beziehung des Staats (oder von Wirtschaftsräumen wie der EU) zur Außenwelt handelt. Darüber wurde mindestens zwei Jahrhunderte lang philosophiert und gestritten. Theoretisch hat Adam Smith und haben alle Nachfolger, die den Freihandel proklamieren, zweifellos Recht. Wenn die Voraussetzungen stimmen, stellt der offene Handel die beste Grundlage für den Wohlstand aller an ihm Beteiligten dar. Allerdings kommt es genau darauf an: auf die richtigen Voraussetzungen. Manchmal stimmen sie für die einen, aber erweisen sich als höchst ungünstig für die anderen; psychologisch können sie, wie ich zeigen werde, sogar für alle Beteiligten nachteilig sein. Ein Begriff wie der des Handelskrieges, der nicht selten in offene Kriegshandlungen übergeht, hat die mit dem freien Handel verbundene Gefahr immer wieder in Erinnerung gerufen. Das fünfte Kapitel behandelt die Frage, warum heute weite Teile Europas nicht länger vom Freihandel profitieren, sondern massiv geschädigt werden, da dieser Handel Arbeit vernichtet und die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der frühen Industrienationen zusätzlich verschärft.

Warum sind gerade führende Experten gewöhnlich blind?

Im letzten Kapitel behandle ich eine Frage, die mich von jeher besonders beschäftigt hat. Warum ist der Großteil der Wirtschaftswissenschaftler so blind für die Wirklichkeit - eine Blindheit, die sich für alle sichtbar darin manifestiert, dass gerade die führenden Vertreter der Zunft die großen Krisen niemals vorhergesehen haben? Und noch erstaunlicher: Warum vermag ihnen diese Blindheit so wenig anzuhaben, da ihre Autorität dadurch allenfalls kurzfristig erschüttert wird? Die Antwort wird nicht jedem gefallen, aber sie scheint nichtsdestoweniger offenkundig. Vor allem in den Wirtschaftswissenschaften arbeitet ein Teil der Wissenschaftler nicht für die Wahrheit, sondern im Dienste der Macht, um diese gegen unbefugte Einsprüche abzuschirmen. Diese Funktion hat immer schon alle Krisen souverän überstanden.

Abschließend noch ein Wort zu jenen, bei denen dieses Buch aus entgegengesetzten Gründen auf Ablehnung stößt: Ich meine die allzu Aggressiven und die allzu Sanftmütigen. Die Ersteren, deren Zahl bei andauernder Krise bedrohlich im Wachsen ist, möchten die bestehende Ordnung - das ‚System', wie sie es nennen - am liebsten ganz zerschlagen. Sie begreifen nicht oder wollen nicht begreifen, dass die heutigen Europäer ein Maß an individueller Freiheit und allgemeinem Wohlstand genießen, wie es in der ganzen bisherigen Geschichte des Menschen einzigartig ist. Wäre beides auf Dauer gesichert, statt in akuter Gefahr zu sein, könnten wir uns nichts Besseres als diese Ordnung wünschen. Demokratie und Marktwirtschaft sind ideale System, *sofern sie funktionieren*, denn dann ist wie in keiner anderen Ordnung jeweils eine maximale Zahl an Menschen an den politischen bzw. ökonomischen Entscheidungen beteiligt. Eine funktionierende Demokratie lässt politisch nur temporäre Ungleichheit zu, während sie in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht eine ökosoziale Marktwirtschaft ist.

Die allzu Sanften sind aus anderem Grund unzufrieden. Ihnen klingen Vokabeln wie Leistung und Können fremdartig und anachronistisch in den Ohren, denn sie ersehnen sich eine Welt, wo der Mensch wie im Paradies von bedingungslosem Einkommen lebt und die Arbeit für den eigenen Unterhalt als böses Märchen aus längst vergessenen Zeiten gilt. Persönlich habe ich nichts gegen derartige Utopien, nur fürchte ich für die Menschen, die darin ihr Heil erblicken. Allzu leicht werden sie zu wehrlosen Opfern all jener Rücksichtslosen, allzu Tüchtigen und Erfolgsbesessenen, von denen die ausnahmsweise friedfertige Insel Europa auf allen Seiten umgeben ist. Solche Träume sind schön, aber sie sind leider auch lebensgefährlich.

---

[1] Können und Leistung des Einzelnen dürfen allerdings nicht dazu führen, dass wir durch Übernutzung natürlicher Ressourcen eine irreversible Schwächung und Vernichtung der für das menschliche Leben essentiellen Funktionen und Dienstleistungen der Ökosphäre bewirken (Vorgeschlagener Zusatz von Prof. Friedrich Schmidt-Bleek)

[2] Thomas Piketty weist eine solche Entwicklung für die vergangenen zweihundert Jahre in Europa nach. Nur die dreißigjährige Zäsur aus Krieg und Inflation von 1914 bis 1945 hat diese Tendenz unterbrochen (Piketty, 2004).

[3] So sieht es erstaunlicherweise auch der Economist: „… money talks louder than ever in American politics. Thousands of lobbyists (more than 20 for every member of Congress) add to the length and complexity of legislation, the better to smuggle in special privileges. All this creates the impression that American democracy is for sale and that the rich have more power than the poor … " (http://www.economist.com/news/essays/21596796-democracy-was-most-successful-political-idea-20th-century-why-has-it-run-trouble-and-what-can-be-do).

[4] Zit. aus Krysmanski, 2012; 755/5789.

[5] Der Kreislauf von politischen Systemen größerer und geringerer Freiheit (im Extremfall von Demokratien versus Diktaturen) wird in meinem Buch *Wohlstand und Armut* thematisiert (Jenner, 2010).

[6] Daron Acemoglus & James Robinsons Buch „Why Nations Fail" (2012) begründet den wirtschaftlichen Erfolg jener Staaten, welche die ökonomische und politische Mitbestimmung auf eine möglichst große Zahl von Köpfen verteilen, aber es lässt ganz außer Acht, warum diese Privatisierung der Macht stets die Gefahr von wachsenden Ungleichgewichten und damit einer Refeudalisierung in sich birgt.

[7] Eine Tatsache, die auch von Krysmanski betont wird. „Innerhalb der Geldelite spielt ... das Phänomen der Verschwägerung eine besondere Rolle." Krysmanski, 2012; Pos. 1189/5789.

[8] Die Zahl deutscher Millionäre beläuft sich 2014 auf 1 382 265. Ihre Zahl hat sich seit 2009 um 7.6% erhöht (Der Spiegel, 6. June 6, 2014; S. 69). US-FED-Chefin Janet Yellen hat den gleichen Missstand in den USA angeprangert. Nach einer aktuellen Untersuchung der FED besitzt die untere Hälfte der amerikanischen Haushalte

nur 1% des Vermögens, während es 1989 immerhin noch 3% gewesen waren (Börsen-Zeitung, 24.10.2014). Noam Chomsky nennt die USA eine Plutokratie, unter anderem deshalb weil niemand ohne die finanzielle Unterstützung der oberen fünf Prozent Präsident werden kann.

[9] Siehe Jenner, *Wohlstand und Reichtum* sowie *Das Pyramidenspiel*.

[10] Die Bedeutung von Spekulation in all ihren Formen soll damit also nicht herabgesetzt werden. Wir wissen vielmehr, dass davon die größten Gefahren für die Stabilität der Gesellschaft ausgehen. Mir geht es allein um den Nachweis, dass die stete Bereicherung der oberen zehn Prozent durch den parasitären Transfer dafür erst die unerlässliche Voraussetzung schafft.

[11] Jenner, *Die arbeitslose Gesellschaft - Gefährdet Globalisierung den Wohlstand?*, 1999. Der Titel ist leider nicht ganz passend. In Wahrheit wird nur die gesamte zur Verfügung stehende Lohnsumme reduziert, ohne dass dies zwangsläufig einen Einfluss auf auf den Grad der Beschäftigung hat.

[12] Jenner, *Das Ende des Kapitalismus - Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems?*, 1999. Gleich unterhalb der Widmung ließ Herr Rürup den Zusatz einfügen „Fachliche Beratung: Prof. Dr. Dr. h. c. Bert Rürup“ - obwohl ich mich nicht erinnern kann, zu irgendeinem Zeitpunkt von ihm beraten worden zu sein. Sowohl meine Thesen gegen die Gefahren eines unbeschränkten Freihandels wie auch über die Konzentration der Vermögen liefen allerdings bald dem Zeitgeist zuwider und schienen Herrn Rürup danach nicht mehr opportun zu sein. Seitdem war ich im Fischer Verlag persona non grata.

[13] Jenner, *Das Paramidenspiel*, 2008.

I) Wie wir das ökonomische Fundament der Demokratie unterspülen

Leistungslose Einkommen und das deutsche Bundesverfassungsgericht

> Thilo Sarrazin, kenntnisreicher und in seinem Denken gewissenhafter als die meisten seiner oft nur pathosgeschwellten Gegner, irrt gleichwohl fundamental, wenn er sagt: „Nie aber konnte ich eine Quelle der Ungerechtigkeit darin entdecken, dass jemand anders mehr Geld hatte als ich. Er nahm mir ja nichts weg.“[14]

Es lässt sich endlos darüber streiten, ob es gerecht sei, dass ein Firmenchef zehnmal oder hundertmal so viel verdient wie der einfachste seiner Mitarbeiter. Ein hervorragender Chef verwandelt eine Klitsche in ein Weltunternehmen, ein schlechter treibt es in den Ruin. Meist ist es unmöglich, die jeweiligen Leistungen zu vergleichen und noch viel schwieriger, die ihnen zugrunde liegenden Voraussetzungen von Ausbildung, Wissen und Können. Allgemeine Einigkeit herrscht hingegen darüber, dass es ein offenkundiges Unrecht sei, wenn eine Gruppe von Mafiosi ihren eigenen Lebensunterhalt mit Schutzgelderpressungen bestreitet, *also sich parasitär in einer Gesellschaft einnistet*.

Geht es ums Geld, versagt das Gefühl für Gerechtigkeit

Müssen wir dann nicht darüber erstaunen, dass genau diese parasitäre Praxis bei anderen Arten des Eigentums sehr wohl geduldet wird, zum Beispiel beim Geldkapital? Im Augenblick findet in Deutschland eine Diskussion darüber statt, ob es noch als gerecht gelten darf, dass abhängig Beschäftigte einer Einkommenssteuer von bis zu 45% unterliegen, die Kapitalvermögen aber nur einer Last von 25%. Im Sinne der Gerechtigkeit habe sich das deutsche Bundesverfassungsgericht von jeher für eine gleich hohe Besteuerung eingesetzt.

Villen vermehren sich nicht von selbst, wieso denn Geld?

Gerechtigkeit? Was ist denn daran gerecht, dass der Staat, statt das Vermögen lediglich zu schützen, dessen üppige Vermehrung gestattet, und zwar *ohne alle eigene Leistung*? Bekanntlich vergrößert und verschönert sich eine Villa niemals von selbst - ihr Besitzer muss schon etwas dafür tun, z.B. indem er Arbeiter dafür bezahlt. Und bekanntlich wächst Geldkapital genauso wenig, wenn sein Eigentümer dafür keine Leistung erbringt.

Doch nein! Genau das stimmt eben nicht. In diesem Fall ist tatsächlich alles anders. Geldkapital darf ohne eigene Leistung wachsen: Der Staat drückt angestrengt beide Augen zu, wenn die Geldvermögen Schutzgelderpressung betreiben. Entweder ihr, die Allgemeinheit, sorgt für unsere leistungslose Vermeh-

rung oder wir streiken![15]

Dieses Unrecht ist so alltäglich, dass die wenigsten es auch nur bemerken. Dabei haben wir es mit einem besonders schwer wiegenden Unrecht zu tun, weil nicht nur Teilorgane wie Polizei oder Gerichtsbarkeit vor die Interessen einer kleinen Schicht gespannt werden, sondern der gesamte abhängig arbeitende Teil der Bevölkerung ungefragt dafür herhalten muss.

Man diskutiert nur über den Umfang des Unrechts

Wie abgehoben von wirklicher Gerechtigkeit mutet da die Diskussion um die Angleichung von Einkommens- und Geldkapitalbesteuerung an! Da kommt das Unrecht gar nicht erst in den Blick, *sondern bloß das Problem, wie weit man es dulden will*. Dabei liegt in diesem Fall offen zutage, was wirklich gerecht ist. Mit vollem Recht darf ich vom Staat verlangen, dass er mein Haus vor marodierenden Banden schützt. Mit gleichem Recht darf ich verlangen, dass meine angesparte Million - sei es als Wertpapier oder als Sparguthaben - in ihrem vollen Kaufwert erhalten bleibt; aber mit welchem Recht poche ich darauf, dass sich mein Eigentum vermehrt, wenn eine solche Vermehrung zwangsläufig auf der Ausnutzung und Arbeit anderer Menschen beruht? Was ist daran gerecht?

Wenn die Leistung null ist, muss es auch der Ertrag sein

Ich denke, über Gerechtigkeit brauchen wir hier gar nicht zu streiten, so wie wir es im Fall des Unternehmenschefs tun, dessen Leistung nicht eindeutig bestimmt werden kann. Wir sind im Gegenteil mit der größtmöglichen Eindeutigkeit konfrontiert. Die Leistung, die ich für den Geldkapital*ertrag* aufbringe, also die Vermehrung meines Vermögens, beläuft sich auf Null. Ich brauche keinen Finger dafür zu rühren. Ein Einkommen, das ich im Schlaf auf Kosten anderer Menschen verdiene, kann nicht gerecht sein. *Diese Einsicht ist nicht einmal neu. Bis zu Margaret Thatcher wurde in England auf Kapitalerträge eine Steuer von 98% erhoben*.[16]

Ein Verrat an den Prinzipien der modernen Gesellschaft

Wie kann es sein, dass man in England das Unrecht parasitären Einkommens erkannte, während das deutsche Bundesverfassungsgericht, ein Einkommen, das ich im Schlaf ‚verdiene', als genauso gerecht bewertet wie eines, für das ich hart, unter Umständen sehr hart, arbeiten muss? Warum findet sich die Gesellschaft stillschweigend mit einem Verhalten ab, das noch dazu ihre am härtesten errungenen Prinzipien verrät? Denn bis zur französischen Revolution war parasitäres Einkommen ein selbstverständliches Vorrecht der Großen und Mächtigen. Erst nach langen Kämpfen gelang es, die Privilegien der Geburt zu beseitigen und an ihrer Stelle die individuelle Leistung zur Grundlage und Rechtfertigung persönlichen Aufstiegs zu machen.

Im Hinblick auf das Geldkapital kann es m. E. nur eine einzige Lösung ge-

ben, die wir nach der Abschaffung des Geburtsprivilegs als gerecht bewerten. Wenn der Staat mir die Kaufkrafterhaltung meiner ersparten Million garantiert, dann *steht alles, was diese Million an Ertrag aufgrund der Arbeit anderer hervorbringt, nicht mir, sondern der Allgemeinheit zu, und zwar in voller Höhe*. Ich profitiere genug davon, dass dieselbe Allgemeinheit Polizei und Gerichtswesen mit hohen Kosten dafür bezahlt, dass mein Geldvermögen ebenso wie mein Haus und sonstiges Eigentum seinen Wert über die Jahre bewahrt.[17] Es ist eine Perversion, wenn Hedgefonds sich erdreisten, ein ‚Menschenrecht auf Rendite' einzuklagen.[18]

Es bedarf nur einer kleinen Korrektur

Ich weiß schon, gegen dieses elementare Gerechtigkeitsgebot wird sofort eine ganze Breitseite von Argumenten abgeschossen, selbst von denen, die in leistungslosem Einkommen einen Bruch des Gesellschaftsvertrags erblicken. Solche Kritik sei ja zu verstehen, aber der Fachmann wisse, wie viele unübersteigbare Hürden dabei zu überwinden wären.

Gewiss, aber das Gleiche lässt sich auch gegen das parasitäre Treiben der Mafia einwenden. Immer gibt es tausend Gründe, warum die ewigen Verhinderer den Kampf gegen den Status quo als hoffnungslos diskreditieren. Dabei ist es ja einfach nicht wahr, dass sich niemand mehr dazu hergeben würde, sein Geld anzulegen, wenn er dafür nicht die gleiche Belohnung empfängt wie der Durchschnittsbürger für seine meist aufreibende tägliche Arbeit. Würde ein gerecht handelnder Staat die Kaufkraft des Ersparten garantieren und im übrigen Geldsystem eine leichte Inflation zulassen, wie das schon heute der Fall ist, dann wird niemand sein Geld unter der Matratze verwahren, das Vermögen wird in den Kreislauf gezwungen, wo es Investitionen und damit die Erhaltung der Wirtschaftskraft garantiert.[19] Zusammen mit einem Mindestmaß an Kontrolle über Gold, Edelsteine und andere Mittel der Wertaufbewahrung kann er auch alternative, für die Wirtschaft ungünstige Arten der Vermögenshortung verhindern.

Es darf kein Zurück in die Privilegiengesellschaft geben

Wir streiten uns ewig über Gerechtigkeit auf jenen Gebieten, wo ein abschließendes Urteil schwer oder auch gar nicht möglich ist. Viele große Vermögen werden immer noch durch hervorragende Leistungen *erschaffen* - wir denken dabei z.B. an Bill Gates oder Steve Jobs (ich weigere mich allerdings George Soros in diese Kategorie einzuordnen und in der Spekulation eine dem Gemeinwohl dienliche Leistung zu sehen). Doch das eigentliche Problem beginnt danach. Einmal erschaffen, werden sie durch Kapitalvermögenserträge (income on investment) *automatisch vermehrt, so dass sie über die Leistung hinaus fortbestehen und sich über Generationen verfestigen*.

Jeder klar denkende Mensch ist sich des Unrechts bewusst, welche die sichtbare Ausbeutung in einer Gesellschaft anrichtet. Warum begreifen die we-

nigsten, dass die parasitäre Vergrößerung der Vermögen und die damit (außer in Zeiten des Wachstums) notwendig einhergehende Verarmung der Mehrheit kein geringeres Übel und Unrecht ist? Jetzt schon hat sie uns in eine Privilegiengesellschaft zurückgestoßen, die wir doch angeblich überwunden und abgeschafft haben!

Ein notwendiger Schritt

Umso wichtiger ist es, das Ziel fest im Blick zu behalten. Ebenso wie eine gerechte Gesellschaft den Diebstahl am Eigentum anderer verhindert, pocht sie auf das Recht, Geldkapital*erträge zu hundert Prozent* zu kassieren (vorausgesetzt, dass die Kaufkraft dieser Vermögen – bis zu einer gewissen Höhe - ebenfalls zu hundert Prozent garantiert wird). Das ist ein Gebot elementarer Gerechtigkeit und als solches unabhängig von jeder parteipolitischen Färbung. Es ist zudem ein Gebot der Stunde, denn in ganz Europa fällt es mehr und mehr Menschen schwer, von ihrem Arbeitseinkommen zu leben, während zur gleichen Zeit eine kleine Schicht astronomische Summen ohne eigenes Zutun ‚verdient' (zusätzlich oder nicht zu eigener Arbeit), indem sie nach Drohnenart von der Arbeit anderer zehrt. „Die Reichen sind immer reicher geworden, auch und gerade in Europa", stellt Hans-Jürgen Krysmanski fest.[20] So ist es zu einer breiten und sich stetig ausweitenden Kluft zwischen einer sehr reichen Minderheit und einer allmählich verarmenden Mehrheit gekommen. Wenn es wirklich um Gerechtigkeit geht, dann sollte das Bundesverfassungsgericht sämtliches Einkommen als sittenwidrig erklären, das jemand im Schlaf verdient, denn im Grunde ist es nicht besser als Diebesgut oder das Schutzgeld der Mafia. Ein solches Vorgehen lässt sich, wie ich später erläutern werde, mit dem Grundgesetz durchaus in Übereinstimmung bringen.

Was hat Thomas Piketty, ein Starökonom, zum parasitären Transfer zu sagen?

> To put it baldly, there are two ways to become wealthy: to create wealth or to take wealth away from others. *Joseph Stiglitz*[21]

Im Altertum gab es offene Sklaverei, d.h. die Ausnutzung fremder Arbeit, um selbst keine Arbeit und Leistung verrichten zu müssen. Heute gibt es, was ich als ‚verdeckte Sklaverei' bezeichne. Die Leistung anderer Menschen macht sie sich gleichfalls zunutze, aber sie tut dies auf raffinierte Weise, nämlich so, dass die davon Betroffenen in der Regel gar nichts davon bemerken, geschweige denn die sie ausbeutenden Herren persönlich kennen. Kapitalerträge, die ich im Schlafe verdiene, sind im strikten Sinne nichts als eine Form subtilerer Sklaverei, denn genau wie diese beruhen sie auf der unfreiwillig erbrachten Arbeit und Leistung anderer Menschen. Und die Parallele reicht noch ein Stück weiter: So wie die gesamte Antike die Ausbeutung anderer Menschen als etwas Selbstverständliches akzeptierte, geschieht dies heute mit ihrer verdeckten Variante: Von der zeitgenössischen ökonomischen Wissenschaft wird sie verschwiegen, schön geredet oder tabuisiert.

Als hervorragender Vertreter für diese Tendenz bietet sich der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty an, der sich allerdings vor kurzem vom Saulus zum Paulus gewandelt hat. Hervorragend verdient er deswegen genannt zu werden, weil er ein erklärter Linker ist, der kein Hehl aus seiner Kritik am neoliberalen Modell macht, wie es von den Vereinigten Staaten propagiert und weltweit durchgesetzt wurde. In seinem ersten Werk *L'Économie des Inégalités,* 2008 (etwa: Ökonomische bedingte Ungleichheit) ist er für die wahren Ursachen heutiger Ungleichheit noch blind, ganz anders nach seiner Wandlung, wie sie in seinem Aufsehen erregenden Werk *Le capital au XXI siècle,* 2013 (*Capital in the Twenty-First Century)* sichtbar wird.

Auf die Einsichten des bedeutsamen zweiten Werkes werde ich erst am Ende zu sprechen kommen. Es lohnt sich, mit dem ersten Werk zu beginnen, denn der Vergleich beweist, welch ungeheure Anstrengungen es selbst einen renommierten Ökonomen kostet, sich der Wahrheit schrittweise anzunähern. Im ersten der beiden Bücher ist nämlich noch keine Rede davon, dass unser modernes Wirtschaftssystem nur noch partiell auf Leistung, Verdienst und Können beruht. Im Gegenteil wird die Tatsache geflissentlich ausgeblendet, dass ein immer breiterer Strom von Einkommen und Vermögen ohne jede Leistung, jedes Verdienst und ohne alles Können zustande kommt.

Zwar wird der Leser durchaus darüber aufgeklärt, dass wir nur über sehr unzulängliche Daten verfügen, wenn es um die großen Vermögen und die daraus fließenden Einkommen geht.[22] Die Bezieher von Kapitaleinkünften haben begreiflicherweise kein sonderliches Interesse daran, diese gegenüber Fiskus und Öffentlichkeit bloß zu legen – ganz im Gegensatz zur Situation der abhängig Beschäftigten, deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse dem Staat in der Regel auf Euro und Cent bekannt sind.

Aber Piketty sieht auch gar keinen dringenden Anlass, sich dem großen Geldkapital und den daraus fließenden Einkünften zuzuwenden. Quantitative Untersuchungen an führenden Großunternehmen hätten gezeigt, dass deren Einkommen etwa zu einem Drittel aus Kapital, jedoch zu zwei Dritteln aus Arbeit resultiere, und zwar mit geringen Schwankungen während der vergangenen hundert Jahre.[23] Mit dem vom Kapital erwirtschafteten Drittel müsse der Betrieb aber außerdem noch die fortdauernde Ersetzung und Erneuerung des Maschinenparks sowie die fälligen Steuern bezahlen. Am Ende bleibe für Dividende oder Zinsen nur ein bescheidener Teil zurück.[24] Dieser geringe Beitrag des Kapitals im Verhältnis zur Arbeit ergebe sich jedoch nicht nur im Hinblick auf die Betriebe, sondern auch dann, wenn man den jeweiligen Anteil am Einkommen der Haushalte in Betracht zieht. Hier komme man nämlich auf einen Durchschnittswert um die 10% für Kapitalerträge, und zwar in sämtlichen westlichen Staaten.[25] Wirklich entscheidend für die bestehende Ungleichheit sei daher die Verteilung der restlichen neunzig Prozent Arbeitseinkommen – genau hier müsse der Staat mit den Mitteln steuerlicher Umverteilung korrigierend eingreifen.

Welche Wirkungen sind von Pikettys Vorschlägen zu erwarten?

Wer fühlt sich angesichts solcher Reformvorschläge nicht an das Altertum erinnert? Auch damals hat es einzelne Denker gegeben, die für einen humaneren Umgang mit Sklaven plädierten, aber die Institution der Sklaverei selbst wurde nicht in Frage gestellt. Piketty hat sich in dem genannten Buch die gleiche Haltung zu Eigen gemacht. Er schlägt Reformen vor, die das grundsätzliche Unrecht leistungsloser Einkommen nicht einmal berücksichtigen, geschweige denn einen Beitrag zu seiner Überwindung liefern. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass ‚seriöse Forschung' ihr Ziel vor allem darin erblickt, die Bedeutung leistungsloser Bereicherung als vernachlässigenswert gering hinweg zu erklären. Ist von den Rezepten Pikettys überhaupt Erfolg zu erwarten?

Sicher nicht. Es steht zwar fest, dass die großen Einkommen und Vermögen *kurzfristig* überwiegend durch Arbeit geschaffen werden und keinesfalls durch Dividende und Zinsen oder andere Erträge aus Sachkapital. In zeitlich begrenzter Perspektive entsteht gravierende Ungleichheit in der Tat durch den markanten Gegensatz zwischen Fünf-Euro-Jobs und den phantastischen Einkommen für Spitzenposten in Bankwesen und Industrien. Doch hierin liegt eigentlich gar kein gravierendes Problem. In einer Gesellschaft, die ausschließlich persönliche Arbeit und Leistung honoriert, würde diese Art Ungleichheit keinen Schaden anrichten, denn *alle durch Leistung bedingte Ungleichheit geht mit dem Ausscheiden der betreffenden Leistungsträger auch wieder verloren – sie bliebe niemals an bestimmten Familien oder sozialen Schichten haften, und nicht einmal über längere Zeit an einzelnen Individuen*. Anders gesagt, Einkommen aus Leistung entstehen und verschwinden wie die betreffende Leistung selbst. Sie bewirken nur momentane, aber keine fortdauernde Ungleichheit, die sich zu den Privilegien bestimmter Familien oder sozialer Schichten verfestigt. Daher

braucht sie mit den von Piketty vorgeschlagenen fiskalischen Reformen auch gar nicht bekämpft zu werden.

Ein falsches Verständnis

Doch eine solche Harmlosigkeit weist das neoliberale Wirtschaftssystem gerade nicht auf. Inzwischen ist es ein erwiesenes Faktum, dass sich Unterschiede der Einkommen und Vermögen sehr wohl zugunsten bestimmter Familien und sozialer Schichten verfestigen und perpetuieren, und zwar in sämtlichen westlichen Staaten: Statistisch gesehen, bleiben die einen dauerhaft prekär, die anderen dauerhaft an der Spitze.[26] Die Gleichheit der Chancen, das Fundament der modernen demokratischen Gesellschaft, wird mehr und mehr ausgehöhlt und zur Illusion entwertet.[27]

Doch darauf geht Piketty in dem genannten Buch über die Ungleichheit gar nicht ein. Er präsentiert eine *synchrone* Bestandsaufnahme der innerbetrieblichen Verteilung der Erträge aus Kapital- und Arbeit auf der einen Seite und ihrem jeweiligen Anteil am verfügbaren Einkommen der Haushalte auf der anderen. Was ihm bei dieser Betrachtungsweise entgeht, ist die *diachrone* Perspektive, die eine Anhäufung von leistungslosen Kapitalerträgen in der Zeit bewirkt, *also in einem kumulativen Prozess besteht*. Zwar ist es die unterschiedliche Entlohnung der Arbeit, also der persönlichen Leistung, welche in synchroner Sicht die größte Ungleichheit produziert – darin ist Piketty Recht zu geben -, aber es ist das leistungslose Einkommen, welches diese Ungleichheit *dauerhaft zementiert und kumulativ verstärkt*.

Dem informierten Zeitgenossen sind die Beispiele so bekannt, dass es schon besonderer Blindheit bedarf, um sie in einem Buch über Ungleichheit auszuklammern. Wer ein großes Vermögen sein Eigen nennt, sei es aufgrund eigener Leistung oder dank einer Erbschaft - sagen wir ein Vermögen von mindestens einer Million Euro - der kann dieses Anfangskapital ohne weiteren eigenen Leistungsaufwand einfach dadurch vermehren, dass er „es für sich arbeiten lässt“, genauer gesagt, dass er andere arbeiten lässt, denn diese anderen müssen ihn dafür in Dividenden oder Zinsen bezahlen.

Aber sind die Bedingungen nicht identisch für Groß und Klein?

Aber gilt das nicht auch für den kleinen Sparer, so dass letztlich alle in gleichem Maß profitieren? Eben nicht – das ist die Lüge, die dem parasitären Transfer als willkommene Tarnung dient. Zwar trifft es zu, dass beide, die Besitzer großer wie kleiner Vermögen, *konsumieren müssen und sparen können*. Konsumieren sie, so müssen beide, ob sie wollen oder nicht, ihren Obolus an die Betriebe entrichten, weil diese den Preis für die von ihnen verkauften Produkte natürlich um den Betrag der Dividende und Zinsen erhöhen, die sie ihren Geldgebern schuldig sind. Anders gesagt, müssen beide, die Besitzer kleiner wie großer Vermögen, in ihrer Rolle als Konsumenten die Kapitalerträge der Geldgeber finanzieren.

Und beide treten in der Regel auch als Anleger (Sparer) auf. Mit ihrem Ersparten (das dann über Börse oder Banken in die Betriebe gelangt, also im Austausch gegen Wertpapiere oder Bankguthaben) erzielen sie dann genau den entgegengesetzten Effekt: Gleichgültig ob sie nun kleine Leute oder große Anleger sind, werden beide nun selbst zu Empfängern von leistungslosen Erträgen.

Ein fundamentaler Gegensatz – die unteren 90% zahlen die Einkommensteuer gleich zweimal

Dieser Eindruck täuscht jedoch über den wahren Sachverhalt hinweg. Tatsächlich werden die einen in diesem Spiel zu Verlierern, die anderen zu Gewinnern: Sie nehmen eine *diametral entgegengesetzte* Stellung ein. Um zu leben - manchmal auch nur, um zu überleben – *müssen* die ersten den größten Teil ihrer Einkommen konsumieren. Ihre Ersparnisse sind im Vergleich *minimal oder gleich null*. Wer hingegen ein weit über den üblichen Konsum hinausgehendes Einkommen bezieht, der legt den *größten Teil* davon zur Seite.[28] Was er mit seinem Konsum und letztlich mit seiner Arbeit an leistungslosem Einkommen (in Gestalt von Dividenden und Zinsen) *an andere abtritt*, ist äußerst gering im Verhältnis zu dem, was er durch eigene Ersparnisse und die daraus fließenden Kapitalerträge an Arbeit *von anderen einnimmt*. Der Saldo von Gewinn und Verlust ist daher negativ im einen, positiv im anderen Fall, und zwar in umso höherem Maße je reicher die einen und je ärmer die anderen sind.[29]

De facto ist die arbeitende Bevölkerungsmehrheit dazu verdammt, über den eigenen Konsum das leistungslose Einkommen für eine Minderheit zu beschaffen (mag diese darüber hinaus noch zusätzlich an eigener Arbeit und Leistung verdienen oder auch nicht). Ich nenne das, wie schon gesagt, den ‚parasitären Transfer' von unten nach oben und scheue mich nicht, diesen Geldstrom nach oben als eine verdeckte Form der Sklaverei zu bezeichnen, der sich der Bürger, da er ja konsumieren muss, auf keine Weise entziehen kann. Zweifellos haben wir es hier mit Ausbeutung in ihrer historisch raffiniertesten Form zu tun, da sie sich im Konsum in aller Stille vollzieht und ihr ungeheures Ausmaß den wenigsten bewusst ist. *Tatsächlich überschreitet ihr jährlicher Ertrag in Deutschland schon den der größten Steuer, also der Lohnsteuer.*[30]

Dagegen kommt staatliche Umverteilung nicht an

Die Ausbeutung der Mehrheit findet unter dem Schweigen und der Beschönigung jener statt, die es eigentlich besser wissen müssten – insofern hat sich seit dem Altertum nichts geändert. Ihre Folgen wären noch weit stärker zu spüren, würden nicht Inflation und Krieg die großen Vermögen regelmäßig vernichten,[31] und hätte der Wohlfahrtsstaat nicht nach Ende des Zweiten Weltkriegs umverteilt und damit ausdrücklich gegen die vorherrschende Wirtschaftsmeinung gehandelt, die einen solchen Eingriff ja ausdrücklich verpönt. *Doch diese Umverteilung ist immer weniger wirksam, weil die durch Besteuerung der Leistungsträger betriebene Umverteilung zwischen ihrem reichen und ihrem armen Teil gegen den parasitären Sog zu den Beziehern leistungsloser Erträge nicht länger*

ankommt. Es ist wichtig festzustellen, dass die Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit (sieht man von der reinen Spekulation einmal ab, die aber für die konstante Vermögenssteigerung gar nicht benötigt wird) überwiegend oder allein durch den hier beschriebenen parasitären Transfer stattfindet.[32]

Deswegen sind auch die entsprechenden Vorschläge Pikettys bloße Makulatur. Statt auf die grundsätzlich ungerechten Erträge des Kapitals zuzugreifen, also auf sämtliche Einkommen ohne Leistung, statt also die prozesshafte Kumulation der großen Vermögen zu unterbinden, sollen jene mit erhöhten Steuern zur Kasse gebeten werden, die nicht selten aus gutem Grund mehr als andere verdienen, nämlich aufgrund ihrer höheren oder besseren Leistung. Auf diese Weise köpft man den Mittelstand und unterminiert das eigentliche ökonomisch-soziale Fundament der modernen Gesellschaft.[33]

Die unvollkommene Bekehrung

In seinem jüngsten Buch *Capital in the Twenty-First Century* ist auch Piketty zu diesen Einsichten gelangt – reichlich verspätet, doch immerhin. Schade nur, dass er überwiegend Gedanken als sein geistiges Eigentum reklamiert, die längst vor ihm gedacht worden sind, z. B. die Formel, wonach die Vermögenden auch dann noch gewinnen, wenn der prozentuelle Kapitalertrag (rate of return on capital) bei schwindendem Wirtschaftswachstum dessen Rate (growth rate of economy) übertrifft, so dass das Kapital bei fehlendem Wachstum die arbeitende Mehrheit zur Kasse bittet.[34] Einfacher ausgedrückt: Wenn der Kuchen nicht länger wächst, aber die Ansprüche des Kapitals sich nicht verringern, muss die Masse der Bevölkerung den Gürtel enger und enger schnallen.[35] Diese Erkenntnis ist alles andere als originell. Auch die Tatsache, dass die Sparrate der Reichen ungleich höher liegt als die der Bevölkerungsmehrheit und dass die großen Anleger in der Regel mit höheren Erträgen rechnen können, ist schon anderen aufgefallen.

Den parasitären Transfer bekommt Piketty nicht in den Blick

In einer wesentlichen Hinsicht bedeutet die jüngste Arbeit Pikettys sogar einen Rückschritt für die Erkenntnis: In seiner ‚rate of return on capital' vermengt er leistungsloses Einkommen mit Einkommen, die sehr wohl durch eigene Leistung erworben sind. Damit ist denn auch der eigentliche Einwand gegen das jüngste Buch Pikettys benannt: Den ‚parasitären Transfer', also den eigentlichen Motor der Reichtumsverlagerung von unten nach oben, bekommt der Wirtschaftswissenschaftler auch in seinem jüngsten Buch nicht in den Blick.[36] Klarer als den meisten seiner Kollegen ist ihm bewusst, dass mit unserer Wirtschaft etwas nicht stimmt, aber es gelingt ihm nicht, die Ursachen aufzuspüren, weil er den fundamentalen Unterschied zwischen einer auf Können und Leistung begründeten Marktwirtschaft und einem parasitären Kapitalismus nicht erkennt – der Letztere macht eine Minderheit auch ohne Können und Leistung reich.

Insgesamt bleiben die theoretischen Einsichten des französischen

Starökonomen daher eher bescheiden; außerordentlich ist nur der Fleiß, mit dem hier Daten aus einer Vielzahl von Ländern gesichtet und verglichen werden. Das erstaunliche Beben, welches sein Buch auch jenseits des Atlantiks auslöste, kann ich mir nur auf die Art erklären, dass seine Kollegen es schon als sensationell bewerten, wenn einer von ihnen *zum ersten Mal die Wirklichkeit halbwegs so beschreibt, wie sie ist*. Denn das ist ja alles andere als selbstverständlich, wie Meinhard Miegel, bekannter Sozialwissenschaftler und inoffizieller Wirtschaftsweiser des rechten Lagers, ironisch vermerkt: „.. was beispielsweise in einer Disziplin wie der Volkswirtschaftslehre angeboten wird – sie hat faktisch die Rolle übernommen, die die Theologie an mittelalterlichen Universitäten spielte -, sind weniger wissenschaftliche Erkenntnisse als vielmehr Glaubenssätze, die, dem Geschmack der Zeit gemäß, in mathematische Mäntelchen gehüllt sind.“ [37]

Während der vergangenen zweihundert Jahre wurden Europas Menschen regelmäßig von *fixen Ideen* heimgesucht. Man darf durchaus von Anfällen geistiger Verwirrung sprechen, deren Auswirkungen teils verhängnisvoll waren. Zwischen dem 15. und 18. Jahrhundert gab es die fixe Idee, der Teufel würde vorzugsweise Frauen befallen, um sie zu Hexen zu machen, die Kirche und Staat dann ausrotten mussten. Zwischen dem Beginn der Industrialisierung und der Mitte des 20. Jahrhunderts wurden die Menschen von der fixen Idee mangelnden ‚Lebensraums' heimgesucht (der Terminus selbst kam allerdings erst gegen Anfang des 20. Jahrhunderts auf). Aufgrund dieser Idee wurde die Aneignung fremder Territorien als Absatzmärkte für die eigene Überschussproduktion mit größter Selbstverständlichkeit praktiziert. Die europäischen Nationen fühlten sich innerhalb ihrer Grenzen bedrängt und kolonialisierten weite Teile der übrigen Welt. Als es draußen nichts mehr zu erobern gab, fielen sie im Ersten Weltkrieg übereinander her.

Fixe Ideen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich als resistent gegen die Einsprüche von Vernunft und Erfahrung erweisen. Daran hat sich bis heute nichts geändert, denn neuerdings ist wieder eine solche vernunftresistente fixe Idee aufgekommen. Diesmal betrifft sie die Arbeit. Seit einigen Jahren ist von den verschiedensten Seiten zu hören, dass uns die *Erwerbs*arbeit ausgehen würde. Das sei eine mit der in unserer Wirtschaft üblichen Automation der Arbeitsvorgänge unlösbar verbundene und daher auch unabwendbare Entwicklungstendenz.

Scheinbare Bestätigung

Die Idee ist nicht neu: Sie kam etwa gleichzeitig mit der industriellen Revolution in die Welt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die Handweberei noch Hunderttausende von Menschen beschäftigt. Doch in England waren die Maschinen bereits erfunden, die in kurzer Zeit die meisten von ihnen um Arbeit und Einkommen brachten. Überall flackerten die Aufstände hungernder Weber auf. In England zerschlugen die Ludditen die automatischen Webstühle. Die Regierung setzte daraufhin das Militär gegen die Maschinenstürmer ein. In Deutschland wiederholte sich dieses Drama, das Gerhard Hauptmann später in einem die öffentliche Meinung aufrüttelnden Stück noch einmal auf der Bühne aufleben ließ. Auch damals hieß es, die Maschinen würden den Leuten Arbeit und Leben nehmen.

Eine fixe Idee mag gegen die Einsprüche von Vernunft und Erfahrung weitgehend resistent sein. Aber nur in seltenen Fällen wie dem des Hexenwahns bildet sie sich völlig unabhängig von jeder Erfahrung. Denn zweifellos hat die Industrialisierung ja Arbeit und Einkommen in großem Maßstab vernichtet. Seit Ende des 18. Jahrhunderts konnte sich jeder durch den eigenen Augenschein überzeugen, dass Maschinen und technischer Fortschritt vorhandene Berufe

ständig verdrängten. Das klassische Beispiel liefert natürlich die Landwirtschaft. Die Bauernschaft wurde erst langsam, schließlich radikal und in immer schnellerem Tempo regelrecht dezimiert. Waren um die Mitte des 18. Jahrhunderts noch an die neunzig Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig und nur zehn Prozent in industriellen und anderen Berufen, so hat sich das Verhältnis zweihundertfünfzig Jahre danach geradezu umgekehrt: Landwirte machen in den fortschrittlichsten Staaten nur noch einen verschwindenden Teil der Erwerbstätigen aus (in Deutschland gerade noch 2,8%). Traktoren, Melk-, Mäh- und ein ganzer Park weiterer Maschinen haben die Vorgänge so weit automatisiert, dass Menschen in der Landwirtschaft kaum noch benötigt werden.

Weitsichtige Unheilspropheten hätten schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts gute Gründe gehabt, den Untergang der Welt zu beschwören. Wenn statt 90% der Erwerbstätigen irgendwann einmal nur noch 2,8% in der Landwirtschaft tätig sein würden, wo sollten dann all die Menschen noch Arbeit und Einkommen finden, die man dort nicht mehr brauchen würde? Der Nährboden für die fixe Idee, dass da eine arbeits- und einkommenslose Gesellschaft entsteht, war schon damals bereitet. Umso erstaunlicher ist es, dass genau die gegenteilige Entwicklung tatsächlich zu beobachten war. *Keine Gesellschaftsform hat jemals so viel Arbeit und Einkommen geschaffen wie die damals im Entstehen begriffene freie industrielle Marktwirtschaft.*

Die Fakten

Dank der industriellen Revolution hat sich die Bevölkerung in England zwischen 1800 und 2010 von 8 auf ca. 60 Millionen vergrößert. Ein Agrarland konnte nur relativ wenigen Menschen Arbeit und Einkommen bieten, aber die Einführung von Maschinen nahezu achtmal so vielen Bewohnern. In den USA gab es um 1800 gerade 4 Millionen Menschen, heute sind es etwa 309 Millionen. Die gleiche Entwicklung fand auf dem Territorium des heutigen Vereinten Deutschlands statt. Um 1800 konnte das Land beim damaligen Stand der Technik nur eine Bevölkerung von etwa 20 Millionen Menschen mehr schlecht als recht ernähren (in den Jahrzehnten davor war es in ganz Europa immer noch zu *Hungersnöten* gekommen!). Heute sind es ca. 82 Millionen, und sie leben mit einem unvergleichlich höheren materiellen Komfort als ihre Vorfahren vor zweihundert Jahren. Nur die Belastbarkeit der Natur und die Verfügbarkeit von Ressourcen setzen der stetigen Expansion von Bevölkerung, Einkommen und Arbeit eine wohl heute schon erreichte Grenze.

Die Fakten reden eine eindeutige Sprache: Industrialisierung als Prozess einer systematischen Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen und Automaten hat sich historisch als das *größte jemals verwirklichte Projekt der Arbeits- und Einkommensbeschaffung* erwiesen. Auf jeden vernichteten Handwerksberuf kamen Dutzende neuer Berufe, die erst durch die Maschinen geschaffen wurden. Nach 1950 gelang es sogar, auch die Frauen, also *eine ganze Hälfte* der Bevölkerung, die bis dahin nur unbezahlte Arbeit in der Familie ge-

leistet hatte, weitgehend in die Erwerbsarbeit einzugliedern. Wie konnte sich angesichts dieser überwältigenden historischen Evidenz die *fixe Idee* ausbreiten, dass Maschinen und Automation die Erwerbsarbeit in großem Umfang vernichten?

Richtige Beobachtung – falsche Folgerung

Die neue Wirtschaftsform war von Anfang an janusköpfig: Sie zeigt uns einerseits das grimmige Gesicht der Zerstörung und andererseits das freundliche Antlitz der dauernden Neuschöpfung. Gegen die Zerstörung von Arbeit und Einkommen wurde von Anfang an laut protestiert. Dieser Protest zieht sich wie ein Basso Continuo durch die vergangenen zweihundert Jahre. Dagegen gingen die Leute zu Recht auf die Straße, und darauf mussten Politik und Intellektuelle auch stets reagieren. Aber niemand ging auf die Straße, um zur kollektiven Freude über die gleichzeitig stattfindende Neuschöpfung von Berufen aufzurufen. Bewusst wurden den Menschen allein die Katastrophe, welche die aus ihren angestammten Tätigkeiten verdrängten Bauern, Kutscher, Handwerker oder auch die Arbeiter sterbender Industriezweige ereilte. Und es war eine wirkliche Katastrophe, solange es keine Sozialversicherung gab, die diese Menschen aufzufangen vermochte.

Doch wer von Katastrophe spricht, sieht nur die eine der beiden Seiten der Medaille. Das doppelte Antlitz unserer janusköpfigen Ökonomie hat Joseph Schumpeter treffend mit dem Wort der ‚schöpferischen Zerstörung' beschrieben. Während bestehende Berufe mitsamt den dadurch erzeugten Einkommen vernichtet wurden und auch in Zukunft vernichtet werden, waren die vergangenen zweihundert Jahre zur gleichen Zeit durch einen schöpferischen Prozess charakterisiert, der *sehr viel mehr neue Berufe und mit ihnen sehr viel mehr Arbeit und Einkommen* schuf als in diesem Prozess zerstört worden sind. Deswegen konnte die Bevölkerung ständig wachsen, und dieser wachsenden Bevölkerung obendrein noch ein weit besseres materielles Lebensniveau geboten werden.

Warum ist die Erwerbsarbeit fortdauernd expandiert?

Lassen wir die Geschichte der vergangenen zweihundert Jahre Revue passieren, dann liegt das Faktum einer fortwährenden Expansion von Arbeit und Einkommen offen vor unseren Augen. Doch ist damit noch nichts über den *Mechanismus* gesagt, der dieser Expansion zugrunde liegt. Am einfachsten lässt sich dieser am Beispiel der Landwirtschaft aufzeigen. Hatte früher ein einzelner Bauer mit seiner eigenen und der Arbeitskraft seiner Tiere gerade die eigene Familie und (über die beiden an Staat und Kirche zu entrichtenden Zehnten) vielleicht *noch ein bis zwei* weitere Personen ernährt, so unterhält ein landwirtschaftlicher Betrieb, bestehend aus zwei Arbeitskräften, heute im Schnitt außer sich selbst noch circa *69 andere Menschen* (das entspricht dem Anteil der Bauern an den Erwerbstätigen in Höhe von 2,8%). Würde der Haushalt seine Machtstellung

missbrauchen (denn ohne Nahrung gibt es keine Gesellschaft), indem er den ungeheuren Produktivitätszuwachs für sich allein beansprucht, dann würden die übrigen 69 als Hilfskräfte bei ihm arbeiten müssen. Unter diesen Umständen hätte sich nichts geändert, und es hätte keinen Fortschritt gegeben. Nur weil die Entwicklung auf völlig andere Art verlief, werden wir alle ernährt und können uns noch Hunderte von zusätzlichen Produkten leisten. Diese andere Entwicklung fand deshalb statt, weil der landwirtschaftliche Haushalt im Schnitt *nicht mehr* verdient als die 69 von ihm erhaltenen Personen. Die Letzteren stellen nun alle möglichen Dinge her, für die der Bauer Verwendung hat. Im Gegenzug für Fleisch und Getreide liefern sie ihm landwirtschaftliche Geräte und Haushaltsmaschinen, Textilien, Heilmittel gegen Krankheiten und tausend andere Dinge.[38]

Der Vorgang hat sich tausendfach auch außerhalb der Landwirtschaft abgespielt. Wurden die ersten Autos noch unter Einsatz vieler Beschäftigter hergestellt - mehr als zwanzig Leute wurden ursprünglich gebraucht, um ein einziges Auto pro Jahr zu erzeugen, so braucht man heute weniger als eine Person, um zwanzig Autos pro Jahr herzustellen. Die ‚Produktivität' des einzelnen Arbeiters ist dank Mechanisierung (Automation) steil in die Höhe geschnellt. Wenn von den ursprünglich zwanzig Arbeitern, die ein Fahrzeug pro Jahr herstellten, nur einer übrig bleibt, der pro Jahr zwanzig Autos verfertigt, so hat die Arbeitsproduktivität sich um das Vierhundertfache erhöht.

Das Geheimnis liegt in der Verbilligung

Das Geheimnis der Jobmultiplikation während der vergangenen zweihundert Jahre liegt genau hier. Der Wettbewerb hat die Menschen immer produktiver gemacht. Ihr Einkommen aber ist diesem Zuwachs nicht gefolgt. Es ist bei den Arbeitern einer Autofabrik eben nicht um den Faktor vierhundert gestiegen. Stattdessen wurden die erzeugten Produkte immer billiger – und damit stieg das *Einkommen der gesamten Bevölkerung*, weil sich ihre Kaufkraft entsprechend vermehrte. Die Verbilligung der Produkte schafft dann einen *Kaufkraftüberhang*, der von den vorhandenen Produkten nicht absorbiert wird. Das ist das Geheimnis der Jobkreation. Aufgrund ihrer gestiegenen Kaufkraft können die Menschen *neue Produkte* erwerben, hergestellt von anderen Menschen in neuen, bisher unbekannten Berufen. Während die Autofirmen Menschen en masse entlassen, werden zur gleichen Zeit Hunderte solcher bis dahin völlig unbekannten Berufe geschaffen: Arbeiter und Angestellte in Computer- und Handyfirmen, Informatiker, Logistiker, Yogalehrer, Krankenschwestern oder Unternehmensberater - um einige von ihnen willkürlich herauszugreifen.

Selbst Krisen ändern nichts an der Logik der Jobvermehrung

Der Zauberstab einer durch Verbilligung vergrößerten Kaufkraft hat während der letzten zweihundert Jahre seine magische Wirkung auf eklatante Weise bewiesen. Wer das Ende der Erwerbsarbeit aufgrund von maschineller Automation beschwört, spricht nicht über diese Welt, sondern über eine andere, die allein in

seinem Kopf existiert. Selbst wenn wir die Arbeitslosigkeit in ihrer krassesten Form in das Gesamtbild einbeziehen, ändert sich der allgemeine Trend nur unwesentlich. Im Jahr 1933, als die Große Depression in den Vereinigten Staaten ihren Höhepunkt erreichte, gab es Arbeit und Einkommen nur noch für 37 Millionen Amerikanern - 13 Millionen Menschen, also knapp jeder Vierte der insgesamt 50 Millionen arbeitsfähigen Amerikaner, hatten ihre Arbeit verloren (bei einer damaligen Gesamtbevölkerung von ca. 123 Millionen). Doch im Jahr 1800, als die industrielle Entwicklung gerade begann, lag die Zahl der Erwerbstätigen unter 2 Millionen (das Land ernährte zusammen mit seinen Ureinwohnern gerade einmal 4 Millionen Menschen). Bevor die ersten europäischen Siedler den nordamerikanischen Kontinent übernahmen, hat überhaupt nur eine Handvoll von Ureinwohnern dort Platz gefunden, weil Jäger und Sammler gewaltige Territorien zum Überleben brauchten. Erst der zunehmende technische Fortschritt machte es möglich, dass das Land immer neue Ströme von Siedlern aufsaugen und alle mühelos ernähren konnte. Selbst 1933, am Scheitelpunkt der Massenarbeitslosigkeit, hat die industrielle Transformation die Zahl der Menschen in Arbeit und Einkommen immer noch um den Faktor 18 vermehrt (bei Vollbeschäftigung wäre es der Faktor 25 gewesen), wenn man den Startpunkt der industriellen Entwicklung um 1800 dagegen hält.

Wie blind muss man für die Wirklichkeit sein, um angesichts solcher Tatsachen weiterhin der fixen Idee anzuhängen, die Ersetzung von menschlicher Arbeit durch Maschinen würde den Verlust von Arbeit und Einkommen bewirken? Joseph Schumpeter hat diese Blindheit schon vor einem halben Jahrhundert als solche durchschaut. Trotzdem sind ihr viele sogenannte Experten weiterhin zum Opfer gefallen. Man findet sie in Jeremy Rifkins Buch vom vermeintlichen Ende der Arbeit ebenso wie in der Globalisierungsfalle von Martin und Schumann.

Wenn das System aus dem Tritt fällt

An diesem Punkt könnte man mir allerdings Schönfärberei vorwerfen. Ist Europa nicht im Begriff, in eine furchtbare Krise zu schlittern, die zumindest in den Ländern des Südens Arbeit und Einkommen in großem Umfang vernichtet? Und hat nicht auch Deutschland vor wenigen Jahren noch an über fünf Millionen Arbeitslosen gelitten, deren Zahl gegenwärtig vor allem deswegen geschrumpft ist, weil der billige Euro den Deutschen einen großen Wettbewerbsvorteil beschert?

Gewiss. Das sind gefährliche Gegenbewegungen, die wir bereits aus den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kennen. Und deshalb ist es von größter Bedeutung, die wirklichen Ursachen beim Namen zu nennen. Nicht die wachsende Produktivität der Arbeit und ihre Ersetzung durch Maschinen sind hierfür verantwortlich, sondern - wie schon in den Dreißiger Jahren - geht dieses Unheil auf einen ganz anderen Missstand zurück: auf eine Störung und einen Boykott des Systems. Die Regeln, unter denen sich trotz fortschreitender Auto-

mation Arbeit und Einkommen dennoch vermehren, sind gegenwärtig teilweise außer Kraft gesetzt – genau wie in den Dreißiger Jahren.

Ich sagte schon, dass der einzelne landwirtschaftliche Haushalt, der in Deutschland heute ca. 69 weitere Menschen ernährt, im Schnitt nicht mehr als das Durchschnittseinkommen aller übrigen Erwerbstätigen bezieht. Für den ungeheuren Produktivitätsfortschritt, den er durch den Einsatz moderner Technik erzielen konnte, wird er also nicht speziell belohnt. Statt dass sich sein Einkommen erhöhte, verbilligt er die von ihm erzeugten Produkte und erhöht dadurch das Einkommen der gesamten Bevölkerung (aufgrund der dadurch ermöglichten Kaufkraftsteigerung).

Diese Verbilligung und die ihr entsprechende Kaufkrafterhöhung sind *die Bedingung sine qua non* für die Funktionsfähigkeit Systems. In der Landwirtschaft, im Gewerbe, im Handel, in der industriellen Massenproduktion, überall steigt die Produktivität, die Preise fallen, *die Kaufkraft der Menschen erhöht sich und damit die Nachfrage nach neuen Produkten*. Das ist die Voraussetzung für die stete Vermehrung von Arbeit und Einkommen. Wenn diese Bedingung außer Kraft gesetzt wird, dann bricht die Kurve ein. Es kommt zu einer krisenhaften Entwicklung: zu Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten.

Denn Automation muss eben keinesfalls zu einer Verbilligung der Produkte führen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommt. *Der durch den Produktionszuwachs ermöglichte Mehrgewinn kann als leistungslose Rendite (über Zinsen, Dividende) stattdessen in die Taschen der Geldgeber fließen, welche das Kapital für die betreffenden Maschinen aufbringen*. Wenn das der Fall ist, wirkt Automation nicht länger zum Vorteil der Mehrheit, sondern kommt vorwiegend einer Minderheit zugute, die ihr Geld nicht durch eigene Arbeit, sondern wortwörtlich im Schlaf verdient und so über die Jahre immer größere Vermögen erwirbt.[39]

Das grimmige Gesicht der ‚schöpferischen Zerstörung', nämlich der mit der Automation unweigerlich verbundene Arbeitsverlust, hat seinen Schrecken weitgehend verloren. Dieses Problem gab es nur in den furchtbaren Kinderjahren der industriellen Marktwirtschaft. Als diese sich schrittweise zur ‚sozialen Marktwirtschaft' weiterentwickelte, sah der Staat seine Pflicht darin, die Entlassenen finanziell aufzufangen und sie in neuen Tätigkeiten auszubilden. Damit war jedoch nur der kleinere Teil der mit der neuen Ökonomie entstandenen Probleme gelöst. Für die Hauptgefahr: das stete Anschwellen leistungsloser Renditen wurde bis heute keine Lösung gefunden. Diese aber richtet die Marktwirtschaft – auch in ihrer sozialen Form – ebenso sicher zugrunde.

Eine neue und eindeutige Definition von Kapitalismus

Denn der Übergang von der reinen zur sozialen Marktwirtschaft ist nur eine notwendige, keineswegs eine hinreichende Bedingung, um das System auf Dauer zu stabilisieren. Die Marktwirtschaft war von Anfang an in Gefahr, in den Kapitalismus abzugleiten. *Darunter verstehe ich – abweichend von den üblichen*

eher unscharfen Definitionen – ein System, in dem Geld statt durch eigene Arbeit durch anderer Leute Arbeit und Leistung verdient werden kann, nämlich mit Hilfe von Kapitalerträgen (Zinsen, Dividenden, Renditen aus unverschuldetem Sachkapital, Finanzspekulation usw.).

Eine soziale Marktwirtschaft ohne Kapitalisten lässt diese Möglichkeit grundsätzlich nicht zu – sie kennt keine Ausbeutung. Privates Eigentum – auch an den Mitteln der Produktion – ist die Grundlage, auf der eine *klassenlose Gesellschaft aufbauen* kann, die ihre Mitglieder *ausschließlich* aufgrund von individuellem Wissen und Können belohnt. Einkommen und Vermögen können sich hier grundsätzlich nicht generationsübergreifend in bestimmten Händen zusammenballen, da Wissen und Können ja mit jeder Generation auf andere Köpfe übergehen. Eine Ballung der Vermögen in wenigen Händen stellt dagegen das eigentliche Merkmal des Kapitalismus dar, wie er hier definiert wird. Neben Wissen und Können nistet sich das *Privileg* in der Gesellschaft ein und zieht – auf Kosten von Wissen und Können - mehr und mehr parasitäre Einkommen aus der Volkswirtschaft ab (vergl. http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/Karl_Marx_-_ein_hellsichtiger_Reaktionar.html). Hier liegt der wahre Grund für den Rückgang der Erwerbsarbeit und der daraus zu erzielenden Einkommenssumme für die unteren neunzig Prozent. Mit der Automation hat diese Entwicklung absolut nichts zu tun - das ist eine fixe Idee, so falsch wie der Hexenwahn oder der Mangel an Lebensraum.

Immer mehr tote Gewichte hängen an der Realwirtschaft: das System funktioniert nicht länger

Der Anteil am Gesamteinkommen einer Volkswirtschaft, den eine privilegierte Minderheit sich über parasitäre Kapitalerträge aneignet und in jährlich anschwellende Vermögen verwandelt, bezeichnet demnach das Ausmaß der *kapitalistischen Deformation* einer ursprünglich auf Wissen und Können begründeten Marktwirtschaft.[40] In Deutschland liegt dieser Anteil gegenwärtig etwa in Höhe der größten Massensteuer (Lohnsteuer) – in diesem Ausmaß wird Volkseinkommen Jahr für Jahr von den unteren 90 in die Taschen der oberen 10 Prozent geschleust.[41] Dieser von einer parasitären Schicht ausgehende Sog (der Sog, den die von mir so definierten wahren ‚Kapitalisten' ausüben) verhindert die weitere Verbilligung der Produkte und die Bildung eines Kaufkraftüberhangs, der neue Arbeit und Einkommen hervorbringt. Arbeit, die wäre in Hülle und Fülle da, daran fehlt es weniger denn je, es fehlt nur das Geld, sie auch zu bezahlen! Die Marktwirtschaft funktioniert eben nur noch partiell, wenn ein wachsender Anteil der gesamten Einkommenssumme parasitär erworben wird und *als totes Gewicht* an der Wirtschaft hängt.[42]

---

[14] Sarrazin, 2014; Der neue Tugendterror. Einige Zeilen später räumt Sarrazin indirekt ein, dass ihm sehr wohl etwas genommen wird. „Allgemein steigt die Sparquote mit dem Einkommen, deshalb ist es leider mathematisch zwingend..., dass die Vermögensverteilung immer ungleicher ist als die Einkommensverteilung und dass diese Ungleichheit im Zeitablauf noch wächst, wenn sich das Vermögen auch nur maßvoll verzinst." Warum Sarrazin aber an der mit drei Pünktchen bezeichneten Stelle die Passage hinzufügt „und nicht Ausfluss einer besonderen

Ungerechtigkeit“, ist mir unerklärlich. Ist etwas deswegen gegen den Vorwurf der Ungerechtigkeit gefeit, weil es durch einen (mathematischen) Automatismus bewirkt wird?

[15] ‘Streiken’ hat in diesem Fall eine ganz konkrete Bedeutung. Die Vermögenden legen ihr Geld nicht länger an (zumindest nicht im eigenen Land), wenn ihnen nicht eine entsprechend hohe Belohnung (in Form von Zinsen, Dividenden etc.) geboten wird. Sie wissen natürlich, dass die Unterbrechung des Geldkreislaufs eine tödliche Bedrohung für jede Wirtschaft ist.

[16] Siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Taxation_in_the_United_Kingdom und Roberts, 2013, Pos. 649. Natürlich war es nicht diese Steuer auf parasitäres Einkommen, welche die Wettbewerbsfähigkeit England bis zu Margaret Thatcher so schwächte, sondern allzu Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Englische Produkte wurden dadurch im Ausland unverkäuflich.

[17] Übrigens verlangen nicht einmal die Anleger selbst unbedingt hohe Renditen, wenn ihnen stattdessen ein Maximum an Sicherheit garantiert wird. Das beweist einerseits das Beispiel der Schweiz, wo die Zinsen nicht selten nahe bei Zero lagen, andererseits die gegenwärtige Attraktivität deutscher Wertpapiere. Der Vorschlag, Renditen auf Kapital zu hundert Prozent abzuschöpfen, wenn dessen Kaufkraft gleichzeitig erhalten bleibt, ist daher eine vernünftige Alternative. Absurd sind dagegen Einwände gegen den Nullzins, wie man sie selbst in der FAZ finden kann, nämlich dass dann „theoretisch die Grundstückspreise unendlich steigen“ müssten (Wer die Eurozone führt, 9.3.2015).

[18] Spiegel-Online vom 19. Januar 2012.

[19] Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie der Staat die mafiose, d.h. die leistungsfrei vollzogene, Akkumulation der Vermögen verhindert. Die oben genannte ist die einfachste, aber keineswegs die eleganteste. Dass Staat und Allgemeinheit dabei immer gewinnen, ist evident - auch wenn sie auf dem Wege des Inflationsausgleichs die Kaufkraft der Vermögen garantieren (natürlich nur bis zu einer gewissen Obergrenze). Sie gewinnen nämlich um genau den Betrag, der der heutigen leistungslosen Akkumulation in den Händen weniger entspricht, da dieser ja vom Staat abgeschöpft werden soll. Ich sehe hier ausdrücklich davon ab, bestehende oder neue Lösungsvorschläge zu nennen, denn bevor man über Lösungen spricht, kommt es zunächst einmal darauf an, überhaupt das grundsätzliche Unrecht in den Blick zu bekommen. Das ist ja selbst einem so zentralen Organ des Gerechtigkeitsdiskurses wie dem Bundesverfassungsgericht bisher nicht gelungen.

[20] Krysmanski, 2012; Pos. 983/5789.

[21] Stiglitz, 2012; 118,7/1063.

[22] Économie, S. 7.

[23] a.a.O., S. 40.

[24] a.a.O., S. 41

[25] a.a.O., S. 8

[26] Vgl. ‘Armutsbericht der deutschen Bundesregierung’ (Pollak, 2011; S. 233) sowie eine neuere von der Zeit ‚Das Elternhaus entscheidet doch’ zitierte Studie (http://www.zeit.de/2013-01/studie-herkunft-aufstieg). Die Einsicht in das Ende der sozialen Mobilität hat es sogar in die FAZ geschafft (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/soziale-mobilitaet-in-deutschland-stimmt-die-balance-nicht-mehr-1514337.html)

[27] Es braucht nicht gesagt zu werden, dass eine strikte Chancengleichheit unmöglich ist, weil allein die Tatsache, dass Kinder teils in armen oder zerrissenen teils in reichen und stabilen Familien aufwachsen, ihre zukünftigen Aussichten entscheidend prägen können. Diese biologischen Unterschiede sind unaufhebbar, wenn man nicht weit größeres Unheil anrichten will. Die Gerechtigkeit kann und soll aber jenseits der biologischen Schwelle ansetzen, indem sie alle *institutionellen* Hindernisse für die Gleichheit der Chancen beseitigt.

[28] Täte er es nicht, würde er sein Vermögen verfallen lassen, während andere dafür Zinsen, Dividenden, Mieten etc. kassieren.

[29] In seinem Buch *Das Geldsyndrom*, hatte Helmut Creutz den Mechanismus der Umverteilung für zehn Gruppen von Haushalten beschrieben.

[30] Eine ungefähre Berechnung des parasitären Transfers von den unteren 90 zu den oberen 10% der Bevölkerung hatte ich schon vor fünf Jahren versucht. Dieser legale Transfer *beträgt ein Vielfaches* der illegalen Steuerhinterziehung in Steueroasen, die Gabriel Zucman mit ungefähr 30 Mrd. Euro pro Jahr beziffert (Zucman, 2014; Pos. 55/1548). Warum regt man sich so über diese 30 Mrd. auf, wenn der ‚parasitäre Transfer’ mehrfach darüber liegt? Siehe Anhang II.

[31] Das geschah, wie Piketty in seinem zweiten Buch (Piketty, Capital in the Twenty-First Century, 2014) beschreibt, zwischen 1914 bis 1945. Seit den 80er Jahren setzt sich die Tradition der Reichtumskonzentration, die bis 1914 bestand, jedoch fort und hat heute ein Ausmaß erreicht, dass dem jener Zeit entspricht.

[32] Hierzu mehr im Anhang ‘Berechnung des parasitären Transfers’. Zinsen und Dividende bilden nur eine, wenn auch die eleganteste, Alternative parasitärer Bereicherung. Während seiner Aufbauphase hat China Zinsen und Dividende praktisch auf Null gedrückt, dennoch hat die chinesische Parteioligarchie phantastische Vermögen angehäuft. Sie bediente sich dazu der traditionellen Praktiken der Korruption: Wo immer ein neues Werk oder Projekt genehmigt wird, halten Funktionäre ihre Hände auf. Die Granden profitieren darüber hinaus von rendite-

trächtigen Veranlagungen ihres Vermögens im Ausland, also dem dortigen System von Zinsen und Dividenden. Das chinesische Vorgehen repräsentiert die grobe Korruption, die parasitäre Bereicherung über Zinsen und Dividende deren subtile, aber nicht weniger gemeinwohlschädigende Variante. Helmut Creutz und seine Anhänger irren sich, wenn sie die parasitäre Bereicherung auf zu einseitige Art allein auf das Zinssystem reduzieren.

[33] Leider hat die Globalisierung die Handlungsfreiheit einzelner Staaten so stark beschnitten, dass die Reduzierung leistungsloser Einkommen im nationalen Alleingang inzwischen weitgehend aussichtslos ist und unter Umständen sogar kontraproduktiv. Europa könnte und müsste die Lösung für dieses Problem sein, allerdings nicht das neoliberale Europa, das sich seine Politik vom großen Geld und dessen Interessen diktieren lässt. Da ändert sich nämlich gar nichts – im Gegenteil, denn es ist ja gerade die vom Kapital vorangetriebene Globalisierung, die das Kapital von allen Fesseln befreit hat.

[34] *Capital*, S. 36. In meinem Buch *Das Ende des Kapitalismus – Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems?* von 1999 (S. Fischer) heißt es auf Seite 142 wörtlich: „... sobald das Wachstum der Wirtschaft geringer wird, ohne dass die Zinsen in gleichem Maß sinken, findet eine Umverteilung zugunsten leistungsfrei erworbener Einkommen statt." Im Wiener Föhrenbergkreis, dem ich später angehörte, war dies ebenfalls keine neue Erkenntnis. In meinem Buch *Das Pyramidenspiel* (Signum 2008) bildet diese Einsicht ein Leitmotiv.

[35] Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger bestätigt diese Tendenz: „Weltweit bekommen Arbeiter und Angestellte ein immer kleineres Stück vom Kuchen. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen sinkt seit Jahrzehnten, während der Anteil der Zinseinnahmen und Kapitalerträge steigt" (Der Spiegel, 2.6.2014). Seine Kritik an Pikettys Schaubild zur unterschiedlichen Entwicklung von Kapitalrendite (r) und Wachstumsrate (g), aus der sich seit 1913 bis heute ein relativ höherer Wert für (g) ablesen lasse, vermag ich nicht zu teilen, denn hier handelt es sich um global geltende Durchschnittswerte, welche die drastischen Unterschiede zwischen einzelnen Ländern unberücksichtigt lassen. Vermögende aus Ländern, in denen die durchschnittliche Wachstumsrate unterhalb der durchschnittlichen Rate für die Rendite liegt, investieren dann eben nur in erfolgreichen Firmen, die ihnen eine ausreichende Rendite bieten - andernfalls horten sie ihr Geld oder legen es im Ausland an, z.B. in Asien. Sie können es sich jedenfalls so einrichten, dass sie stets profitieren.

[36] Das gilt nun freilich für die ganze neoliberale Wirtschaftswissenschaft: Der sogenannte Gini-Koeffizient, ihr bevorzugtes Instrument zur komparativen Messung der Einkommens- und Vermögensverteilung, macht keinen Unterschied zwischen erarbeitetem und parasitärem Einkommen. Darauf habe ich schon vor Jahren aufmerksam gemacht. Siehe http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/Gini.html.

[37] *Hybris*, S. 49. Ich fasse dies eher als einen berechtigten Seitenhieb auf den gegenwärtigen Zustand der Volkswirtschaftslehre auf denn als eine generelle Kritik.

[38] Diesen Mechanismus habe ich in meinem 1999 bei S. Fischer erschienenen Buch ‚*Die Arbeitslose Gesellschaft'* beschrieben.

[39] Damit will ich natürlich keinesfalls sagen, dass die oberen zehn oder weniger Prozent sich *nur* parasitär bereichern. Das ist im Gegenteil wohl nur ausnahmsweise der Fall. Die großen Vermögensbesitzer beziehen zwar den Großteil ihrer Einkommen auf parasitäre Art, aber meist gehen sie noch einer Arbeit nach, an der sie ebenso rechtmäßig verdienen wie jeder andere auch.

[40] Diese kapitalistische Deformation ist identisch mit der Zunahme des Machtsparens im Verhältnis zum Konsumsparen (siehe nächstes Kapitel) und in ihrem konkreten Ergebnis der Konzentration von Macht über Wirtschaft, Presse und Politik. Die kapitalistische Deformation besteht ja nicht darin, dass ein Superreicher in hundert Häusern wohnt und hundert Steaks isst, ein Armer aber möglicherweise nicht einmal eines, sondern darin, dass der Umfang seines Eigentums ihm erlaubt, die Presse, die Wirtschaft und die Politik zu kontrollieren.

[41] Im vergangenen Jahrhundert ist es schon einmal zu einer solchen Konzentration der Einkommen und Vermögen gekommen, und zwar in den USA im Laufe der zwanziger Jahre. Die Folge war die größte Arbeitslosigkeit und Not in der Geschichte des Kontinents. Marriner Eccles, späterer Notenbankchef und damit zweitwichtigster Mann nach dem damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, äußerte sich darüber in klassischer Weise: „Bis 1929 und '30 /also bis zum Beginn der Wirtschaftskrise/ hatte eine gewaltige Saugpumpe einen zunehmenden Anteil des erzeugten Reichtums in wenige Hände umgeleitet… und so die Kaufkraft aus den Händen der Mehrheit genommen…"

[42] Ein weiterer Grund für das Schrumpfen der für die unteren 90% in Gesamteuropa verfügbaren Einkommenssumme wird in Kapitel V besprochen.

II) Wie Geld die Gesellschaften aufbaut und vernichtet

> Undemokratische Gesellschaften gehen an ihrem Misserfolg, demokratische an ihrem Erfolg zugrunde. *GJ*
> We've moved from the days where there was some kind of functioning democracy. It's by now really a plutocracy. *Noam Chomsky*

Das Hauptproblem aller heutigen demokratisch verfassten Gesellschaften, nämlich die kumulative Selbstvermehrung der großen Vermögen mit der Folge eines zunehmenden Ungleichgewichts bis hin zur Destabilisierung der Demokratie, lässt sich grundsätzlich lösen. Sobald der Staat ermächtigt wird, alle Einkommen zu hundert Prozent einzuziehen, die nicht auf eigener Leistung beruhen, also jegliche Kapitalrendite, existiert dieses Problem nicht mehr. Der sanfte Tod des Rentiers, den schon Keynes gefordert hatte, wird dann zum ersten Mal Wirklichkeit.[43]

Die zwei Funktionen des Geldes

Dennoch reichen diese Vorschläge nicht aus, um soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu garantieren. Das Problem ist das Geld – nicht in seiner Funktion als Tauschmittel; in dieser Funktion ist es beinahe so alt wie die menschliche Zivilisation und erfüllt eine unverzichtbare Aufgabe, sondern in seiner Funktion als *Mittel der Wertaufbewahrung*. Denn in dieser zweiten Rolle ist Geld Fluch und Segen zugleich. Einerseits beruht aller Aufbau – alles Wachstum (sei es umweltverträglich oder auch nicht) – auf Investitionen und damit auf Ersparnissen,[44] andererseits hat ein übergroßer *Druck der Ersparnisse* immer wieder dazu geführt, dass ein entarteter Kapitalismus sich durch Krieg und Eroberungen die Möglichkeit zu Investitionen künstlich verschaffte: Länder der Dritten Welt wurden zerbombt, damit man sie anschließend wieder aufbauen konnte.

Guthaben und Schulden

Geld als Mittel der Wertaufbewahrung bringt in einer modernen Wirtschaft zwangsläufig Guthaben und Schulden hervor,[45] und diese sind seit frühesten Zeiten höchst ungleichmäßig verteilt. Maximal zehn Prozent der Bevölkerung erfreuen sich gewaltiger Guthaben (= renditetragendes Vermögen), während die restlichen neunzig Prozent auf den entsprechenden Schulden sitzen, die sie mit einem breiten Strom parasitären Transfers bezahlen. Das Wehklagen über ähnliche Zustände ist aus Ägypten und Israel, aus Indien und allen entwickelten Hochkulturen von frühester Zeit bis heute niemals verstummt.[46]

Gewiss, in einer freien Gesellschaft muss dem Einzelnen die Möglichkeit offen stehen, durch eigene Ersparnis Vorsorge für das Alter oder auch gegen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit zu treffen und damit zugleich jenes Kapital bereitzustellen, welches in einer freien Wirtschaft als Grundlage für Investitionen dient. Doch Ersparnisse und Investitionen wirken eben nicht an und für sich schon segensreich, sondern bedürfen der demokratischen Aufsicht und Lenkung.

Zwei Arten des Sparens: aufgeschobener Konsum einerseits, Machtsparen andererseits

Denn mit Geldanlagen (Ersparnissen) werden zwei in ihrer Wirkung radikal unterschiedliche Ziele verfolgt. Einerseits kann ihr Zweck ausschließlich darin bestehen, dem Einzelnen ein gesichertes Alter oder einen Schutz vor Arbeitslosigkeit und anderen Unbilden zu gewähren. In diesem Fall spreche ich von *Konsumsparen*, genauer von einem Sparen für den *aufgeschobenem* Konsum, denn ich verzichte auf einen Teil meines aktuellen Verbrauchs, um ihn auf spätere Zeit aufzuschieben. Etwa neunzig Prozent der Bevölkerung, also eine überwältigende Mehrheit, verfolgt mit den eigenen Ersparnissen ausschließlich diesen Zweck.

Dagegen geht es für eine reiche bis astronomisch reiche Minderheit um ein ganz anderes Ziel. Wenn sie ihr Geld anlegt, dann kommt es ihr darauf an, Renditen daraus zu beziehen, die weiteres Kapital erzeugen und so einen Schneeballeffekt bewirken. Davon war im ersten Kapitel die Rede. Diese Schicht verfügt über so hohe Einkommen parasitärer (plus-minus verdienter) Art, dass die Absicherung gegen Altersarmut oder gar der Schutz vor Arbeitslosigkeit für sie völlig entfällt. *Geld dient in diesem Fall nicht dem aufgeschobenen Konsum, sondern wird als Mittel der Macht eingesetzt.* Ich möchte von ‚Machtsparen' oder ‚Machtveranlagung' reden.[47] In vorindustriellen Gesellschaften erwarben Fürsten und Warlords Macht, indem sie von einer auf dem Land tätigen Bevölkerungsmehrheit die Nahrungsmittel abschöpften, mit denen sie dann eine eigene Soldateska anwerben und unterhalten konnten; heute lässt man andere für sich arbeiten, um zu investieren und auf diese Weise Macht auszuüben. Wer die Presse aufkauft, sich über Aktien die Mitsprache oder gar die Entscheidung über große Unternehmen sichert oder mit seinen Spenden auf die Politik Einfluss nimmt, hält die faktische Macht in den Händen, gleichgültig ob in einer Diktatur oder Demokratie. Verständlicherweise wird diese Macht dazu eingesetzt, um die Stellung der eigenen Klasse, d.h. das Privileg der oberen zehn Prozent, weiter zu stärken und zu verfestigen.

> If a man seeks to design a better mousetrap he is the soul of enterprise; if he seeks to design a better society he is a crackpot. *John Kenneth Galbraith*[48]

Das *Machtsparen* ist die Ursache für die ungeheure Akkumulation von Schulden und Guthaben, die sich als Krankheit durch die gesamte Geschichte zieht,- und sie ist die Ursache für eine Herrschaft des Privilegs, an der Demokratien regelmäßig zugrunde gehen. In unserer Zeit trägt Machtsparen auch die Hauptverantwortung für einen ungeheuren Verschleiß der Natur.[49] Daher scheint es mir die wichtigste Aufgabe einer politischen Ökonomie zu sein, Vorschläge für die Lösung dieses uralten Problems zu entwickeln.

Sparen in einer Gesellschaft mit Nullwachstum

Zu diesem Zweck erlaube man mir, zunächst einmal von der vereinfachenden Annahme auszugehen, dass der Staat die Mittel für Mindestrenten sowie für die Krankheits- und Arbeitslosigkeitsversicherung ausschließlich auf dem Weg der Besteuerung einnimmt.[50] Diese Voraussetzung bietet den großen Vorteil, den Mindestbetrag für die Gesamtheit aller in einer Gesellschaft unverzichtbaren Ersparnisse eindeutig festlegen zu können. Bei wirtschaftlichem Nullwachstum braucht dieser Betrag nicht größer als jene Summe zu sein, mit der die regelmäßige Ersetzung des ausgedienten Maschinenparks und der Infrastruktur gewährleistet ist.[51] *Mit anderen Worten, die Summe aller Ersparnisse und der ihnen entsprechenden Investitionen ist in diesem Fall identisch mit dem finanziellen Aufwand für die Erhaltung des Status Quo*.

Den gleichen Sachverhalt kann man auch auf eine intuitiv verständlichere Weise folgendermaßen ausdrücken. Jede Gesellschaft muss einen Teil der eigenen Arbeit statt auf die Produktion von Gütern auf die Pflege und Erneuerung jener Mittel wenden, mit deren Hilfe sie diese Güter erzeugt.[52] Diesen Teil der Arbeit *spart* sie also und investiert ihn in Erneuerung und Erhaltung. Dies entspricht im Großen und Ganzen der Situation aller traditionellen Gesellschaften vor Einsetzen der industriellen Revolution. Erst seit diesem welthistorischen Wendepunkt wird ein immer größerer Teil der Arbeit (als Ersparnis und Investition) nicht nur für die Erhaltung des Bestehenden, sondern für das Wachstum verwendet, also darauf, immer neue und bessere Produktionsmittel sowie die dazu erforderliche Infrastruktur bereitzustellen.

Wollen wir, dass in Zukunft an die Stelle ewigen Wachstums im Sinne eines stetig vergrößerten Ressourcenverschleißes das Gebot der Nachhaltigkeit tritt, dann kommt dem ökologisch vertretbaren im Gegensatz zum schädlichen Sparen eine besondere Bedeutung zu. In den Staaten des Westens waren die letzten zwei Jahrhunderte ökonomischer Entwicklung, vor allem das hinter uns liegende zwanzigste, von einem gewaltigen Überhang der Ersparnisse charakterisiert. Zuerst flossen diese in das eigene Wachstum, dann strömten sie über die Grenzen, um das Wachstum in Entwicklungs- und Schwellenstaaten zu finanzieren. Aus ökologischen Gründen wird und darf es mit einem solchen quantitativen Wachstum nicht weitergehen. Mit jährlich 6 – 8 Tonnen Materialverschleiß pro Kopf der gesamten Weltbevölkerung müssen wir fürchten, die Natur unumkehrbar zu schädigen und den Planeten schließlich unheilbar zu zerstören. *Irgendwann werden die entwickelten Staaten den gewaltigen Überhang ihrer Ersparnisse und der darauf begründeten Investitionen auf jenen Mindestwert reduzieren müssen, der in einer Gesellschaft mit Nullwachstum die Aufrechterhaltung des Status Quo garantiert*. Dies entspricht der Forderung nach Nachhaltigkeit, die mittlerweile in allen politischen Lagern zum Thema wird.[53] Die Frage stellt sich daher, wie dieser Übergang zur Nachhaltigkeit zu bewerkstelligen ist, denn die entsprechende Reduktion der Investitionen setzt natürlich eine solche auf Seiten der Ersparnisse voraus.

Wie lösen wir das Problem übermäßigen Sparens?

Wie reduziert man die Ersparnisse, ohne auf willkürliche und undemokratische Art in die Freiheit der Einzelnen einzugreifen? Im Sinne demokratischer Gerechtigkeit kann es meines Erachtens keinen Zweifel geben, wo die Allgemeinheit, vertreten durch den Staat, ansetzen muss. Nicht beim Sparen für den aufgeschobenen Konsum, dem Konsumsparen, sondern natürlich beim Machtsparen. Die Reduktion eines schädlichen, weil zu unaufhörlichem Wachstum zwingenden Sparvolumens muss die oberen zehn und nicht etwa die unteren neunzig Prozent betreffen.

Ein Kennzeichen echter Demokratie

In einer wirklich demokratischen Gesellschaft wird dies von vornherein keinen Protest erregen, denn die Mehrheit wird schwerlich im Sinne ihrer eigenen Expropriierung votieren, indem sie das Machtsparen und den damit verbundenen parasitären Transfer zulässt. Man kann es deshalb auch geradezu als Kriterium und Testfall für eine funktionierende, im Gegensatz zu einer Schein-Demokratie

verstehen, ob es der Mehrheit möglich ist, sich gegen das Machtsparen der oberen zehn Prozent zu entscheiden und damit zugleich *für ein ausschließliches Sparen im Sinne des aufgeschobenen Konsum*.

Wie geht der Staat dabei vor?

Je nach Entwicklungsgrad und Wohlstand der betreffenden Gesellschaft darf der aufgeschobene Konsum allerdings mehr oder weniger großzügig angesetzt werden. Das sollte eine Sache der demokratischen Übereinkunft bleiben.

Technisch ist ein solches Programm auf relativ einfache Art durchzuführen. Während der Staat die unverminderte Kaufkraft kleiner Ersparnisse garantiert, also gegebenenfalls einen Inflationsausgleich durchführt, sieht er von dieser Maßnahme bei allen größeren Veranlagungen ab. In jedem Fall schöpft er aber, wie im ersten Kapitel gefordert, durch eine Vermögenszuwachssteuer die parasitäre Kapitalrendite zu hundert Prozent ab (und finanziert damit den Inflationsausgleich bei kleinen Ersparnissen). Auf diese Weise trägt er aktiv dazu bei, die kleinen Ersparnisse zu fördern und das Übermaß bei den großen zu reduzieren, also eine breite Vermögensbildung in der gesamten Bevölkerung zu ermöglichen.[54]

Ich denke, dass die obigen Vorschläge sich geradezu zwingend aus dem Selbstverständnis einer Demokratie ableiten lassen, die nur persönliches Verdienst aber keine Privilegien duldet. Aber stimmen sie auch mit dem deutschen Grundgesetz überein? Der relevante Artikel 14 des deutschen Grundgesetzes stellt folgende drei Regeln auf:

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Das deutsche Grundgesetz bezieht zum Eigentum eine unklare Stellung. Einerseits garantiert es das Eigentum und zieht in dieser Hinsicht eine unmissverständliche Grenze gegen den Marxismus, dessen wesentliche Forderung eben in der Aufhebung des Eigentums besteht, wenn auch nur des Eigentums an den Produktionsmitteln.[55] Dem Artikel 14 verdankt Deutschland seine Zugehörigkeit zum westlichen Lager und zu einem Wirtschaftssystem, das überall auf der Welt, wo es sich gegen kollektivistische oder feudale Tendenzen durchsetzen konnte, eine Entfesselung der individuellen Kräfte zur Folge hatte – und zwar in historischer Sicht von der Zeit der demokratischen Stadtstaaten Griechenlands seit dem sechsten vorchristlichen Jahrhundert bis zur modernen Industriegesellschaft, denn auch autoritäre Regime wie etwa China verdanken ihren wirtschaftlichen Erfolg der ökonomischen Befreiung des einzelnen aus der kollektivistischen Zwangsjacke.

Andererseits war den Gründungsvätern durchaus bewusst, dass Eigentum auch missbraucht werden kann, deswegen haben sie ausdrücklich einen Absatz hinzugefügt, in dem sie auf der Verpflichtung des Eigentums gegenüber dem Gemeinwohl bestehen. Doch diese Klausel wurde in einem dritten Absatz gleich wieder abgeschwächt. Die Väter des Grundgesetzes sahen sehr wohl, dass es im Sinne des Gemeinwohls unerlässlich sein kann, in private Eigentumsrechte einzugreifen, aber für diesen Fall schreiben sie einen gesetzlichen Anspruch auf Entschädigung vor.[56] Auf den ersten Blick scheint das auch gerecht und notwendig zu sein.

Doch nur auf den ersten Blick. Die Väter des deutschen Grundgesetzes haben sich die demokratische Eigentumsgesellschaft zu schön, auf jeden Fall

aber zu ungefährdet vorgestellt. Sie taten gut daran, keine Zweifel an ihrem Bekenntnis zum privaten Eigentum aufkommen zu lassen, aber in ihrem Bestreben, nur ja nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, sie könnten marxistischem Gedankengut Eingang in das Grundgesetz der neu erstandenen Bundesrepublik verschaffen, haben sie richtige Erkenntnisse von Marx ausgeblendet und damit die Wirklichkeit der Eigentumsgesellschaft verfälscht. Marx hatte ein düsteres Bild des „Kapitalismus" gezeichnet und war aufgrund seiner Analyse zu einer Therapie gelangt, deren wesentliche Forderung in der „Expropriierung der Expropriateure" bestand.

Seitdem scheint es nur noch zwei Alternativen zu geben, entweder mit oder gegen Marx, kommunistisch oder kapitalistisch – das gilt auch für die Väter des Grundgesetzes. Sie haben nicht gesehen oder haben nicht sehen wollen, dass Marx in seiner Analyse die Auswirkungen einer sich selbst überlassenen Eigentumsgesellschaft viel realistischer beschreibt als etwa die Theoretiker der heute vorherrschenden ökonomischen Neoklassik, die von einem an wenigen Stellschrauben leicht einstellbaren *Gleichgewicht* dieses Systems ausgehen. Doch Eigentumsgesellschaften haben sich sie nie in einem dauerhaften Gleichgewichtszustand befunden. Jeder Wettbewerb macht die einen zu Siegern und die anderen zu Verlierern, und – statistisch gesehen – pflegen die ersteren mit der Zeit immer stärker zu werden, die letzteren immer schwächer. Die Eigentumsgesellschaft war von jeher ein Wirtschaftssystem, das zur gleichen Zeit die größten Chancen und die größten Risiken birgt.

Die Gründungsväter haben die Risiken des Eigentums unterschlagen. Sie haben keine Vorsorge für den Fall getroffen, den Marx für die Vergangenheit so deutlich erkannt und für die Zukunft so klar vorausgesehen hatte, nämlich die zunehmende Konzentration der Vermögen und damit auch der politischen und ökonomischen Macht. Dabei hatte die Neoklassik immerhin schon die Gefahr erkannt, die von Oligo- und Monopolen oder von Kartellen ausgeht – ein klassischer Fall der Konzentration ökonomischer Macht. Sie hatte erkannt, dass diese Gefahr dem System inhärent ist und es funktionsunfähig macht, wenn der Staat nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen trifft. Denn der erfolgreichste Wettbewerber, der Sieger, hebt durch den Sieg den Wettbewerb selbst aus den Angeln: Die Eigentumsgesellschaft, deren wichtigstes Merkmal im individuellen Wettbewerb liegt, zerstört damit ihr eigenes Fundament.

Was kann und muss der Staat dagegen tun? Es gibt keine andere Gegenmaßnahme als die *Enteignung*, also irgendeine Form der Vermögenssubstanzbesteuerung.[57] Die zu große Machtfülle einiger weniger oder eines einzigen Unternehmens wird durch diesen chirurgischen Eingriff beschnitten. Gleichgültig, ob die betreffenden Unternehmen dabei zerschlagen werden, oder ob ein Kartell hohe Strafen zahlt – in beiden Fällen handelt es sich um die Auflösung von Eigentum. Die Väter des Grundgesetzes hätten daraus den Schluss ziehen können, *dass die Eigentumsgesellschaft nur funktionieren kann, wenn dem Staate ausdrücklich das Recht zur Enteignung gewährt wird.*

Die Väter des deutschen Grundgesetzes haben das nicht erkannt, andernfalls hätten sie nicht von dem Recht auf Entschädigung gesprochen. Denn Entschädigung ist nichts anderes als die Rückerstattung von Eigentum, wenn auch in anderer Form. Entschädigung hat ihren Sinn und ist ein moralischer Imperativ, wenn jemand genötigt wird, auf Haus oder Grundbesitz zu verzichten, weil eine Bahntrasse oder eine Autobahn an dieser Stelle geplant ist; aber als generelle Forderung, wie sie das Grundgesetz erhebt, liefert sie ein sicheres Rezept, um die Eigentumsgesellschaft auf Dauer funktionsunfähig zu machen. Es ist daher nur ein scheinbares Paradox, wenn man den Grundsatz ausspricht, dass die Eigentumsgesellschaft nur dann ihre volle Stärke bewahrt und funktionsfähig bleibt, wenn sich die Allgemeinheit, vertreten durch den Staat, *das Recht der Enteignung vorbehält, und zwar - was entscheidend ist - der entschädigungslosen Enteignung*.

Heute, in einer Zeit fortschreitender Konzentration von Vermögen und ökonomischer Macht, die längst auch der Politik die Regeln aufzwingt, wird aus der Kurzsichtigkeit der Väter des deutschen Grundgesetzes ein Mangel mit weitreichenden Folgen. Dieser Mangel macht es nämlich unter geltendem Recht überaus schwer, gegen die Konzentration der Macht in immer weniger Händen wirksam vorzugehen.

Staatsverschuldung

Nehmen wir das Beispiel der Staatsverschuldung. Die frühen Industriestaaten, unter ihnen Deutschland, haben sich gegenüber vielen kleinen, aber vor allem einer Handvoll sehr großer privater Gläubiger in hohem Maße verschuldet. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wäre dieses Verhältnis von staatlichen Schulden und Guthaben auf Seiten privater Gläubiger dadurch zu beheben, dass der Staat die Gläubiger mit seinem Eigentum ausbezahlt. Dann wäre – so eine verbreitete Überzeugung – der Anfangszustand vor der Verschuldung wieder hergestellt. Der Staat hat sich seiner Verpflichtung entledigt und die Ankäufer von Staatsschuldscheinen haben an deren Stelle einen entsprechenden Gegenwert in Geld oder staatlichem Eigentum empfangen. Die unter Margaret Thatcher losgetretene Privatisierungswelle verfolgte genau diesen Zweck. Der Staat versilberte seinen Besitz (vor allem Energie erzeugende Betriebe, Eisenbahnen, Müllabfuhr, Post etc.) und mit dem Erlös zahlte er seine Gläubiger aus.

Aber welchen Erfolg hat diese Maßnahme tatsächlich gebracht? Wird die Konzentration der Vermögen dadurch aufgehoben? Keineswegs, sie wird sogar noch verstärkt! Denn die großen Gläubiger, die den Hauptanteil der Staatspapiere halten, sind so vermögend, dass sie nicht einen einzigen Euro der ihnen ausgezahlten Summen für den Konsum ausgeben, sondern dieses Geld augenblicklich in neue Anlagen verwandeln, zum Beispiel, indem sie die privatisierten Staatsbetriebe aufkaufen. Diese werden aber nach ihrer Privatisierung so umstrukturiert, dass sie *mehr* Profit als unter ihrer vorangehenden staatlichen Leitung abwerfen (auch wenn sie unter dieser Rosskur stark leiden, wie dies bei den

verkauften Müll- und Bahnunternehmen in Großbritannien der Fall war). Die Gläubiger und Investoren nehmen also de facto *noch mehr an Zinsen und Dividenden ein als zuvor*. Selbst wenn – wie das stets geschieht – einige sehr reiche Eigentümer sich verspekulieren und ihren Einsatz verlieren, so geht doch die große Menge, im wesentlichen also die oberen fünf bis zehn Prozent, aus der Privatisierung als Gewinner hervor. *Die Schulden der öffentlichen Hand haben sich nur verlagert, sie sind zu privater Verschuldung geworden*.

Selbst wenn bei diesem Vorgehen eine Reduktion der Staatsschulden auf Null gelingt, wurde der Anfangszustand also keineswegs wieder hergestellt, sondern die Eigentumsgesellschaft nur in eine noch größere und gefährlichere Schieflage gebracht. Wer Zahlen benötigt, um diese Tatsache zu verstehen, der schaue sich die Entwicklung der gesamten – privaten plus öffentlichen – Schulden seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland an. Im Verhältnis zum BIP haben sie sich stetig und unaufhaltsam vergrößert. Dasselbe Trend hat sich nach Margaret Thatcher auch wieder in Großbritannien durchgesetzt.

Damit man mich nicht missverstehe: Hiermit soll nichts gegen eine überfällige Reduktion der Schulden gesagt sein (seien sie nun öffentlich oder privat), sondern nur, dass sie *auf diesem Wege* nicht durchführbar ist. Immer größere Bereiche der Wirtschaft werden von einer immer kleineren Zahl von Eigentümern kontrolliert, die daraus einen wachsenden Strom von Dividenden und Zinsen beziehen und zusätzlich noch an der Spekulation mit Aktienkursen und Rohstoffpreisen und einer Unzahl profitträchtiger Derivate verdienen. In ihrem jetzigen Zustand ist die Eigentumsgesellschaft wieder einmal in höchster Gefahr *an ihren allzu erfolgreichen Spielern* zugrunde zu gehen. Denn die Schulden der einen sind ja stets die Guthaben der anderen: Einer kleinen Zahl großer Gläubiger steht die Bevölkerungsmehrheit als Schulden tragender Lastesel gegenüber.

Wohin eine derartige Entwicklung der stetigen und offenbar unaufhaltsamen Schuldenaufblähung führt, zeichnet sich heute bereits mit hinlänglicher Deutlichkeit ab. Unmerklich, aber scheinbar auch unaufhaltsam verwandeln sich demokratische, auf individueller Leistung begründete Marktwirtschaften in Pseudodemokratien, beherrscht von mächtigen und schließlich allmächtigen Minderheiten.

Inflation als Instrument der Entschuldung

Vorher kommen allerdings noch weitere überaus schmerzhafte Neben- und Umwege in Betracht. Wenn dem Staat auch Privatisierungen nicht länger helfen, da er sein Tafelsilber *nur einmal* verscherbeln kann, bleibt ihm immer noch der Ausweg der Inflation. Staaten haben regelmäßig zu diesem Instrument gegriffen. Zwischen 30 und 300 nach Christus büßte die römische Drachma 99,76% ihres Wertes ein. In der Hyperinflation von 1923 verloren Bürger, die ihr Geld in Staatspapiere investiert hatten, in wenigen Wochen ihre gesamte Ersparnis für ein sicheres Alter. Inflationen zerrütten vor allem das Ersparte der kleinen Leu-

te, die großen haben ihr Geld überwiegend in Sachvermögen (Immobilien, Produktionsstätten, Land und Rohstoffe) in Sicherheit gebracht.

Da Inflationen an den ungleichen Vermögensverhältnissen aber kaum etwas ändern, nehmen tiefgreifende soziale Reformen oft einen blutigen Verlauf, nämlich dann, wenn auch das Sachvermögen verteilt wird. Die römischen Proskriptionen ebenso wie die französische und russische Revolution beendeten jede auf ihre Weise eine unerträgliche Konzentration der großen Vermögen (die für den Feudalismus ebenso kennzeichnend ist wie für die Spätphase einer Eigentumsgesellschaft). Sie liquidierten das große Eigentum und gleich dazu auch noch deren Besitzer. Überall auf der Welt, wo sich der Landbesitz in den Händen weniger Familien konzentrierte, hat nur die *entschädigungslose Enteignung*, d.h. dessen Neuverteilung zugunsten der eigentumslosen Bevölkerungsmehrheit, einen Ausweg aus der Sackgasse der Stagnation und der politischen Unterdrückung gewiesen.

Entschädigungslose Enteignung des Privilegs

Damit kehre ich zum Irrtum der Väter des deutschen Grundgesetzes zurück, die zwar die Chancen des Eigentums, aber nicht dessen Gefahren erkannten. Wenn wir vermeiden wollen, dass die sich in Europa heute schon ankündigenden sozialen Unruhen neuerlich in einen Aufstand gegen die „Reichen“ umschlagen, dann müssen wir einen friedlichen Modus finden, einen Modus, der letztlich auch im Sinne der Betroffenen ist, weil ein Aufstand von unten auch für sie die schlimmste aller Eventualitäten ist. Wir müssen begreifen - auch wenn diese Wahrheit zu den am besten verdrängten gehört und von der vorherrschenden Wirtschaftstheorie und der ihr blind verfallenen Politik schlicht übersehen wird - dass die Eigentumsgesellschaft nur dann ihre Stärke und volle Funktionsfähigkeit bewahrt, wenn sie von Enteignungen Gebrauch macht, und zwar, anders als es das Grundgesetz vorsieht, von entschädigungslosen Enteignungen, weil alle anderen wirkungslos sind. *Immer dann, wenn das Eigentum weniger Privilegierter zur Enteignung der Mehrheit führt – und genau das geschieht durch den parasitären Transfer - hat der Staat nicht nur das Recht, sondern ist im Sinne der Allgemeinheit dazu verpflichtet, dieses ‚enteignende Eigentum' entschädigungslos einzuziehen*.

Einkommen und Vermögen, die wir aufgrund eigener Leistung erwerben, darf der Staat allerdings niemals antasten, denn damit würde er sich von der demokratischen Ordnung selbst abwenden. Freiwillig bezahlen wir einem guten Arzt oder Schauspieler ein Vielfaches von dem, was wir ihren durchschnittlichen Konkurrenten gewähren. Das ist ein alltäglich praktiziertes demokratisches Votum. Völlig unfreiwillig und undemokratisch werden wir dagegen über die verschiedensten Arten des parasitären Transfers dazu genötigt, die großen Vermögen anderer automatisch zu vergrößern – diese Akkumulation *müssen* wir antasten, wenn wir die demokratische Ordnung erhalten wollen.

Gerade dadurch entfernen wir uns übrigens von Marx, dessen Radikalenteignung eben keine Alternative ist. Sie zerschlägt die Eigentumsgesellschaft überhaupt und wird daher zu Recht als eine tödliche Therapie und als Rückfall in einen modernen Feudalismus gefürchtet, wo das Zentrum, sprich die Partei, alles und der Bürger nichts mehr zu sagen hat: die wirksamste Methode, um ökonomische und politische Freiheit in einem Gemeinwesen zu annullieren.

Fazit

Marx ist noch in zweiter Hinsicht zu widersprechen. Da der Staat den *produktiven Kräften* - seien es einzelne oder Betriebe - seinen ganzen Wohlstand verdankt, sollte er das private Eigentum an Produktionsmitteln grundsätzlich fördern.

Als unzulässig hat dagegen alles Vermögen zu gelten, das sich dem parasitären Transfer verdankt, also nicht auf produktiver Kraft beruht. Dazu gehört, wie schon gesagt, alles Vermögen von Einzelpersonen, das nicht den ‚aufgeschobenen Konsum' sondern ‚Machtsparen' bezweckt. Zweifellos liegt hier ein Eingriff in das private Vermögensrecht vor: Das kleine Sparen für den aufgeschobenen Konsum und das große Machtsparen werden auf ungleiche Weise behandelt. Im Sinne des Allgemeinwohls, welches das deutsche Grundgesetz doch ausdrücklich im Blick behält, halte ich eine solche Ungleichbehandlung für unerlässlich, wenn die demokratische Eigentumsgesellschaft nicht wie bisher schon in ihrer ganzen Geschichte neuerlich an ihrer eigenen Dynamik scheitern soll. Eine Vermögenssubstanzbesteuerung ist nur dann entbehrlich, wenn der Staat mit Hilfe einer Vermögenszuwachssteuer, den parasitären Transfer von vornherein unterbindet, sodass Machtsparen gar nicht erst zu entstehen vermag.

---

[43] Keynes, 1964; p. 376.

[44] In seinem Hauptwerk *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* hat Max Weber sehr schön beschrieben, wie die anfänglich religiös inspirierten Kapitalbesitzer im Genießen des Konsums eine Sünde sahen, in der innerweltlichen Askese des Sparens und Investierens dagegen eine Tugend. Diese Tugend hat sich längst in den Fluch des kapitalistischen ‚Machtsparens' verwandelt.

[45] Allerdings nur in einer modernen Wirtschaft, denn in traditionellen Gesellschaften wurde Geld einfach unter der Matratze versteckt oder - wie in Indien - als Fuß- oder Armspange getragen und brachte dann natürlich weder Guthaben noch Schulden hervor, sondern schädigte nur den Kreislauf der Güter durch Lähmung des Geldkreislaufs.

[46] Graeber, 2011; pp. 223.

[47] Keynes klassische Begründung der Zinsen als Belohnung für den Liquiditätsverzicht, d.h. den Verzicht darauf, Bargeld in jedem Moment zur Verfügung zu haben, trifft hier gerade nicht zu, denn schon die für den Konsum zur Verfügung stehende Geldsumme, deckt hier alle Lebensnotwendigkeiten ab.

[48] Galbraith, 1997; p. 80.

[49] „Nach dem Aktiengesetz hat der Unternehmensvorstand die Pflicht, das Vermögen der Aktionäre zu erhalten, aber *nicht* auch die in Anspruch genommenen Gemeingüter; im Gegenteil kann er von Aktionären verklagt werden, wenn er den Gewinn dadurch schmälert, dass er z.B. Umweltschutzinvestitionen anordnet, Arbeitsbedingungen verbessert oder durch Arbeitszeitverkürzung Entlassungen vermeidet" (Gerhard Scherhorn in einer vorläufigen Skizze zu einer für später geplanten Veröffentlichung, vgl. auch Scherhorn 2008; S. 68).

[50] Freiheit und Initiative des Einzelnen werden sicher mehr gefördert, wenn er die Lebensvorsorge in die eigenen Hände nimmt, also selbst entscheidet, auf wie viel gegenwärtigen Konsum er für den aufgeschobenen verzichten will. Andererseits wird es immer einen gewissen Anteil von Menschen geben, deren Einkommen zu gering für eigene Ersparnisse und Vorsorge ist. Für diese Menschen muss der Staat einen Teil seiner Steuern aufwenden.

[51] Da das ausgediente Material in der Regel wiederverwertbar ist, lässt sich die für die Ersetzung erforderliche Summe noch entsprechend reduzieren.
[52] In der Terminologie von Friedrich Schmidt-Bleek lässt sich dieser Anteil durch eine Verringerung des *materiellen Fußabdrucks MIPS* entscheidend verringern.
[53] Z.B. bei Meinhard Miegel, 2010.
[54] In Zeiten, wo große Investitionen gefordert sind, könnte der Staat das Sparvolumen bei der Masse der kleinen Sparer durch positive Zinsen zusätzlich fördern, also durch eine Vermehrung der Kaufkraft der Spareinlagen. Da sich Geld aber nicht von selbst vermehrt, ist es in diesem Fall die Masse der Sparer selbst, die de facto den Mehrwehrt durch zukünftige Arbeit erwirtschaftet. Das ist weit besser, als wenn eine Mehrheit von 90% für die oberen 10% front, aber es bedeutet natürlich, dass der Zugewinn illusionär ist. Die Mehrheit empfängt mit der rechten Hand, was sie mit der linken geben muss.
[55] Mein Artikel "Karl Marx – ein hellsichtiger Reaktionär?" fasst die Argumente gegen die Marxsche Analyse von Eigentum und Wettbewerb auf wenigen Seiten zusammen (http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/Karl_Marx_-_ein_hellsichtiger_Reaktionar.html).
[56] Eine genaue Lektüre lässt allerdings die Lesart offen, dass das Grundgesetz sehr wohl auch eine entschädigungslose Enteignung gestattet. Welchen Sinn hätte es sonst, dass Paragraph 3 im zweiten Satz zwischen einer Enteignung ‚durch Gesetz' (also offenbar entschädigungslos) und einer Enteignung unterscheidet, die ‚Art und Ausmaß der Entschädigung' regelt?
[57] Allerdings wäre es naiv, eine solche Maßnahme ohne Rücksicht auf die möglichen Folgen der Kapitalflucht durchzuführen, also ohne die Maßnahmen, die in Kapitel V beschrieben werden. Warum Vermögens- und Erbschaftssteuern kontraproduktiv sind, die sich nicht ausdrücklich gegen parasitär erworbenen Reichtum richten, erläutert Anhang I.

III) Zum ewigen Wachstum verdammt? Wie wir das ökologische Fundament zerstören

Seit der *Club of Rome* 1972 zum ersten Mal die Folgen eines grenzenlosen Wachstums auf dramatische Weise beschwor, wurde weltweit das Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Wachstum und Naturvernichtung geschärft. Doch schon damals war vielen klar: Misstrauen, das man gegen das Wachstum schürt, muss auch den richtigen Gegner treffen. Wachstum an sich ist kein Übel. Jede Gesellschaft ist nur so lange lebendig, wie sie Phasen des Wachstums durchläuft. Sie altert und schlittert in eine Phase des Siechtums, wenn jedes weitere Wachstum unmöglich ist. Es handelt sich also zunächst einmal darum, *schädliches* Wachstum eindeutig von *positiven* Wachstumsverläufen zu unterscheiden. Als zerstörerische Kraft für die Zukunft des Globus erweist sich allein jenes *quantitative* Wachstum, das im Wesentlichen aus einem ständig anschwellenden Güterumsatz besteht und dem dafür erforderlichen Raubbau an nicht erneuerbaren Ressourcen. Alles Wachstum, das auf erneuerbaren Quellen beruht - und natürlich auch alles Wachstum, das in einer Steigerung menschlichen Wissens und Könnens besteht - gehört dagegen zu den größten Errungenschaften einer jeden Gesellschaft.

Wissen ist schon jetzt in ausreichendem Maße vorhanden

Menschliches Wissen und Können waren nie so hochgradig entwickelt wie in der heutigen Zeit. Das trifft auch auf unsere Fähigkeit zu, die optimalen Bedingungen für den Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaften zu bestimmen. Die entsprechende Pionierarbeit hatte der US-amerikanische Ökonom Herman Daly in wegweisenden Schriften wie *Steady-State Economics* (1977) schon vor mehr als drei Jahrzehnten geleistet.[58] Es liegt daher nicht an mangelndem Wissen und Können, wenn der Übergang zur Nachhaltigkeit immer noch in weiter Ferne liegt. Es liegt auch nicht an fehlendem Bewusstsein im Hinblick auf unterlassenes oder verspätetes Handeln. Das Menetekel von Klimakatastrophen, nuklearen Verseuchungen oder ganz allgemein eines für kommende Generationen nicht mehr bewohnbaren Planeten steht inzwischen allen drohend vor Augen. Von „fünf Minuten vor zwölf“ ist dabei immer wieder die Rede – zuletzt Dezember 2012 auf der Klimakonferenz von Durban. Umso stärker muss uns die Frage beunruhigen, warum sich vor einer echten Wende zur Nachhaltigkeit dennoch haushohe Barrieren auftürmen? Warum denkt selbst in den reichsten Staaten der Welt keine Partei und keine Regierung in wirklichem Ernst daran, das Ruder herumzureißen? Warum sieht – gerade jetzt in der Schuldenkrise - die ganze Welt die Rettung einzig im Wachstum, *obwohl es doch gerade der Wahn eines uneingeschränkten Wachstums ist, der uns mit apokalyptischen Gefahren bedroht*?

Rücksichtslosigkeit verschafft Vorteile gegenüber verantwortungsvollem Verhalten

Eine nahe liegende Antwort ergibt sich aus dem Konkurrenzverhalten der Staaten. Diejenigen Staaten verschaffen sich einen Vorteil im Wettbewerb, die ihren eigenen Übergang zu erneuerbaren Quellen verzögern oder zumindest an einer parallelen Fossil- und Nuklearversorgung festhalten. Die Angst im internationalen Wettbewerb zurückzufallen, stellt eine gewaltige Barriere auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft dar. Diese Angst sitzt vor allem den Entwicklungsländern im Nacken, die sich hartnäckig gegen eine für sie unvorteilhafte Reduktion der fossilen und nuklearen Abhängigkeit sträuben. Einen solchen Schritt wollen sie erst dann vollziehen, wenn sie in ihrer Entwicklung auf Augenhöhe mit den führenden Industriestaaten stehen. Mit anderen Worten, sie wollen keine Einschränkungen beim quantitativen Wachstum hinnehmen.

Die größere Bedrohung geht von den Ländern des Nordens aus

Dennoch sollte man sich hüten, die Schuld vorrangig bei den Entwicklungsländern zu suchen. In Wahrheit geht die größte Bedrohung von den Ländern des Nordens aus, die mit ihrem Güterumsatz ebenso wie mit ihrer Umweltbelastung pro Kopf (ökologischer Fußabdruck) weit an der Spitze liegen. Gerade die frühen Industrienationen halten am Imperativ des Wachstums wie an einem kollektiven Fetisch und Mantra fest. Das ökologische Bewusstsein kämpft gegen diesen von offizieller Seite nie ernsthaft in Frage gestellten Imperativ wie gegen einen allgegenwärtigen und übermächtigen Feind – und zieht dabei doch regelmäßig den Kürzeren. Es ist keinesfalls fehlendes Wissen über die Möglichkeit und Machbarkeit einer nachhaltigen Ökonomie, es ist nicht einmal ein Mangel an gutem Willen. Denn immerhin ist ja festzustellen, dass der Aufruf zu einer ökologischen Wende inzwischen vom ganzen Spektrum der politischen Farben kommt: natürlich vom grünen Lager, aber auch von linker und mittlerweile sogar von rechter Seite. Meinhard Miegel, ein dem rechten Lager verbundener Autor, hat ein mit seinem Buch *Exit* eine aufrüttelnde Anklage gegen den Wachstums*wahn* geschrieben!

Nur leider greift Miegel mit dieser Diagnose zu kurz. Ein Wahn lässt sich durch Aufklärung beheben. Wir müssen ihn nur als solchen erkennen, um unser Bewusstsein davon zu befreien. Doch so einfach ist es gerade nicht! Die führenden Industriestaaten der Welt leben mit etwas viel Schlimmerem: Sie leben mit einem Wachstums*zwang* – und ein Zwang lässt sich eben nicht durch bloße Aufklärung beseitigen. Mit einem Zwang wird man allein dadurch fertig, dass man die ihm *zugrunde liegenden Ursachen beseitigt*. Unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem verstößt gerade deswegen so radikal gegen alle Forderungen auf Nachhaltigkeit, weil es auf Wachstum wie auf einer *lebenserhaltenden Droge* beruht.

Die ökologische Wende – in erster Linie ein soziales Problem

Der Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem ist erst an zweiter Stelle eine technische Aufgabe - die technischen Fragen sind bereits heute weitgehend gelöst - er ist vor allem ein politisch-soziales Problem, denn der *Wachstumszwang ist die unausbleibliche Folge übermäßiger Verschuldung*. Er lässt sich daher auch nur mit einer grundlegenden Umgestaltung unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems überwinden. Diese Feststellung ist für jeden nachprüfbar; sie wird durch die elementaren Parameter unserer gegenwärtigen ökonomischen Situation erhärtet. Alle früh industrialisierten Länder haben ein Gesamtschuldenniveau (Staats- plus Unternehmensschulden) über 100% ihres BIP ‚erreicht – die meisten weit darüber. Um die daraus erwachsende, nur ausnahmsweise die Mindestmarke von 2% unterschreitende Zinslast zu bedienen, brauchen sie ein Wachstum von 2%; nur dann wird diese Last vom erwirtschafteten Zuwachs aufgefangen, andernfalls wird aufgrund von Steuern und parasitärem Transfer der Lebensstandard der unteren 90% vermindert, ohne deren Stimmen keine Regierung zu überleben vermag. Genau hier macht sich die verderbliche Wirkung der Verschuldung bemerkbar. Sie *erzwingt* das Wachstum, wenn der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung zumindest gleich bleiben soll.[59]

Eine simple Rechnung wie diese macht deutlich, warum zunehmende Verschuldung *Politiker sämtlicher Couleurs zu gedanken- und besinnungslosen Anhängern eines forcierten Wachstums macht und bei ihnen jegliche Rücksicht auf dessen Folgen verdrängt*. Sie macht aber auch begreiflich, warum der Misserfolg einer derartigen Politik von vornherein feststeht. Denn außer in Schwellenstaaten wächst die Wirtschaft nirgendwo schnell genug, um die Bedienung der Schulden wettzumachen.

Der Friede mit der Natur setzt den sozialen Frieden voraus

Wie kommen wir zu einer nachhaltigen Wirtschaft, die sich vom Wachstum verabschiedet, indem sie sich nur noch auf erneuer- und wiederverwertbare Quellen verlässt? Die technischen Lösungen für dieses größte Problem unserer

Zeit sind, wie gesagt, weitgehend vorhanden. Was uns nach wie vor fehlt, ist eine überzeugende soziale Antwort. Die Frage muss daher in Wahrheit lauten: Wie können wir die *sozialen Voraussetzungen* für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft herstellen? Nach dem zuvor Gesagten wird es kein nachhaltiges Wirtschaft geben, solange wir uns nicht vom Imperativ ewigen Wachstums befreien. Aber von diesem Imperativ kann die Politik sich nicht lösen, solange die soziale Verfassung durch übermäßige Verschuldung und Ungleichheit gekennzeichnet ist.

Auch der Wachstumszwang erweist sich letztlich als ein Resultat des parasitären Transfers und der daraus hervorgehenden Ungleichheit. Die Perspektive für eine künftige Gesellschaft *im Frieden mit der Natur* setzt daher den Frieden in der Gesellschaft voraus: *den sozialen Frieden.* Im Kapitel „*Wie Geld die Gesellschaften aufbaut und vernichtet*" habe ich einen Weg aufgezeigt, wie wir dieses Problem auf demokratische Weise lösen können.[60]

---

[58] Zu den aktuellen Arbeiten zählen 'Faktor Fünf' (2014) von Ernst v. Weizsäcker sowie ‚Grüne Lügen' (2014) von Friedrich Schmidt-Bleek.

[59] Der von der Verschuldung ausgehende Zwang wird allerdings erst in Verbindung mit Ungleichheit wirksam. Siehe http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/Wirtschaft_ohne_Wachstum.html.

[60] Bisher kommen weder von linker noch von rechter Seite ernstzunehmende Lösungsvorschläge, wie auf beklemmende Weise aus dem in der FAZ ausgetragenen Meinungsduell zwischen Ulrich Brand und Meinhard Miegel hervorgeht (http://www.faz.net/-1v0-7rnfw http://www.faz.net/-1v0-7rnfw und http://www.faz.net/-gqz-7su9k). Beide erkennen zwar die Gefahren eines die Natur zerstörenden Wachstums für den Planeten. Brand sieht, dass die Bevölkerungsmehrheit immer mehr in Bedrängnis gerät, aber wie wenig er den parasitären Transfer durchschaut, beweist sein Plädoyer für eine weitere Politik der Verschuldung, die ja gerade für diesen Transfer verantwortlich ist. Der Übergang von einer demokratischen Markt- zu einer Privilegiengesellschaft bleibt in seiner Argumentation ganz ausgeblendet. Andererseits weist Miegel zwar gern mit dem Finger auf die Macht des Finanzkapitals, solange es sich um den Globus als ganzen handelt, aber er hütet sich, ihn auf die Wunde im eigenen Land zu legen. Seine Bemerkungen über die Anziehungskraft eines auf persönlicher Initiative und der damit verbundenen persönlichen Freiheit beruhenden Kapitalismus sind erfrischend, aber er vermag nicht zu sehen, dass die Bereitschaft zu Verzicht und Opfern, ohne die wir der Natur keine Chance geben, nur aus dem sozialen Frieden erwachsen kann. Gewiss, ohne das gute Beispiel der Eliten wird es keine Wende geben. Solange aber das Immer-Mehr, Immer-Größer, Immer-Reicher und Immer-Mächtiger deren eigentlicher Daseinszweck ist, wird sich nichts an den bestehenden Verhältnissen ändern. Bevor die Mehrheit zu Opfern bereit ist, müssen die oberen zehn Prozent auf ihre demokratiefeindlichen Privilegien verzichten.

IV) Wie der Staat Leistung und Können bestraft

Ein grober Unfug – wir bestrafen die Kreativität

Was spricht eigentlich dagegen, dass wir die guten Vorsätze der vergangenen Jahre endlich in die Tat umsetzen? *War da nicht von einer Entlastung der Arbeit und einer entsprechenden Belastung des Verbrauchs sowie ökologisch wertvoller Rohstoffe die Rede?*

Von diesen Vorsätzen ist kaum etwas übrig geblieben, geschweige denn umgesetzt. Im Gegenteil, nach wie vor wird jeder Staatsbürger bei uns für einen klugen Gedanken oder einen produktiven Handgriff bestraft. Schreibe ich als Autor ein Buch, dann habe ich Steuern zu zahlen, gründe ich eine Firma, entrichte ich Steuern, stelle ich Produkte her, dann ist der Staat unverzüglich zur Stelle, um mich dafür zu bestrafen. Er belastet die Kreativität, und zwar umso mehr, je stärker sich diese entfaltet. Mit anderen Worten, er behandelt Kreativität wie einen Sündenfall.

Je mehr du gibst, desto höher fällt auch die Strafe aus

Und nicht nur dies, er verfährt dabei auch noch im höchsten Maße ungerecht, weil er die Starken steuerlich schont und die Schwachen rücksichtslos zur Kasse bittet, und zwar nicht erst heute. Auf diese Ungerechtigkeit hatte ich schon in meinem Buch *Das Pyramidenspiel* hingewiesen, weil sie rundum verschleiert wird, selbst von Meinhard Miegel, einem bekannten deutschen Wirtschaftsautor. „Die Starken schultern größere Lasten als die Schwachen. So trug im Jahr 2000 die wirtschaftlich stärkere Hälfte der Lohn- und Einkommensbezieher 88 Prozent der direkten Steuern... Die wirtschaftlich schwächere Hälfte trug demgegenüber nur zwölf Prozent zum Steueraufkommen bei, das schwächste Fünftel mit insgesamt 0,4 Prozent fast gar nichts.“[61]

Leider sind diese Angaben irreführend, denn Miegels Zahlen täuschen nur deswegen eine größere Last auf den Schultern der Stärkeren vor, weil Lohn- und deklarierte Einkommensteuern, also der Beitrag der weniger begüterten Mehrheit und der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, darin zusammengefasst werden. Sobald man sie gesondert betrachtet, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Zwischen 1960 und 2002 gingen die Gewinnsteuern von 35 auf 12% zurück, während die Massensteuern (Lohn-, Umsatz-, Verbrauch- und Mineralölsteuern) von 38 auf 79% in die Höhe schnellten, die Lohnsteuer allein von 12 auf 32%. Die deklarierte Einkommensteuer, die sich 1960 noch auf 31 Prozent des gesamten Steueraufkommens belief, ist im selben Zeitraum auf erbärmliche zwei Prozent im Jahr 2002 zusammengeschmolzen. Auf die Zuwendungen der Begüterten musste der Staat also nahezu völlig verzichten. Auch wenn man berücksichtigt, dass damals der Anteil der Selbstständigen 23 Prozent und nicht wie im

Jahre 2002 nur noch zehn Prozent der Erwerbstätigen betrug, so bedeutet dies immer noch einen Rückgang auf etwa ein Siebtel des ursprünglichen Wertes, in Wirklichkeit aber mehr, da die Einkommen der Selbstständigen inzwischen relativ stärker wuchsen als die der Lohnbezieher. *Die Begüterten in unserem Land wurden de facto in die Steuerfreiheit entlassen*, und diese Situation hat sich inzwischen noch zugespitzt.[62]

Die von mir beschriebene Situation trifft nicht nur auf Deutschland zu, sondern auf die gesamte Europäische Situation, und zwar schon vor anderthalb Jahrzehnten. „Der internationale Factor-10-Club veröffentlichte im Frühjahr 1999 eine Studie ... wonach über achtzig Prozent der staatlichen Einnahmen in der Europäischen Union aus der Besteuerung der Arbeit und der wirtschaftlichen Produktion [resultieren]. Die Belastung von Arbeit machte fast 50 Prozent der Steuern aus. Kapitaleinkünfte trugen dagegen lediglich etwas über ein Prozent der Steuern bei ... Energie und Ressourcen sowie Grundstücke (Boden) machten etwas über 15 Prozent aus.“[63] Dieses Missverhältnis bestand bereits 1999!

Das Grundprinzip gerechter Besteuerung

Mein Augenmerk gilt allerdings einer weit größeren Ungerechtigkeit, nämlich der Besteuerung von Kreativität und Leistung. Die Offensichtlichkeit dieses Unfugs hat bisher nur sehr wenige Ökonomen beunruhigt (unter ihnen allerdings einen der größten, nämlich John Stuart Mill)[64]. Vermutlich genügt es, dass ein Unsinn alltäglich ist und tief genug in den Institutionen verwurzelt, um alles eigenständige Nachdenken mit der Zeit zu lähmen und schließlich ganz auszuschalten. Dabei gibt es für denkende Menschen sehr wohl eine gerechte und unmittelbar einleuchtende Alternative. Wir, die Allgemeinheit (der Staat), dürfen den Einzelnen nicht im Hinblick darauf belasten, *was er uns gibt*, sondern nur im Hinblick auf das, *was er uns nimmt*. Ist dieses Prinzip einmal als das erkannt, was es ist, nämlich die Grundlage für ein gerechtes Verhältnis von Staat zu Bürgern, dann gibt es überhaupt nur eine Form der gerechten Besteuerung – und diese betrifft nur und ausschließlich den Konsum.

Wie gesagt, als nebelhafte Vorstellung steht dieser Gedanke schon seit mindestens anderthalb Jahrhunderten im Raum: nämlich als Forderung, *die Arbeit zu entlasten und stattdessen den Verbrauch mitsamt den knappen und ökologisch wertvollen Rohstoffen zu belasten.* Nur so sieht eine Wirtschaft aus, welche in der Kreativität und dem Schutz der Natur ihr höchstes Gut erblickt.

Die soziale Zielrichtung einer gerechten Besteuerung

So sieht auch eine Gesellschaft aus, welche Arm und Reich in sozial gerechter Art unterscheidet. Wer sich gerade noch das tägliche Brot, also das Lebensnotwendige, leisten kann, den wird der Staat nicht zusätzlich noch zur Kasse bitten.

Wer hingegen täglich in den besten Restaurants speist und sich womöglich das dritte Auto und eine weitere Villa leistet, soll hingegen mit wachsendem Konsum auch *progressive* Abgaben leisten. Je größer der Teil an Gemeinressourcen, den er für sich beansprucht und *so der Verfügung durch andere entzieht*, umso größer soll auch der von ihm geforderte Beitrag sein.

Was spricht also dagegen, dass man endlich aufhört, die Kreativität zu bestrafen? Weder Einzelne noch Unternehmen sollten für ihre Leistungen büßen, sondern allein für ihren Verbrauch von Produkten und knappen Ressourcen, und zwar entsprechend dem Umfang dieses Verbrauchs.

Die Vergiftung unserer Hirne

In der Theorie spricht eigentlich nichts, in der Praxis leider einiges gegen eine derartige Wende: z.B. die ideologische Vergiftung unserer Hirne. Diese gestattet es zwar einem sozial gesonnenen Linken, die steuerliche Entlastung des Arbeiters gutzuheißen - Marx hatte diesen ja in den Flegeljahren des Kapitalismus zu einer Art Heiligen verklärt -, aber in einer ebensolchen Entlastung des Unternehmers sieht er einen Affront: Aufgrund eines ideologischen Vorurteils beurteilt er diesen ja als grundsätzlich böse. Damit hat Marx ein mentales Gift gestreut, dessen unheilvolle Wirkungen bis heute in den Köpfen nachwirken.

Der Unternehmer setzt sein Wissen und Können ein, um neue Produkte auf den Markt zu bringen, und zwar auf eigenes Risiko. Auf einen von ihnen, der Wissen und Kapital in Produkte verwandelt, die sich auf dem Markt durchsetzen, kommen wenigstens drei gescheiterte Unternehmer, die bei diesem Experiment ihren ganzen Einsatz verlieren. Der unternehmerische Gewinn, also das, was dem Erfolgreichen nach Abzug der Löhne und der Kosten für eigenes oder geliehenes Sachkapital übrig bleibt, ist ebenso rechtmäßig verdientes Entgelt wie das Einkommen jedes einfachen Arbeiters.

Der Unternehmergewinn sollte deshalb genauso wenig besteuert werden wie die Einkommen der betrieblichen Mitarbeiter. Vorausgesetzt, dass eine vernünftige Gesetzgebung dafür sorgt, dass ein Unternehmer seinen Gewinn nicht beliebig außerhalb der nationalen oder europäischen Grenzen veranlagen kann, wird eine progressive Konsumsteuer dafür sorgen, dass er ihn auch nicht nach Belieben in übermäßigem Konsum verpulvert. Mit anderen Worten, eine sinnvolle Gesetzgebung wird den Unternehmer dazu ermuntern, den größten Teil seines Gewinns wiederum für neue Produkte und Verfahren einzusetzen.[65]

Die von Marx verschuldete mentale Vergiftung erschwert bis heute eine rationale und nüchterne Diskussion über die anstehenden Probleme. Hier sollte ein radikales Umdenken beginnen: Unternehmen sind Orte der kreativen Arbeit, an der *alle* dort tätigen Kräfte gemeinsam beteiligt sind. Sie sind die Quelle des Wohlstands. Besteuert werden sollten sie nur im Hinblick auf das, was sie der Allgemeinheit an Gemeingütern *entziehen*.

Eine Besteuerung des Verbrauchs noch bis vor kurzem undurchführbar

Freilich stehen nicht nur Denkmuster aus alten Tagen einem Umdenken im Wege. John Stuart Mills Vorschlag einer Besteuerung des Konsums statt der Belastung von Produktion und Leistung war theoretisch befriedigend, aber für die Realität taugte er nicht. Bis gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wäre eine durchgängige Besteuerung des Verbrauchs praktisch undurchführbar gewesen. Für den Staat war es sehr leicht, seine Eintreiber an den Toren einer Firma zu postieren, doch wie hätte er jedem einzelnen Konsumenten auflauern sollen? Das war damals praktisch unmöglich, und so ist es bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts geblieben.

Denn die moderne Mehrwertsteuer, zu Unrecht als Verbrauchsteuer deklariert, nur weil der Verbraucher sie letztlich bezahlen muss, stellt in Wahrheit nur eine andere Form der Unternehmensbelastung dar. Die Mehrwertsteuer wird nach dem Umsatz (der Leistung) von Unternehmen berechnet und dann von den letzteren auf den Endkonsumenten abgewälzt. Sie ist *antisozial*, weil sie die Schwächsten am stärksten trifft, sie ist *ungerecht*, weil sie keine progressive Besteuerung des individuellen Verbrauchs ermöglicht und sie ist *ökologisch unbrauchbar*.

Eine grundlegende Umstellung ist erst heute möglich

Erst seit etwas mehr als einem Jahrzehnt ist eine echte Besteuerung des Verbrauchs praktisch möglich, und zwar aufgrund einer technischen Revolution: der neuen elektronischen Datenerfassung. *Heute spricht nichts mehr dagegen, dass wir die Kreativität – das kostbarste Gut jeden Staates – von allen Abgaben befreien*, statt sie wie in allen Jahrhunderten zuvor zu bestrafen. Wie ein solches zu gleich revolutionäres und doch bezwingend einfaches System funktioniert, werde ich im Folgenden beschreiben.

Neuer Fiskalismus

Jedes gute Steuersystem ist ein Kompromiss zwischen zwei gegenläufigen Zielen: einerseits der Forderung der Allgemeinheit nach sozialer Gerechtigkeit, andererseits dem Bestreben, jeden Bürger zum vollen Einsatz seiner Kräfte für das gemeinsame Wohl anzuregen. Im Sinn des erstens Ziels der sozialen Gerechtigkeit darf der Staat nur den Verbrauch belasten, im Sinne des zweiten ist es ihm untersagt, durch sein Vorgehen Leistung und Können zu lähmen. Statt jene zu belasten, die den Wohlstand der Allgemeinheit vermehren, indem sie dieser die eigene Leistung *geben*, sollte der Staat grundsätzlich nur auf den Verbrauch zugreifen, also alles, was Unternehmen und Endverbraucher der Allgemeinheit *nehmen*, indem sie es ihr durch ihren Konsum *entziehen*.

Ein perfektes System benötigt weder Finanzbeamte noch Steuerberater

Steht dieses Ziel einmal fest, dann kommt es nur darauf an, es technisch so umzusetzen, dass möglichst wenige Menschen benötigt werden, um die Allgemeinheit einerseits vor Betrug und andererseits vor Überlistung zu schützen, also vor Steuerhinterziehern und Steuerberatern im Dienste der Mächtigen. Ein perfektes System lässt weder das eine noch das andere zu: Es werden weder Finanzbeamte noch Steuerberater gebraucht. Im Folgenden möchte ich ein solches System präsentieren. Ich bezeichne es als *Neuen Fiskalismus*.[66]

Das Prinzip selbst ist, wie gesagt, durchaus nicht neu; neu ist seine praktische Anwendung unter der Voraussetzung erst heute vorhandener technischer Mittel, nämlich der elektronischen Erfassung von Zahlungsvorgängen.[67]

Lesegeräte und ein zentraler Computer

Diese technische Neugestaltung betrifft einerseits elektronische Lesegeräte zur Registrierung des individuellen Konsums in den Verkaufszentren, andererseits ein Rechenzentrum, das ich als *Zentralcomputer der Steuerbehörde* bezeichne. Das ist kein Deus ex Machina, sondern das Rechenzentrum steht schlicht für die Gesamtheit aller *automatisierbaren* Vorgänge. Bei einer Bevölkerung von 80 Millionen Menschen bilden solche Routinevorgänge eine gewaltige Masse.

Nur drei Arten von Steuern bleiben übrig

In einem reinen Verbrauchssteuersystem, das zudem keine leistungslose Bereicherung zulässt, sind nur noch drei Arten der Besteuerung zugelassen - die meisten übrigen Steuern wie Mehrwertsteuer, Einkommensteuer usw. entfallen:

1) eine hundertprozentige Besteuerung der leistungslosen Kapitalerträge (bei gleichzeitiger Kaufkrafterhaltung des Ersparten bis zu einer maximalen Obergrenze[68]). Davon war im ersten Kapitel die Rede.

2) eine industrielle *Erstverbrauchssteuer* auf sämtliche knappen Rohstoffe vor oder bei ihrer industriellen Verwendung durch Unternehmen. Diese Abgabe dient vorrangig aber nicht ausschließlich der *ökologischen* Steuerung.[69] Und:

3) eine direkte *progressive Endverbrauchssteuer auf den individuellen Konsum*. Zusammen mit der hundertprozentigen Besteuerung der Kapitalerträge bildet diese den eigentlichen Kern des Neuen Fiskalismus und dessen entscheidende Neuerung. Ich werde mich hier darauf beschränken, die Endverbrauchssteuer zu erklären, wobei ich deren Funktion der Einfachheit halber in einem Staat beschreibe, der seinen Zahlungsverkehr zu 100% auf bargeldlosen Verkehr umgestellt hat.[70] Nach einer vollständigen Umstellung auf den bargeldlosen Verkehr werden Geldnoten und Münzen nur noch für Zahlungen im Ausland verwendet, weil man das Letztere nicht gut zur Übernahme des eigenen Systems zwingen kann.

Die Erfassung der Endverbrauchssteuer

Die Berechnung der Endverbrauchssteuer wird auf folgende Art vorgenommen. Jeder Einkauf eines Endkonsumenten erfolgt mit einer *Konsumkarte.* Äußerlich gleicht diese den bereits üblichen Bankomat- oder Kreditkarten, nur dass die dabei jeweils abgebuchte Summe nicht wie heute nur an die Bank, sondern auch an den Zentralcomputer der Steuerbehörde gemeldet wird. Dasselbe geschieht, wenn der Kauf vom häuslichen Computer auf dem Wege einer Banküberweisung erfolgt. Dem Zentralcomputer wird also die jeweilige Einkaufssumme zusammen mit der *Identitätsnummer* des Konsumenten übermittelt. Bei diesem Vorgang interessiert sich die Steuerbehörde - der Zentralcomputer - bei 95% aller Käufe nicht für die Art der eingekauften Objekte, sondern ausschließlich für die dabei jeweils gezahlte Summe.

Alle Summen, die ein Konsument X im Laufe eines Zeitabschnitts, z.B. innerhalb eines Monats, an beliebigen Orten mit seiner Konsumkarte abbucht, werden im Zentralcomputer erfasst und automatisch addiert. Wie schon heute weitgehend der Fall sind sämtliche Verkaufsstätten mit Lesegeräten ausgestattet. Die Steuerbehörde selbst besteht nur noch aus dem zentralen Rechenzentrum.

Die Berechnung der Endverbrauchssteuer

Liegt die vom Computer für einen bestimmten Zeitraum errechnete Gesamteinkaufssumme *unterhalb* eines offiziell bestimmten Lebensminimums, wird vom Zentralcomputer kein Steuerbescheid ausgestellt; entspricht die Summe dem *durchschnittlichen Standardkonsum*, so wird die Standardsteuer erhoben. Summen *über dem Standardkonsum* werden nach einem einfachen Algorithmus progressiv besteuert, so dass – je

nach Steilheit der Progression – ein zehnfach über dem Standard liegender Konsum eine - je nachdem – zwanzig- oder hundertfach höhere Steuerbelastung trägt. Die Progression selbst geht aus demokratischer Festlegung hervor.

Der Konsum, der unterhalb eines Minimums gar nicht besteuert wird, verteuert sich also umso mehr, je weiter er sich in seiner Höhe vom Standard entfernt. Auf diese Weise kann er ab einer bestimmten Grenze schließlich überhaupt unbezahlbar werden. Nicht seine Unbezahlbarkeit ist allerdings der soziale Zweck progressiver Besteuerung, *sondern dass jeder Bürger einen umso größeren Beitrag zum Allgemeinwohl leistet, je mehr er durch seinen individuellen Verbrauch der allgemeinen Verfügbarkeit entzieht*.

Worin besteht der aktuelle Konsum?

Der aktuelle Konsum umfasst Güter des täglichen Verbrauchs wie Nahrungsmittel, Mobiliar usw., aber auch langlebige Güter wie Autos, Waschmaschinen etc. und schließlich dauerhafte Güter wie Immobilien sowie Grund und Boden. Der Konsum bei Arbeitslosigkeit, der Konsum an medizinischen Leistungen im Krankheitsfall und schließlich die Pflege im Alter bedürfen einer besonderen Regelung. Zudem unterscheiden sich Konsumenten auch dadurch, dass sie als einzelne oder in Partnerschaften in Erscheinung treten. Diese Fälle berühren nicht *das Prinzip der Endverbrauchsbesteuerung*, aber sie bedürfen einer gesonderten Behandlung. [71]

Möglichkeit einer ökologischen Feinsteuerung

Die progressive Endverbrauchssteuer legt nicht nur den Beitrag fest, den jeder gemäß seinem Konsum zum Allgemeinwohl leistet, sie lässt sich auch zur ökologischen Feinsteuerung nutzen. Gewiss, die für die Industrie geltende *Erstverbrauchssteuer* ist dazu das vorrangige Instrument, das sich aber mit einer *ökologisch orientierten Endverbrauchssteuer* sinnvoll unterstützen lässt, und zwar derart, dass Betriebe gegenüber dem Staat den relativen Anteil von Arbeit und Ressourcen in ihren Produkten offenlegen. Jede Firma würde demnach ihre Produkte – natürlich nur, sofern es sich um Massenware oder hochpreisige Güter handelt - außer mit dem jeweiligen Preis auch mit einem Ökologiekoeffizienten versehen, der den durchschnittlichen Preisanteil knapper Ressourcen im Verhältnis zur Arbeit quantifiziert. Zusammen mit dem Preis des Produktes wird dann auch dieser Koeffizient an die Steuerbehörde übermittelt. Er hat einen Wert zwischen Null und Eins. Null bedeutet, dass das Produkt keine Ressourcen benötigt, sondern ausschließlich Arbeit. Eins bedeutet, dass in seinem Preis keine Arbeit, sondern nur Ressourcenverbrauch enthalten ist. Soll vor allem der Ressourcenverbrauch der Besteuerung unterliegen, dann wird bei einem Koeffizienten von Eins der Preis mit Eins oder einem noch höheren Wert multipliziert, die Steuer wird also in

voller Höhe oder darüberhinaus berechnet. Das Gegenteil ist der Fall, je weiter der Koeffizient gegen Null tendiert. Auf diese Weise stellt der Staat einen zusätzlichen Anreiz für Unternehmen her, möglichst viel Arbeit und möglichst wenig Ressourcen einzusetzen.[72]

Steuerflucht

Steuerflucht ist im neuen System kaum möglich. Dadurch erspart sich der Staat ganze Kompanien von Finanzbeamten. Wenn ein Inländer im Ausland mit der Konsumkarte bezahlt, dann gelten dieselben Regeln wie oben, denn seine Bank leitet den abgehobenen Betrag automatisch an den zentralen Computer weiter, die ihn dann als Konsumausgabe behandelt. Begleicht er seine Rechnung dagegen in bar - man kann das Ausland ja schwerlich zwingen, elektronische Bezahlung zu akzeptieren -, dann muss er deutsche Mark oder Euro an einer heimischen Bank abheben. Sie werden ihm dort auch in beliebigem Umfang gewährt, aber stets nur für einen von ihm angegebenen Zeitraum. Man muss also angeben, für welche Dauer man das Bargeld in Anspruch nimmt. Dementsprechend errechnet der Zentralcomputer die Steuersumme seines Konsums für den betreffenden Zeitraum und bucht in diesem Fall die fällige Steuer *vor Auszahlung* der beanspruchten Summe ab - damit keine Kapitalflucht ins Ausland erfolgen kann. Falsche Angaben sind kaum möglich, weil die Dauer des Aufenthalts dem Zentralcomputer ja sofort angezeigt wird, sobald die Konsumkarte neuerlich im Inland benutzt wird.

Auslandseinkäufe nicht attraktiv

Einkäufe im Ausland bieten allerdings keinen Vorteil gegenüber dem heimischen Konsum. Da die Steuer auf Arbeit (Einkommensteuer) sowie Mischsteuern in der Art der Mehrwertsteuer im Inland zur Gänze entfallen, kommt es zu einer starken Verbilligung inländischer Produkte im Gegensatz zu denen des Auslands – jedenfalls solange das neue System nicht auch dort eingeführt wird. Der Konsum im Inland wird dadurch wesentlich gefördert, zumindest soweit er nicht in Widerspruch zu den durch die Erstverbrauchssteuer gesetzten ökologischen Zielen gerät.[73]

Einwände technischer Art

Die Deutschen sind nicht bereit, auf Bargeld zu verzichten

Der Übergang zu einem ausschließlich bargeldlosen Zahlungsverkehr werde sich daher nicht durchsetzen lassen.

Diese Behauptung ist unbegründet.[74] Die Wahl zwischen Bargeld und unbarem Zahlungsverkehr wird in der Praxis allein durch Nützlichkeitserwägungen bestimmt.

Wenn es für Konsumenten und Firmen bequemer oder gar profitabler ist, sich ganz auf elektronische Zahlung umzustellen, werden sie den Übergang augenblicklich vollziehen. Der Staat hat es seinerseits in der Hand, diesen Prozess durch entsprechende Anreize entweder zu verhindern oder umgekehrt wesentlich zu beschleunigen. Wenn er die Erstverbrauchssteuer für Betriebe sowie die Endverbrauchssteuer für Konsumenten während einer Übergangsphase um einen prozentuellen Abschlag vermindert, sofern die Zahlung bargeldlos erfolgt, stellt er einen wirksamen Anreiz her, um die Umstellung in kürzester Zeit herbeizuführen. Bei allen Barzahlungen, die über einem Bagatellbetrag liegen, muss der Kunde ohnehin seine Konsumkarte benutzen. Barzahlung wird somit für alle Beteiligten aufwändiger, weil der Empfänger den Betrag und die Steuernummer des Konsumenten händisch in die Tastatur des Kartenlesegerätes eingeben muss. Der Abschlag bei elektronischer Zahlung ist also schon deswegen gerechtfertigt, weil Barzahlungen einen größeren Aufwand erfordern.

Sobald der Zahlungsverkehr zu 90 oder 95 Prozent elektronisch erfolgt, kann der Staat die Umstellung für die verbleibenden 5 oder 10 Prozent per Gesetz verfügen, weil damit zu rechnen ist, dass die Barzahlung vor allem dem Zweck der Steuerhinterziehung verfolgt.

Dänemark ist jetzt bereits auf dem Weg, das Bargeld ganz abzuschaffen: Ab 2017 werden keine neuen Banknoten gedruckt. In Italien darf nur bis zu einem Maximalbetrag von 999,99 Euro bar bezahlt werden, Frankreich will sich anschließen.

Die Abschaffung des Bargelds ist allerdings keine Voraussetzung für die Verwirklichung des neuen Steuersystems. Es genügt, wenn die von der Notenbank gedruckten Scheine mit einem Herausgabedatum versehen sind und ihre Einlösung und Gutschrift auf dem eigenen digitalen Konto mit einem Abschlag entsprechend dem Alter der Scheine erfolgt (z.B. fünf Prozent Entwertung jährlich, auf jeden Fall aber merklich höher als die Inflation des digitalen Geldes). Jeder wird dann bestrebt sein, vom baren Geld in digitales auszuweichen. Mit Ausnahme der Münzen für geringe Zahlungen werden alle Bargeldnoten mit der Zeit von selbst aus dem Verkehr gezogen – ein fließender Übergang also.

Der Neue Fiskalismus verwandelt den Bürger in einen gläsernen Konsumenten.

Dieser Einwand ist gleich aus mehreren Gründen zurückzuweisen. Zunächst einmal wird das Verkaufsverhalten des durchschnittlichen Konsumenten jetzt schon von privater Seite zu privatem Vorteil überwacht. Das geschieht vor allem über das Internet, aber auch bei Supermärkten und Firmen. In allen modernen Staaten wird das gesammelte Wissen über den gläsernen Konsumenten weltweit von Privatfirmen gesammelt und an andere Privatfirmen oder Privatleute verkauft, ohne dass dies bisher sichtbare Proteste hervorgerufen hätte.

Dagegen ist der Zentralcomputer per Gesetz verpflichtet und auch so program-

miert, dass er bei 95 Prozent aller täglichen Einkäufe ausschließlich den Kaufbetrag registriert. Im Unterschied zur heute üblichen Ausschnüffelung des individuellen Konsumverhaltens ist der Steuerbehörde bei 95 Prozent aller Einkäufe daher nur der *Umfang des Konsums* bekannt. Im neuen System weiß die Steuerbehörde also nicht mehr vom Bürger als sie heute schon von ihm weiß, wenn sie den *Umfang des Einkommens* bei der Bevölkerungsmehrheit ermittelt. In diesem Zusammenhang von einem gläsernen Konsumenten oder einer Beeinträchtigung des Datenschutzes zu reden, ist absichtliche Irreführung. Überhaupt überrascht es immer erneut, dass jene, die so lautstark gegen den Überwachungsstaat protestieren, fast immer geschwiegen haben, solange die Überwachung die sogenannten kleinen Leute betraf, deren Einkommen dem Staat bekanntlich schon seit langem auf Heller und Pfennig bekannt sind. Protest regt sich nur, wenn sie die Großen trifft, von denen viele in der Tat gute Gründe haben, sich vor einer Offenlegung ihrer Finanzgebarung und ihrer Konten zu fürchten.[75]

Im übrigen kontrolliert der Staat schon jetzt steuerlich jedes einzelne Produkt vom Schokoriegel bis zum Ferrari, ohne dass sich Protest gegen sein Vorgehen regte. Er tat es bisher nur eben auf Seiten der Produzenten (bei den Firmen sowie im Groß- und Kleinhandel), weil die traditionelle Art der Besteuerung eben gerade da zugriff. Es liegt nahe, dass die Kontrolle auf den Konsumenten übergeht – und übergehen muss – sobald die Besteuerung sich von der Produktion auf den Verbrauch verlagert. Warum haben all diejenigen, die glauben, heftig gegen die staatliche Erfassung des Konsums protestieren zu müssen, nie gegen die genauso umfassende Kontrolle der Produktion Einspruch erhoben? Wenn er überhaupt Steuern erheben will, muss der Staat entweder die Produktion oder den Verbrauch kontrollieren!

Die Endverbrauchssteuer schnellt auf unerträgliche Werte empor

So der Einwand von Lorenz Jarass, einem deutschen Steuerexperten. Dazu ist Folgendes zu sagen. Vergleicht man ein System der progressiven Besteuerung der *Leistung* (Einkommen) plus Besteuerung von Sachen (Mineralöl und andere Rohstoffe) einerseits mit einem System der progressiven Besteuerung des Verbrauchs plus Besteuerung der Ressourcen (Erstverbrauchssteuer) andererseits, so ist offenkundig, dass sich beide im Hinblick auf das Gesamtaufkommen äquivalent gestalten lassen. Es ist also kein relevanter Einwand, dass die Konsumsteuer entsprechend hoch ausfällt, denn es wird nur der Zugriff bei der Besteuerung gewechselt: von der Leistung zum Verbrauch. Legt man *Aufkommensneutralität* zugrunde, so dass der Staat dasselbe Steueraufkommen bezieht wie zuvor, und stellt gleichzeitig die Bedingung auf, dass die Bevölkerungsmehrheit auf keinen Fall stärker belastet werden darf als zuvor, so gewinnt man die erforderlichen Eckpunkte der Berechnung. Denn die Umstellung hat natürlich so zu erfolgen, dass sich beim Standardverbrauch keine höhere Belastung für die Mehrheit ergibt.

Dieser Ansatz würde allerdings das Steuervolumen für den Standardverbrauch immer noch zu hoch ansetzen. Denn natürlich wird die Endverbrauchssteuer wesentlich dadurch entlastet, dass man ein *größeres und mit der Zeit zunehmendes* Gewicht auf die Besteuerung der Ressourcen legt, also den industriellen *Erstverbrauch* entsprechend belastet. Genau diese Forderung wird auch von all jenen erhoben, die gegen die ökologischen Folgen des derzeitigen Steuersystems protestieren. Weg von der Besteuerung der Arbeit (Leistung) hin zur Besteuerung knapper Güter, hieß es bisher. Im neuen System heißt es dagegen: *Reduktion der Besteuerung des Endverbrauchs zugunsten einer höheren Besteuerung knapper Güter!*[76] In Anhang 3 präsentiere ich eine versuchsweise Quantifizierung des neuen Systems.

---

[61] Miegel, Die deformierte Gesellschaft, 2002; S. 232.
[62] Diese Passage ist meinem Buch *Das Pyramidenspiel* entnommen, 2008; S. 28.
[63] Schmidt-Bleek, 2014; Pos. 2214.
[64] *The principles of political economy,* book 5, chapter 10.
[65] Voraussetzung dafür, dass keine dauerhaften Monopole und ungerechtfertigte Gewinne entstehen, ist allerdings ein funktionierender Wettbewerb: die Grundlage für die Gleichheit der Chancen.
[66] In den Grundzügen hatte ich es schon in meinem Buch *Wohlstand und Armut* von 2010 vorgestellt, ausführlicher dann auf meiner Website unter http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/Neuer_Fiskalismus.html.
[67] Ohne diese technische Neuerung ist eine wirkliche Berechnung des Konsums - z.B. aus der Differenz von Einkommen und Ersparnis - nicht möglich, weil ja gerade die höchsten Einkommen *immer im Dunkeln liegen*.
[68] Im einzelnen haben wir es auch bei der Garantie für die Erhaltung der Kaufkraft mit einem komplexen Problem zu tun. Eine solche Garantie kann selbstverständlich immer nur für eine befristete Zeit gewährt werden. Sie entfällt z. B. dann, wenn ein Staat keine weiteren Ersparnisse=Investitionen mehr aufnehmen kann - ein Punkt, der sich bei Nullwachstum zwangsläufig einstellt.
[69] „Wo immer ein Unternehmen Steuern auf die Nutzung von Natur - die Verwendung von Ressourcen – zahlt, wird es direkt dazu veranlasst, nach Lösungen zu suchen, seine Nachteile gegenüber Konkurrenten ... auszugleichen“. Schmidt-Bleek, 2014; Pos. 2063.
[70] In Deutschland wurden 2010 wertmäßig etwa 42% aller Einkäufe bargeldlos, also auf elektronischem Wege vorgenommen.
[71] Hier ist nicht der Platz auf diese Details einzugehen. Ich führe sie auf meiner Website aus: http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/EinzelheitenI.html.
[72] Eine ausschließliche Besteuerung der Ressourcen wie von Hans-Peter Aubauer (Professor für Physik und Umweltwissenschaft an der Universität Wien) gefordert (siehe *Zeitschrift für Sozialökonomie*, Eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Ressourcenwende. Oktober 2011) erscheint dagegen weniger sinnvoll. Wie Paul Krugman berichtet, besteht und bestand der Luxuskonsum der amerikanischen Superreichen in Prachtvillen so groß wie Schlösser und einem entsprechenden Personalaufwand. So war es in den 20er Jahren vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, und so ist es erneut seit den 90er Jahren. Soll dieser Konsum an menschlicher Arbeit unversteuert bleiben? Das würde für die Superreichen den Anreiz vermehren, wiederum eine Dienstbotengesellschaft wie in der Dritten Welt zu fördern, denn dann zahlen sie keine Steuern. Gewiss, der Staat darf die Arbeit nicht mit Steuern belasten, denn diese stellt sein wertvollstes Wirtschaftsgut dar; Endverbraucher hingegen sollten auch für die von ihnen in Anspruch genommene Arbeit eine progressive Steuer zahlen, da sie ein Gemeingut vermindern.
[73] „Reductions in labor cost would allow companies to hire more workers, which in turn would mean that their competitiveness on international markets would be enhanced.“ Schmidt-Bleek, 2014; Pos. 2056.
[74] Der US-amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff plädiert bekanntlich für eine vollkommene Abschaffung von Bargeld.
[75] Natürlich kann der Staat eine zentralisierte Steuererhebung missbrauchen, er kann daraus ein System der Orwellschen Totalüberwachung machen, ebenso wie er die Rechtsprechung, die Demokratie und alle sonstigen Institutionen missbrauchen kann. Nicht eine einzige Erfindung vom Messer bis zur Atomenergie ist gegen Missbrauch gefeit.
[76] Nur darf man die Endverbrauchssteuer auf keinen Fall mit der derzeitigen Mehrwertsteuer verwechseln. Diese ist ein unglücklicher Zwitter, der sowohl den Konsum des Endkonsumenten belastet (aber auf sozial schädliche, weil gerade für die Einkommensschwächsten besonders nachteilige Weise) wie auch die Unternehmensleistung,

aber hier auf eine für die Leistung schädliche Art, da die Mehrwertsteuer keinen Unterschied zwischen effizienten und weniger effizienten Betrieben macht und außerdem ökologisch unwirksam ist. Die Mehrwertsteuer verdankt ihren Ursprung allein historischen Gründen, weil es vor Aufkommen der elektronischen Zahlung für den Staat praktisch unmöglich war, den Verbrauch anders als auf dem Umweg über die Betriebe zu belasten.

V) Wie die Arbeit vernichtet und das Kapital exportiert wird

> Gutes Recht für die Fanatiker war auch das Recht auf freien Handel, aber das ist eben auch die Abwesenheit von Recht, welches den Handel in irgendeiner Weise behindert. *Ernst Ulrich v. Weizsäcker*[77]

Die ersten vier Kapitel dieses Buches haben zu Schlussfolgerungen geführt, die theoretisch eindeutig sind, wenn sie auch praktisch bei all jenen auf größten Widerstand stoßen, die ihre Privilegien gefährdet sehen. Parasitärer Transfer ist in jeder Gesellschaft, die sich in demokratischer Verfassung auf Leistung und Können *als dem einzigen Maßstab individueller Vorrechte* beruft, ein durch nichts zu rechtfertigendes Übel. Ebenso gilt dies für die Bestrafung der Arbeit und persönlichen Initiative, wie sie der Staat durch ein im höchsten Maße unsoziales Steuersystem praktiziert. Dass schließlich die sich stetig erweiternde Kluft zwischen Reich und Arm, nämlich von Guthaben in der Hand der oberen zehn und Schulden auf den Schultern der unteren neunzig Prozent, gerade den frühen Industrienationen zum Verhängnis zu werden droht, wird von allen unvoreingenommenen Betrachtern als Bedrohung gesehen.

Der freie Handel

Anders ist es, wenn wir uns dem freien Handel zuwenden. Die einen loben ihn als Quelle allen Wohlstands, die anderen stehen ihm skeptisch bis ablehnend gegenüber. Zu den ersten zählt Adam Smith, der seine Zustimmung gleich im Titel seines vor mehr als zwei Jahrhunderten erschienenen Klassikers zum Ausdruck brachte: *The Wealth of Nations.* In neuerer Zeit hat Robert Reich, Wirtschaftsprofessor und ehemaliger Berater der Präsidenten Gerald Ford und Bill Clinton, den gleichen Standpunkt in seinem Buch *The Work of Nations* vertreten. Praktisch die gesamte westliche Schulökonomie hat sich diesem Credo angeschlossen. Skeptiker gab es allerdings schon im 19. Jahrhundert, z.B. den großen Wirtschaftstheoretiker Friedrich List (1789 - 1846), der in Deutschland den ersten Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften besetzte.

Vorbehalte gegen den freien Handel

List war der wortmächtigste, der scharfsinnigste und der hartnäckigste Kritiker des englischen „cant“, d.h. jener Art Heuchelei, die den eigenen Vorteil hinter pseudo-wissenschaftlichen Erkenntnissen und pseudo-idealistischen Motiven versteckt. „Noch zu Zeiten der Lords Chatham und North trug man keine Scheu, im offenen Parlament zu sagen: man sollte nicht zugeben, dass in Nordamerika ein einziger Hufnagel fabriziert werde… Erst mit Adam Smith kam noch eine neue... Staatsmaxime...[hinzu]: die wahre Politik Englands durch die von Adam

Smith erfundenen kosmopolitischen Redensarten und Argumente zu verdecken, um fremde Nationen abzuhalten, diese Politik [der Industrialisierung] nachzuahmen".[78]

Freihandel zwischen oder innerhalb Nationen

Man vergesse nicht: Diese Sätze stammen von einem Ökonomen, *der zum Begründer des Deutschen Zollvereins wurde*, also ein entschiedener Befürworter des Freihandels war, solange sich dieser *innerhalb eines politisch geeinten Gebiets* abspielt. List wurde zeitlebens nicht müde, auf den grundsätzlichen Unterschied hinzuweisen, der in einem gerechten Handel innerhalb eines politisch geeinten Territoriums besteht und, auf der anderen Seite, dem fast immer ausbeuterischen, fast immer ungerechten Handel zwischen ungleichen Nationen. „... und so ist auch die Handelsfreiheit populär geworden, ohne dass man zwischen der Freiheit des inneren Handels und der des internationalen Handels unterschieden hätte, während doch beide nach Wesen und Wirkung himmelweit voneinander verschieden sind", sagt List an anderer Stelle.[79]

Entwicklungsländer und Protektionismus

In England war es John Stuart Mill (1806 - 1873), der die gleiche Warnung aussprach. Er zog sich freilich den hellen Zorn seiner ideologisch anders programmierten Kollegenschaft zu, als er – obwohl auf überaus vorsichtige Art - eine offensichtliche Wahrheit aussprach: "...protecting duties [Einfuhrzölle] can be defensible, when they are imposed temporarily (especially in a young and rising nation) in hopes of naturalizing a foreign industry".[80]

Der große Engländer dachte bei diesen Worten an die Vereinigten Staaten, aber schon wenig später sollten sie für das Land der aufgehenden Sonne gelten, das seit 1867 größte Anstrengungen unternahm, um seinen bisherigen Status als bitterarme Agrarnation zu überwinden. Beide, die USA wie Japan, verdankten ihren damaligen Aufstieg zu großen Industrienationen einem entschiedenen Schutz der eigenen Industrien, mit anderen Worten, dem Protektionismus.

Mehr als ein Jahrhundert später haben sich andere mit aller Entschiedenheit gegen einen unkontrollierten internationalen Freihandel ausgesprochen, z.B. James Goldsmith in seinem 1993 erschienenen Buch *Die Falle*; ebenso die Ökonomen Herman E. Daly und Ravi Batra oder ich selbst in der *Die arbeitslose Gesellschaft* von 1997; in jüngster Zeit, Paul Craig Roberts, ehemaliger ökonomischer Berater von Ronald Reagan.

Adam Smith sprach eine elementare Wahrheit aus

Richtig ist, dass der freie Handel grundsätzlich die besten Möglichkeiten für die Mehrung des Wohlstands aller an ihm beteiligten Partner bildet, denn unfreier Handel bedeutet ja, dass irgendwelche Instanzen - meist Staaten, manchmal aber auch einfache Wegelagerer - ihn mit Abgaben und sonstigen Hindernissen be-

lasten, also Profite in die eigene Tasche leiten, welche die gehandelten Güter für die Käufer verteuern; bisweilen so stark verteuern, dass sie ihn geradezu lähmen. So gesehen stellt der freie Handel schlicht die größtmögliche Verbilligung zum Vorteil der Konsumenten dar. Diese Wahrheit mit größter Entschiedenheit schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts vertreten zu haben, und zwar gegen die damalige Praxis staatlicher Wegelagerei, ist das bleibende Verdienst von Adam Smith.

Doch die von List und John Stuart Mill schon vor anderthalb Jahrhunderten ausgesprochenen Warnungen haben ihre Geltung bis heute bewahrt. *Der freie Handel kann Wohlstand vermehren, er kann aber auch alle Entwicklung und damit allen Wohlstand im Keim ersticken* - diese Wahrheit wird von den allzu naiven Befürwortern des freien Handels entweder verdrängt oder beflissen geleugnet.

Handel zwischen ungleichen Partnern

Dabei ist die schädliche Wirkung immer dann offensichtlich, wenn zwei ökonomisch weitgehend unterschiedene Partner einen solchen Handel betreiben, z.B. ein hoch entwickelter Industriestaat und ein Entwicklungsland. Die kaufkräftigen Kunden des Letzteren werden dann die Industriegüter des ersteren erwerben und auf diese Weise den Aufstieg des eigenen Landes zu einem weit wohlhabenderen Industriestaat schon im Ansatz verhindern. Vom Standpunkt des Bürgers in seiner Rolle als Konsument betrachtet, ist dieses Verhalten durchaus sinnvoll und logisch. Warum soll er die entweder noch gar nicht vorhandenen oder weit schlechteren Produktes des eigenen Landes erwerben, wenn er hervorragende und möglicherweise auch noch weit billigere Erzeugnisse im technologisch fortschrittlicheren Ausland erwerben kann?

Die Erfolgreichen betrieben Protektionismus

Betrachtet man den gleichen Sachverhalt jedoch vom Standpunkt des allgemeinen Interesses, dann gehen von einer solchen Freiheit des Konsumenten verheerende Folgen aus. Tatsächlich haben die erfolgreichen unter den ehemaligen Entwicklungsländern einen entschiedenen Protektionismus betrieben. Sowohl Japan wie auch die ehemaligen Tigerstaaten und China haben die Einfuhr ausländischer Produkte lange Zeit streng kontingentiert, um eigene Industrien erst einmal ungestört aufzubauen - abgeschirmt gegen eine weit überlegene Konkurrenz. Um zukünftiger Vorteile *aller* Bürger willen haben sie den gegenwärtigen Vorteil *einiger* Bürger, nämlich deren freien Konsum, erst einmal unterdrückt. Erst als ihnen dies gelungen und sie selbst auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig waren, wurden Japan und China plötzlich zu glühenden Verfechtern des freien Handels, denn nun suchten sie ja selbst nach Absatzmärkten für ihre Produktion. Das eigene Interesse führt so die Wahrheit am Nasenring hinter sich her.

Dumm waren nur diejenigen, welche sich von der Ideologie täuschen ließen

Der Grund, warum es vielen Entwicklungsländern bis heute so schlecht geht, ist auch kein Geheimnis. Sie haben die Bibel des Freihandels und der westlichen Schulökonomie ernst genommen, statt darin eine Ideologie zur Förderung der jeweiligen Interessen bestimmter Länder oder Schichten zu sehen. Dementspre-

chend setzen sie dem Import von Luxus und Industriegütern keine Grenzen und haben damit den Schutz aufgehoben, dessen jede Industrie in ihrer Anfangsphase bedarf.

Wirtschaftswissenschaftler sind daher schlicht im Unrecht, wenn sie dem Bürger weismachen wollen, dass Wohlstand am sichersten dort entsteht, wo der Staat dem einzelnen eine vollständige ökonomische Freiheit gewährt. Zu Wohlstand gelangt sind nur diejenigen Staaten, die diese Freiheit zu Beginn ihrer industriellen Entwicklung weitgehend unterdrückten.

Gefahr für die entwickelten Staaten

Wie gesagt, waren derartige Einsichten schon Friedrich List und John Stuart Mill geläufig. Sie wussten, dass Wirtschaft erst zu einer Wissenschaft wird, wenn man sie im Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen betrachtet. Nur die Wahrheiten einer *politischen Ökonomie* sind ernst zu nehmen.[81] Das trifft in unserer eigenen Zeit noch in höherem Maße zu. Denn inzwischen hat das Unheil, welches von einem Handel zwischen ungleichen Partnern auszugehen vermag, eine zusätzliche Dimension angenommen – eine Dimension, von der die Theoretiker des 19. Jahrhunderts noch nichts wissen *konnten*.

Auch diesmal geht es um das Grundproblem, ob die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen in seiner Rolle als Konsument als Wert an sich gelten darf, oder ob man sie stets im Zusammenhang mit den zukunftsbezogenen Interessen des Gemeinwesens sehen müsse. Einen Fall dieser Art haben wir schon besprochen. Früher mussten sich Entwicklungsländer dagegen schützen, dass die Freiheit des Bürgers als Konsument die künftige Entwicklung im Keim erstickt. Heute gibt es eine ganz neue und in ihrer Art einzigartige Gefahr: *Ein schon erreichter Stand der Entwicklung lässt sich durch den freien Handel auch wieder zerstören.*

Der Handel mit China

Beispielhaft für diese Entwicklung - oder besser Rückentwicklung - ist die Wirkung, die der Handel mit China für die Staaten des Westens hat. Zweifellos kommt es westlichen Verbrauchern zugute, dass sie Waren zu weit geringeren Preisen aus Asien statt von der eigenen Industrie beziehen. Da hiesige Löhne weit höher sind, müssen es auch die Preise sein. Allerdings hat die Lohndifferenz ihre guten historischen Gründe. In den frühen Industrienationen ist es Arbeitern und Angestellten in langen Kämpfen gelungen, ein Einkommensniveau zu erreichen, das sich dem von Beamten, Lehrern, Anwälten, Richtern, Apothekern und anderer Berufe allmählich annähern konnte. Deren Einkommen sind auch weiterhin nicht in Gefahr, da ihre Berufe der asiatischen Konkurrenz überwiegend entzogen bleiben. Doch genau dieser Gefahr sind die Angestellten und Arbeiter und mit ihnen all jene Industrien preisgegeben, die dem Wettbewerb mit Billiglohnländern standhalten müssen. Die *Bürger als Konsumenten* profitieren - die Arbeiter eingeschlossen. So billig würden sie ohne diese Impor-

te nicht einkaufen können; die *Bürger als Arbeitnehmer*, die ihr Geld für den Verbrauch erst einmal verdienen müssen, sind dagegen in größter Gefahr. Die Geschichte der vergangenen hundert Jahre demonstriert dies mit lehrbuchhafter Eindringlichkeit.[82]

Eine ewige Wiederkehr des Gleichen

England, Vorreiter der industriellen Revolution und bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts die industrielle Weltmacht schlechthin, verdient heute überwiegend an seinem Finanzsektor und seinen Ölvorkommen. Seine einst weltweit überlegenen Industrien sind den damaligen Billiganbietern, der nordamerikanischen und der kontinentaleuropäischen Konkurrenz, gewichen. Ebenso hat sich der noch vor einem halben Jahrhundert allumfassende industrielle Vorsprung der Vereinigten Staaten inzwischen auf die Informations- und Militärtechnologie sowie auf die Unterhaltungsindustrie verengt. Was Europa angeht, so ist der Süden schon jetzt aus dem Rennen. Nur der Norden profitiert vorläufig noch vom freien Handel, weil er in einigen Spitzenbereichen der Industrie, vor allem der Autoerzeugung, einen deutlichen technologischen Vorsprung besitzt. Angesichts der Tatsache, dass im technologischen Wettrennen mit Asien dieses immer mehr Bereiche der Hochtechnologie für sich erobert, ist es nur eine Frage der Zeit, bis ganz Europa das Schicksal Englands erleidet. Vor dieser Entwicklung hatte ich schon in einem 1997 erschienenen Buch gewarnt.[83]

Resümee: Aus Gründen der politischen Ökonomie kann sich der freie Handel, der unter gleichen Partnern ein Segen ist, unter ungleichen Partnern zu einem Fluch entwickeln. Entweder hindert er den schwächeren Partner, jemals auf Augenhöhe mit den Stärkeren aufzusteigen, oder er sorgt dafür, dass der ursprünglich stärkere Partner sich wieder ‚zurückentwickelt'. Wirtschaftlich haben die USA diesen Pfad bereits beschritten und das südliche Europa ist im Begriff, ihnen dabei zu folgen.

Wenn Zahlen in die Irre leiten

Leider betreiben die Wirtschaftswissenschaften bis heute keine *politische* Ökonomie. Sie bekommen daher nur den Bürger in seiner Rolle als Konsument in den Blick, der Bürger als demokratischer Gestalter der eigenen Zukunft hat in ihren Lehrbüchern keinen Platz. Doch selbst die rein ökonomische Betrachtungsweise kann zu seltsamer Kurzsichtigkeit führen. In seinem Buch *L'Économie des Inégalités* spielt Thomas Piketty die Auswirkungen der Globalisierung auf Arbeitslosigkeit und Löhne mit einem statistischen Argument herunter. Der Freihandel mit den Entwicklungsländern könne unmöglich Schaden anrichten, da er quantitativ unbedeutend sei. Im Jahre 1990 zum Beispiel hätten sich die gesamten Einfuhren westlicher Staaten aus diesen Ländern nur auf einen Wert von 2 – 2,5% des BIP belaufen – ein lächerlich geringer Wert, so sein Argument.[84]

Jede Kostensenkung schafft einen neuen Standard

Dieser Einwand überzeugt nicht, auch wenn Piketty ihn reichlich selbstgewiss als 'incontournable', d.h. als unwiderleglich, bezeichnet. Man darf nicht vergessen, dass Betriebe ihre Konkurrenz dauernd im Auge haben. Um des eigenen Überlebens willen fühlen sie sich aufgrund jeder Preis- und Kostensenkung der anderen Produzenten gezwungen, die eigenen Güter ebenfalls zu verbilligen - und zwar so schnell wie nur möglich. Sobald die ersten Produkte aus Asien in westlichen Staaten eintrafen, wurde der neue Preisstandard daher zur Grundlage ihrer Kalkulation. Wer da nicht mitkam, sah das eigene Ende voraus, und zwar mit Recht. Denn der größte Teil aller jenen Industrien, die den Reichtum westlicher Staaten begründet haben, ist bei uns seit Jahrzehnten ausgestorben. Die Werkbank der Welt befindet sich heute in Asien. Wie schon Hans-Werner Sinn bemerkte, ist selbst Deutschland inzwischen zu einer 'Basarwirtschaft' abgesunken.

Die tatsächliche Wirkung der Auslagerung war um ein Vielfaches größer!

Diese Entwicklung ist so offensichtlich, dass die Blindheit Pikettys und fast der gesamten Schulökonomie umso mehr überrascht. Der Hinweis auf den geringen Wert der Einfuhren ist nämlich irreführend. Angenommen, dass die 1990 aus China und anderen Entwicklungsländern importierten industriellen Produkte nur ein Zehntel ihrer heimischen Äquivalente gekostet haben, *dann haben sie wertmäßig das Zehnfache an Gütern aus heimischer Produktion verdrängt.*[85] Die Wirkung dieses Imports entspricht daher in Wahrheit einer Situation, in der nicht 2,5, sondern zehnmal 2,5 also 25 Prozent des BIP, eingeführt werden. Diese einfache Überlegung zeigt, dass die Deindustrialisierung westlicher Länder alles anders als ein Mysterium ist.[86]

Die Deindustrialisierung des Westens

Auf diesen Zusammenhang hatte ich schon in meinem 1997 erschienenen Buch *Die Arbeitslose Gesellschaft* hingewiesen. Vor einem Jahr hat sich Paul Craig Roberts in ähnlichem Sinn geäußert. The US has become an import-dependent country, depending on foreigners for energy, manufactured goods and advanced technology products... Approximately half of U.S. imports from China are the offshored production of U.S. firms for the U.S. market... „free trade“ is a shield for greed. Short-term gains for management and shareholders are maximized at the expense of the labor force and the economic welfare of the country. Jobs offshoring is dismantling the ladders of upward mobility that made America an opportunity society.[87] Aus diesem Grund würden heute auch alle gängigen Stimulierungsmaßnahmen fiskalischer oder geldpolitischer Art versagen.[88]

> Asymmetric globalization has also exerted its toll around the globe. Mobile capital has demanded that workers make wage concessions and governments make tax concessions. The result is a race to the bottom. *Joseph Stiglitz*[89]

Wo die ökonomische Rückentwicklung letztlich hinführen wird, scheint inzwischen wenig zweifelhaft. Selbst ein altgedienter Neoliberaler wie Francis Fukuyama hat mittlerweile begriffen, was da mit der amerikanischen Weltmacht geschieht. In einem Spiegelinterview vom 30. Januar 2012 gab er seine jüngste Entdeckung preis: Die USA hätten ihre Industrien und damit ihre ökonomische Weltmachtstellung an China verloren! „Wir dachten, der Globalisierung nur Herr werden zu können, indem wir gar nichts mehr selbst produzieren und lieber Dienstleistungen anbieten. Darüber haben wir ganz vergessen, dass der Sozialismus in den USA nur deswegen kein großes Thema ist, weil immer genügend Leute den Einzug in die prosperierende Mittelklasse schafften. Das funktioniert nun nicht mehr, denn die haben in Branchen gearbeitet, die wir Ländern wie China überlassen haben…“

Gewiss, die USA sind militärisch immer noch ein Gigant, aber da sie ihre Wirtschaft ausbluten ließen, wurden sie zu einer Macht auf tönernen Füßen. Inzwischen hat Europa die Vereinigten Staaten als größter Handelspartner Chinas abgelöst. Europa ist also im Begriff, das amerikanische Beispiel einer fortschreitenden industriellen Auslagerung folgsam zu imitieren.

Was bewirkt die Transatlantische Partnerschaft?

Wird sich an dieser Entwicklung etwas ändern, wenn es zu einer transatlantischen Partnerschaft zwischen den USA mit Europa und Japan kommt? Gewiss wäre das eine Freihandelszone zwischen gleich entwickelten Staaten, welche die zwischen ihnen noch verbliebenen Einschränkungen tarifärer und anderer Art endgültig aufheben würden. Die Theorie, wie sie die Schulökonomie vertritt, vermag in diesem Fall ausschließlich Vorteile zu entdecken. Der freie Handel würde den Wohlstand des gesamten westlichen Lagers wesentlich fördern.

Ein zusätzlicher Impuls für Auslagerung

Leider ist die Theorie abermals im Unrecht. Es genügt nämlich, dass einer der Partner seinerseits den freien Handel mit einem sehr ungleichen Gegenüber aufrecht erhält, z.B. mit China, um die Vorteile des Freihandels *für alle Beteiligten* außer Kraft zu setzen. Die Konkurrenz westlicher Staaten untereinander hat in diesem Fall die unausbleibliche Folge, dass jeder, der den Anteil asiatischer Komponenten in seinen Produkten erhöht, sich dadurch Kostenvorteile verschafft, welche die übrigen westlichen Staaten ebenfalls dazu zwingt ihre Produktion an Asien abzutreten. Die transatlantische Freihandelszone würde diesen Prozess zusätzlich beschleunigen.[90]

Drei mögliche Abwehrstrategien

So bleiben denn nur drei denkbare Strategien, um die weitere industrielle Demontage westlicher Staaten aufzuhalten. Die eine - sie mutet eher utopisch an – würde in einer weitgehenden Automatisierung der industriellen Prozesse bestehen, um auf diese Weise den Arbeitskostenvorteil Asiens aufzuheben. Der Einsatz von Maschinen ist aber nicht in jedem Fall kosten- und ressourcengünstiger als der von Menschen, außerdem würden die dazu erforderlichen Investitionen die Rolle des geldgebenden Kapitals weiter stärken und damit den parasitären Transfer - die Kluft zwischen Arm und Reich würde sich weiter vertiefen. In ökologischer Hinsicht wäre dies die denkbar schlechteste Lösung.

Eine echte Abwehr der Billigkonkurrenz wäre dagegen möglich, wenn der Staat statt Arbeit und Kreativität mit Steuern zu bestrafen allein auf den Verbrauch zugreift, wie im zweiten Kapitel vorgeschlagen. In diesem Fall würde sich die Produktion so stark verbilligen, dass westliche Industrien wieder eine Chance haben. Allerdings auch nur solange, bis sich die asiatische Konkurrenz dazu entschließt, die Arbeit gleichfalls zu entlasten und allein den Verbrauch zu besteuern.

Eine langfristige und nachhaltige Lösung

Langfristig ist das Übel der Rückentwicklung allein dadurch aufzuhalten, dass man seine Ursache, aufhebt oder zumindest beschränkt: den freien Handel zwischen ungleichen Partnern. Der ökologischen Eigenverantwortung gegenüber der Umwelt würde diese Lösung ebenso nützen wie der industriellen, sozialen und politischen Selbständigkeit. Denn wir dürfen ja nicht vergessen, dass von der Auslagerung nicht nur verheerende soziale Wirkungen ausgehen, sondern ganz besonders hat die Natur darunter zu leiden. Die hohen Standards, die der hiesigen Industrie zum Wohle der Umwelt vorgeschrieben wurden, durfte sie in China missachten – das war ja ein weiterer Grund für die Verbilligung der Produktion. Aber die Vergiftung der Natur macht bekanntlich nicht an nationalen Grenzen halt. Man beseitigt das Unheil nicht, indem man es in andere Länder verlagert. All dies rückgängig zu machen, ist allerdings ein schmerzhafter Prozess, weil schon so viel an eigener industrieller Substanz verloren ging und die gegenseitige ökonomische Verklammerung die Tatsache vertuscht, dass Nutzen und Schaden dabei sehr ungleichmäßig verteilt sind. Vorläufig ist eine solche Entwicklung zur Eigenverantwortung nicht einmal in Ansätzen zu erkennen.

Freier Handel und Demontage der Demokratie

Der Wahrheit sollten wir endlich ins Auge sehen. Ein uneingeschränkter Handel zwischen ungleichen Partnern hebt den Schutz der eigenen ökonomischen Basis auf und damit auch die demokratische Selbstbestimmung. Das Wort ‚Protektionismus' ist hier unangemessen, weil es allein die ökonomische Dimension be-

trifft, während es ebenso um die demokratische *Selbstverantwortung* geht. Für die USA war die Ära dieser Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, die bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bestand, die wohl glücklichste Zeit ihrer Geschichte, da sie den größten Wohlstand schuf und für niemanden eine Bedrohung darstellte. Eingeleitet worden war sie von einem bis heute bewunderten Präsidenten: Abraham Lincoln. Mit Blick auf Europa sagte er am Anfang dieser Epoche: „Schafft die Zölle ab und unterstützt den Freihandel, dann werden unsere Arbeiter in jedem Bereich der Wirtschaft wie in [Festland-]Europa auf das Niveau von Leibeigenen und Paupern heruntergebracht.“[91]

Regionalisierung als ökonomische und ökologische Selbständigkeit

Nicht durch den „Weltkrieg um Wohlstand“, wie er von Gabor Steingart in dem gleichnamigen Buch sehr realistisch beschworen wurde, wird eine nachhaltige Friedensordnung entstehen, sondern durch die Beendigung unserer Abhängigkeit von fremden Ressourcen und selbst von fremder Arbeit, solange diese einen Abbau des eigenen wirtschaftlichen Fundaments bewirkt.

Wie die Vereinigten Staaten bis in die 70er Jahre vermag auch das heutige Europa nach einem entschlossenen Übergang zu energetischer Selbstversorgung den Großteil seiner lebenswichtigen Ressourcen auf dem eigenen Territorium zu finden. Die ausgelagerten Jobs, die vernichteten Industrien, der ständige Druck auf die Löhne bei gleichzeitig exorbitanter Bereicherung einer Minderheit – also alles, was dem globalen „Race to the bottom“ zum Opfer fiel, kann Europa, wenn es sich auf sich selbst besinnt, wieder zurückerobern.[92] Seine ökologische Zukunft hängt ohnehin von dieser Selbstbestimmung und Selbstbesinnung ab. Ebenso wenig wie wir unsere Umweltgifte in Afrika ablagern und mit unserem Naturverschleiß andere Länder und Kontinente belasten sollten, dürfen wir unserer Verantwortung im Bereich der Produktion ausweichen. Das geschieht aber, wenn wir sie nach Asien auslagern oder unsere Löhne und Standards einer weltweiten Billigkonkurrenz aussetzen.[93]

---

[77] Recht, wo bist du? Impulsreferat von Ernst Ulrich von Weizsäcker, Deutscher Evangelischer Kirchentag in Bremen, 23.5.2009.
[78] List, 1910, p. 475
[79] List, 1910, p. 87.
[80] *The Principles of Political Economy*, book 5, chapter 10. Wir finden dieselbe These in Chang, Ha-Joon, *Kicking Away the Ladder* (Chang, 2002) und, in allgemeinerer Form, in Paul Bairoch (Bairoch, 1995).
[81] Traditionally economics has ignored politics, but understanding politics is crucial for explaining ... inequality (Acemoglu & Robinson, 2012; S. 62).
[82] Nebenbei werden die strengen Umweltstandards, zu denen sich heimische Industrien unter hohen Kosten verpflichten mussten, in den Entwicklungsländern ganz oder weitgehend aufgehoben, so dass auch eine ökologische Rückentwicklung die Folge ist.
[83] Jenner, Die arbeitslose Gesellschaft - Gefährdet Globalisierung den Wohlstand?, 1997.
[84] Piketty, 2004; S. 69.
[85] In *Die arbeitslose Gesellschaft* prägte ich dafür den Begriff des ‚Verdrängungshandels'.
[86] Man wende nicht ein, dass sich die Preise mit der Zeit angleichen werden, wie man etwa am Beispiel Japans sehe. Gerade das Beispiel Japans zeigt, dass die Billigoffensive erst einmal heimische Industrien in großer Zahl dauerhaft vernichtet, bevor es zu einer solchen Angleichung kommt. Chinas Bevölkerung ist zehnmal so groß wie die Japans. 9/10 seiner Bevölkerung sind immer noch bereit für Mindestlöhne zu schuften.
[87] Roberts 2013, Pos. 705, 772, 806.

[88] Monetary and fiscal policy cannot help when the problem is that American jobs have been relocated offshore. Because of offshore production, stimulating demand stimulates production in China and other offshore sites. As high-productivity jobs have been offshored, American incomes, except for the super-rich, have ceased to grow. Thus, there is no effective way to boost consumer spending short of printing money and giving it to the population, or handing out tax rebates accommodated by monetary expansion (Roberts 2013, Pos. 684).
[89] http://opinionator.blogs.nytimes.com/2013/10/13/inequality-is-a-choice/?_php=true&_type=blogs&_r=0
[90] Und hier ist noch nicht einmal davon die Rede, dass der im TTIP vorgesehene Investitionsschutz die Staaten künftig zu ohnmächtigen Befehlsempfängern der großen Konzerne entmündigen soll.
[91] Dieses Zitat stammt aus dem Buch *Die Globalisierungsfalle* (Martin & Schumann, 1996; S. 137) und wurde von den beiden Autoren möglicherweise frei erfunden. Bei Abraham Lincoln selbst habe ich nur den folgenden Text gefunden: "I… proceed to try to show that the abandonment of the protective policy by the American Government must result in the increase of both useless labor and idleness; and so, in proportion, must produce want and ruin among our people" (http://lincoln.lib.niu.edu/cgi-bin/philologic/getobject.pl?c.1128:1.lincoln).
[92] Dies ist das Thema eines 2012 erschienenen Buches, dessen unpassender Titel: *Von der Krise ins Chaos – wann kommt der finale Crash?* mir leider vom Verlag aufgezwungen wurde. Der Wirtschaftswissenschaftler Helge Peukert schließt sich meinem Vorschlag an (Peukert, 2013; S. 136).
[93] Bad conscience toward the Third World has long prevented us from an unbiased assessment of free trade, because our criticism could easily be misunderstood for national egoism or even xenophobia. Do you begrudge the developing countries their rise to prominence? In fact, something quite different happened. Big corporations and big business eagerly grasped the opportunity to outsource dirty production to Asia, Mexico, etc. - with devastating consequences for natural environment in those countries. They did so because of greed: nowhere else could they pocket profits of comparable magnitude (Daly, 1993).

VI) Wie die ökonomische Wissenschaft sich zur Magd der Reichen und Mächtigen macht

> My major concern about my profession today is that our disciplinary preference for logically beautiful results … has reached such fanatical proportions that we economists have become dangerous to the earth and its inhabitants. *Herman E. Daly*[94]

Unbeantwortet bis zu diesem letzten Kapitel blieb eine Frage, die sich dem Leser von Anfang an aufdrängen musste: Wie ist es möglich, dass der parasitäre Transfer - diese gewaltige Saugpumpe, womit eine Minderheit sich Reichtum im Schlaf auf Kosten der Mehrheit verschafft – der ökonomischen Schulwissenschaft nicht nur verborgen blieb, sondern von ihr nach Kräften verdrängt und gegebenenfalls mit fadenscheinigen Argumenten geleugnet wurde?[95]

Wie ist es möglich, dass die Bestrafung der Leistung und Kreativität, die doch im Vergleich zur Belastung des Verbrauchs so offensichtlich ungerecht und unsinnig ist, bei der Schulwissenschaft nicht von Anfang an den größten Protest hervorrief?

Wie konnte es dazu kommen, dass die Schulökonomie den Unterschied zwischen zwei völlig andersartigen Arten des Sparens ignoriert, dem Konsumsparen einerseits und dem Machtsparen andererseits, obwohl das Letztere eine der Hauptursachen für die destruktiven Seiten des modernen Kapitalismus ist?

Und wie ist es zu erklären, dass der Freihandel, dessen Folgen nur unter ganz spezifischen Bedingungen segensreich sind, vom Mainstream gegen alle widersprechende Evidenz pauschal als das beste Rezept zur Steigerung des Wohlstands missdeutet wurde?

Die Ursache liegt nicht in mangelndem Können

Gewiss können wir diese Blindheit nicht damit erklären, dass es den Universitäten an qualifizierten Personen fehlen würde. Die besten Theoretiker jeder Disziplin sehen sich heute genauso wie in der Vergangenheit genötigt, eine Laufbahn im akademischen Bereich zu suchen, da nur dieser ihnen die Freiheit gewährt, ihren Neigungen in materiell abgesicherter Stellung nachzugehen. Die offenkundige Realitätsblindheit der akademischen Ökonomen kann nicht an mangelndem Können liegen - sie muss tiefere Ursachen haben.

Wissen und Macht

Wenn wir diese tieferen Ursachen aufdecken wollen, müssen wir die Stellung der Wirtschaftswissenschaften zur politisch-ökonomischen Macht in den Blickpunkt rücken. Die Wirtschaftswissenschaftler können mit ihren Ergebnissen das Vorgehen der Macht stützen oder dieses umgekehrt delegitimieren. Im ersten

Fall sind sie eine Stütze, im zweiten eine Gefahr für die Macht. Damit erfüllen sie eine ähnliche Funktion wie früher einmal die Theologie.[96] Die Theologen beriefen sich auf eine überweltliche Offenbarung, deren Weisungen sie fast immer im Sinne der weltlichen Macht auslegten (sofern für sie nicht die Chance bestand, die bestehende weltliche Macht zu stürzen und sich selbst an ihre Stelle zu setzen). Ebenso stehen auch die Wirtschaftswissenschaftler im Dienste der Macht. Jeder weiß, dass sein Institut nur dann die begehrten und am höchsten bezahlten Aufträge empfängt, wenn er die vorherrschende Ideologie vertritt und alle gegen die Macht opponierenden Richtungen herabsetzt und sie möglichst als unwissenschaftlich (theologisch gesprochen als Werk des Teufels) disqualifiziert. Da die einflussreichsten wissenschaftlichen Zeitschriften und Buchverlage heute überwiegend von finanzkräftigen Sponsoren abhängig sind, zählen sie – auch wenn sie diese Abhängigkeit niemals offen bekennen – zu den natürlichen Verbündeten der herrschenden Mächte. Sie sind es, welche die Standards dafür beschließen, welche Aussagen in den Wirtschaftswissenschaften als wissenschaftlich seriös gelten dürfen und welche nicht.[97]

Blind für Krisen

So erklärt sich auf einfache Weise, warum die Schulökonomie auch die größten Wirtschaftskrisen nicht vorauszuahnen, geschweige denn vorherzusagen vermag. Die großen Krisen seit 2007 wurden von ihr so wenig vorhergesehen wie die 1929 ausgebrochene Great Depression. Kein Mangel an Intelligenz ist der Grund für dieses offensichtliche Versagen, sondern ein Mangel an Zivilcourage, der für die Karriere der Ökonomen bedrohlich gewesen wäre. Sie wissen, dass die herrschenden Mächte ausschließlich solche Erkenntnisse und Gutachten mit sozialem Prestige und materieller Vergütung belohnen, die immer aufs Neue den ‚wissenschaftlichen' Beweis dafür erbringen, dass keine andere als die herrschende Wirtschaftsordnung das bestmögliche Rezept für den gegenwärtigen Wohlstand und eine gesicherte Zukunft biete.

... dass nicht sein kann, was nicht sein darf

Dass keiner unter den tonangebenden Ökonomen die großen Krisen im Voraus erkennt und die Öffentlichkeit vor ihnen warnt, hat daher einen durchaus plausiblen Grund. *Solche Krisen sollen und dürfen nicht einmal für möglich gehalten, geschweige denn vorhergesagt werden.* Auch wenn man sie tatsächlich vorauszuerkennen glaubt, ist es geraten, darüber zu schweigen und die Warnungen anderer zu ignorieren oder als unseriös abzuwerten. Denn durch Krisen wird das herrschende System notwendigerweise ins Unrecht gesetzt. Die Aufgabe einer machthörigen Schulökonomie besteht aber darin, das herrschende System ins Recht zu setzen. Nur so ist zu verstehen, dass die führenden Ökonomen hereinbrechende Krisen stets als Überraschung erleben. Sie fallen sozusagen vom Himmel. Nur hinterher, wenn sie nicht mehr zu leugnen und zu vertuschen sind, gibt man sich die größte Mühe, ihre Existenz sozusagen nachträglich und ex

officio ins eigene Weltbild zu integrieren.

> "… the ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong, are more powerful than is commonly understood. Indeed the world is ruled by little else." *John-Maynard Keynes*[98]

Die Blindheit der Schulökonomie für Krisen hat ihr logisches Gegenstück in der Blindheit für *alternative Entwürfe*. So wie die herrschende Macht von Krisen nichts wissen will, so auch von Entwürfen, die ihre eigene Stellung gefährden. Daher der unablässige Refrain, Alternativen zur bestehenden Ordnung seien nicht einmal denkbar: There is no alternative. Hier liegt der eigentliche Grund, warum die ökonomische Schulwissenschaft zwar auch Wissen vermittelt, nämlich solches Wissen, das die bestehende Ordnung bestätigt und schützt, aber darüberhinaus zur gleichen Zeit auch noch die Aufgabe erfüllt und erfüllen soll, aktiv zur *Unterdrückung von Wissen* beizutragen: eben das Wissen über Krisen und über mögliche Alternativen. Dazu bedarf es nicht einmal eines großen äußeren Drucks oder direkter wirtschaftlicher Abhängigkeit. Es genügt, dass zu den wirklich Erfolgreichen immer nur diejenigen gehören, welche das geltende Paradigma gegen alle Anfechtungen und Anfeindungen verteidigen.[99] Der Erfolg allein ist eine völlig ausreichende Kraft, um für ideologische Gleichschaltung zu sorgen.[100]

Es braucht nicht betont zu werden, dass die Unterwerfung unter die Vorgaben der Macht einen wesentlichen Anteil an der heutigen Krise trägt. Außerdem aber hat sie dafür gesorgt, dass die ökonomische Wissenschaft, da sie eben auch ein Instrument zur Unterdrückung von Wissen ist, in bedenkliche Nähe zu einer Pseudowissenschaft geriet.[101]

---

[94] Daly, 1993; S. 24.

[95] Es gibt auch Ausnahmen von der Regel. Die Auswirkungen des parasitären Transfers werden von Joseph Stiglitz klar benannt, wenn auch nicht der diesem zugrundeliegende Mechanismus: „Of the advanced economies, America has some of the worst disparities in incomes and opportunities, with devastating macroeconomic consequences. The gross domestic product of the United States has more than quadrupled in the last 40 years and nearly doubled in the last 25, but as is now well known, the benefits have gone to the top — and increasingly to the very, very top" (http://opinionator.blogs.nytimes.com/2013/10/13/inequality-is-a-choice/?_php=true&_type=blogs&_r=0).

[96] Vgl. das Zitat von Meinhard Miegel, S. 47.

[97] Eine vertiefte Analyse muss darüber hinaus zwischen dem Gesetzeswissen der Naturwissenschaften unterscheiden und dem Wertewissen, mit dem sich die Geisteswissenschaften weitgehend zufrieden geben müssen. Siehe: http://www.gerojenner.com/portal/gerojenner.com/Kreation_und_Freiheit.html. Von diesem Gegensatz handelt auch mein Buch *Die Macht der Träume und die Ohnmacht der Vernunft – eine Philosophie der Freiheit*.

[98] Keynes, 1964; p. 383.

[99] In democratic countries today, you are less likely to risk your reputation and your livelihood (or even be physically threatened!) if you disagree with the political mainstream than if you are a scientific dissident. (Jakob von Uexüll, jr.; https://www.ut.ee/SOSE/sss/pdf/uexull_jr_3212.pdf).

[100] Dieser Erfolg schlägt sich auch in der engen Verflechtung zwischen akademischem Milieu und Finanzwirtschaft nieder, Harald Schumann spricht von Plutokratenfilz (Schumann, 2008; S. 121).

[101] In Deutschland beeinflussen auch historische Gründe die abgehobene Stellung der Wirtschaftswissenschaften: nämlich deren ursprüngliche Verwurzelung in einem Beamtentum, das dank seiner Nähe zum Staat sich diesem gegenüber besonders verpflichtet und sich andererseits dem gewöhnlichen Bürger weit überlegen fühlte. Stil und Inhalt ihrer geistigen Erzeugnisse hat dies tief geprägt. Schon William James bemerkte spöttisch, dass deutsche

Professoren nur für andere Professoren schreiben, und zwar in einem oft nur Eingeweihten verständlichen Professorenstil. Aus dieser zunftmäßigen Abgeschlossenheit erklärt sich auch der auffallende Mangel an Bereitschaft, sich mit anderen als den eigenen Kollegen auseinanderzusetzen.

Anhang:

1. Wie funktioniert der parasitäre Transfer?

Die Ausbeutung einer arbeitenden Mehrheit durch eine Minderheit, ohne dass diese dafür eine Leistung erbringt, ist leider alles andere als neu. Vor dem Neolithikum und der Erfindung der Landwirtschaft wird sie wohl eher eine Ausnahmeerscheinung gewesen sein, danach war sie die Regel, weil ein Bauer bei entsprechender Arbeit mit seinem Ertrag mehr als sich selbst und die eigene Familie zu ernähren vermochte.

Einerseits bot erst dieser Übergang zur künstlichen Erzeugung von Nahrung (im Gegensatz zum früheren Jagen und Sammeln) die unerlässliche Voraussetzung für alle spätere Hochkultur, denn erst jetzt konnte es Menschen geben, die ihre volle Arbeitskraft für die Verteidigung, den inneren Frieden, die Landvermessung, die Bewässerung etc. einsetzten und damit Leistungen erbrachten, die mindestens ebenso wichtig waren wie die Nahrungserzeugung selbst. Andererseits lag zum ersten Mal in der Geschichte des Menschen die Möglichkeit der rücksichtslosen und systematischen Ausbeutung nahe: Nahezu überall auf dem Globus entstand nun eine erbliche Herrenschicht über den Bauern, die sich selbst (kraft ihrer meist religiös begründeten Vormachtstellung) das Recht zuschrieb, die Hälfte und mehr des von der Mehrheit auf den Feldern erwirtschafteten Ertrags auch ohne Leistung in Anspruch zu nehmen. Der König und eine Adelsschicht (ergänzt oder nicht durch religiöse Spezialisten) gründeten ihr Vorrecht nur noch teilweise auf Funktionen, die sie zum Wohl des Ganzen erbrachten. Nicht erst im Frankreich des späten 18. und im russischen Zarenreich vom Beginn des 20. Jahrhunderts musste eine Schicht von Drohnen und Parasiten gewaltsam hinweggefegt werden, um die Bevölkerungsmehrheit von einer unerträglich gewordenen Last zu befreien. Schon im alten Ägypten und China hat dieses Ungleichgewicht regelmäßig zu Bauernaufständen geführt.

In allen Hochkulturen kam es dabei zu einem schroffen Gegensatz zwischen Besitz und Eigentum. Eigentümer oft des gesamten kultivierbaren Landes war ein König, ein Gottkönig oder Adel und Klerus. Die landwirtschaftlich tätige Mehrheit war nur Besitzer des fremden Eigentums; es wurde ihr auf Abruf das Recht zugestanden, auch sich selbst davon zu ernähren, sofern sie ihre Arbeit in erster Linie für die oder den Eigentümer erbrachte. Selbst in Staaten, die offiziell keine herrschende Schicht ‚von Gottes Gnaden' mehr kannten, hat sich an dieser Situation wenig geändert. Einige wenige Familien teilten nicht nur das römische Reich, sondern bis vor kurzem auch große Teile eines modernen Staates wie Brasilien unter sich auf.

In der Landwirtschaft tritt die Mechanik der Ausbeutung der vielen durch eine Minderheit besonders deutlich zutage, aber sie wurde unvermindert in die Industriegesellschaft übertragen, wo der Gegensatz zwischen Eigentum und Besitz sogar noch stärker hervortritt. In den traditionellen Gesellschaften begegnen wir von vornherein zwei Arten des Eigentums, dem legitimen, auf Leistung begründeten Eigentum, und dem parasitären, das einzig auf Ausbeutung beruht. Ein Herrscher, der für den inneren und äußeren Frieden sorgt, hält einen Staat zusammen. Eine Schicht von adligen Rentiers, die das Leben von Drohnen führen, höhlt eine Gesellschaft von innen her aus.

An diesem fundamentalen Gegensatz hat sich nach der industriellen Revolution kaum etwas geändert. Ein Unternehmer, der mit eigenem Sachkapital und bezahlten Beschäftigten Produkte erzeugt oder Dienstleistungen erbringt, die den Wohlstand des Ganzen fördern, gehört zum innersten Kern der erfolgreichen Industriegesellschaft. Der Rentier jedoch, der sein Vermögen allein dadurch vermehrt, dass er Geld ‚für sich arbeiten lässt', in Wahrheit also von der Leistung anderer zehrt, verdient das Schicksal, das kein Geringerer als John Maynard Keynes ihm ausdrücklich wünschte, nämlich ein baldiges Verschwinden. Im Verhältnis zu all jenen, welche der Gemeinschaft ihre Arbeit und ihr Können zur Verfügung stellen, verkörpert er nichts anderes als jene Kaste funktionslos gewordener Adliger, die einst als Drohnen parasitär von der Leistung anderer lebten.

Das Ziel einer demokratischen Marktwirtschaft muss daher darin bestehen, *aus Besitzern Eigentümer zu machen, also privates Eigentum auf möglichst viele Köpfe zu verteilen, und zwar so, dass die Ungleichheit der Verteilung ausschließlich auf unterschiedlicher Leistung beruht und mit dem Verschwinden der Leistung und ihrer Träger auch wieder abgebaut wird.*

Eigentum nimmt dabei eine zentrale Stellung ein, denn alle Leistung ergibt sich aus Arbeit plus Sachkapital, wobei das Letztere aus einem Stück Boden plus Saatgut oder aus Werkzeugen und Maschinen besteht. In den fortschrittlichsten Staaten unserer Zeit erbringt eine überwältigende Mehrheit Leistung nicht mehr auf dem Land, ausgestattet mit Zugtieren und Pflug, sondern mit Hilfe von Werkzeugen und Maschinen in Büros und Fabriken. Schon bald nach Beginn der industriellen Revolution war die mit dem Eigentum neu entstehende (oder besser, die auch unter veränderten Produktionsbedingungen fortdauernde) Ungleichheit nicht zu übersehen. Es setzte eine neuerliche Konzentration des Eigentums in wenigen Händen ein.

Der erste *weltgeschichtlich wirksame* Protest gegen den ungleichen Nutzen aus industrieller Leistung stammt von Karl Marx, der den oft genug exorbitanten Unternehmergewinn dem Hungerlohn gegenüberstellte, für den zu seiner Zeit eine Mehrheit arbeiten musste. Auch heute ist es schwer einzusehen, warum die Leistung des Unternehmers hundert oder mehr mal mehr wert sein soll als die seiner Beschäftigten.[102] Dennoch ist dieser Gegensatz nicht der eigentlich skandalöse, zumal er dank gewerkschaftlicher Aktivität wesentlich eingeschränkt werden konnte. Der tiefere Gegensatz, den Marx aufgrund seiner Fixie-

rung auf das falsche Feindbild des Unternehmers kaum in den Blick bekam, besteht zwischen jenen, die eine Leistung erbringen, also dem Unternehmer und seinen Beschäftigten auf der einen, und jenen Eigentümern auf der anderen Seite, die Gewinn einstreichen, ohne dafür Leistung zu erbringen.[103] Sie besteht zwischen Besitzern und Eigentümern - sofern die Letzteren parasitäres Einkommen beziehen.[104]

Auf drei verschiedene Arten kommt ein solches parasitäres Einkommen zustande. Einerseits kann es aus der *direkten Verfügung über Sacheigentum* quellen. Laut Forbes ist das Vermögen der siebenundsechzig reichsten Menschen des Globus genauso groß wie das der ärmeren Hälfte der Menschheit (also das von 3,5 Milliarden Menschen).[105] Im Vergleich zu früheren Zeiten, wo eine kleine Schar von Großgrundbesitzern über das Sachkapital in Gestalt von Ackerland und die daraus fließenden Erträge verfügte, hat sich die Situation in der industriellen Welt also in dramatischer Weise zugespitzt, weil ungleich größerer Reichtum erwirtschaftet wird. Wer heute über Eigentum an Sachkapital in Gestalt von Ölquellen, Konzernen, Immobilien oder Baugrund verfügt, ist Multimillionär, wenn nicht vielfacher Milliardär. Auch wenn er (wie ja in der Regel der Fall) zusätzlich noch eigene Leistung in bestimmten Tätigkeiten erbringt, lebt er in erster Linie parasitär von der Arbeit, die andere für ihn erbringen.

Neben dem unmittelbaren Eigentum an Sachkapital gibt es, zweitens, das *indirekte* Sachkapital in Gestalt von *dividendentragenden Aktien* und, drittens, in Form von *zinstragendem Geld*, das Banken in Sachkapital anlegen, indem sie es an Kreditnehmer weitergeben. Dieser dreifache Ursprung des parasitären Transfers sollte immer im Augen behalten werden. Wenn in Anhang II bei der Berechnung des parasitären Transfers nahezu ausschließlich von Zinsen die Rede ist, so liegt der Grund für dieses recht einseitige Vorgehen allein in der Tatsache, dass sich der parasitäre Transfer aufgrund des vorhandenen statistischen Materials hier noch am ehesten quantifizieren lässt.[106] *Allein dieser Gesichtspunkt der Quantifizierbarkeit, und sonst kein anderer ist dafür verantwortlich, dass von den Erträgen, die sich aus dem direkten Eigentum an unverschuldeten Sachkapital einerseits und aus Aktien in Gestalt von Dividenden auf der anderen Seite ergeben, nur beiläufig die Rede ist*, obwohl das unverschuldete Sachkapital in Deutschland eine gleich große Rolle und Aktien außerhalb Deutschlands teilweise eine weit größere Rolle spielen.[107]

Zinsen bilden also nur einen Teil des parasitären Transfers. Würden alle Sparer zu Aktionären und damit alle Zinsen zu Dividenden werden, würde es diesen Transfer gleichfalls geben, denn parasitäres Einkommen kommt, wie gesagt, auf dreifache Art zustande. Eine ‚Abschaffung des Zinssystems', wie bisweilen gefordert, wäre schon deshalb sinnlos, weil Sollzinsen (der Preis für Kredite) ein wichtiges Instrument zur sinnvollen Steuerung von Investitionen sind. Allein die *Habenzinsen (das leistungslose Einkommen) sind das Problem*.[108] Guthaben, ganz gleich ob aus Geld oder aus Sachen bestehend, soll nur erhalten, aber nicht durch fremde Arbeit vermehrt werden können.

Will man Habenzinsen als Quelle parasitären Einkommens beseitigen, indem man sie zu hundert Prozent vom Staat abschöpfen lässt,[109] dann muss daher gleichzeitig verhindert werden, dass die Sparer statt Zinsen Dividende beziehen, weil sie ihr Geld, statt es der Bank zu geben, in Aktien anlegen. Es versteht sich, dass auch Dividende der Allgemeinheit gehören, da sie genau wie Habenzinsen leistungsloses Einkommen repräsentieren. Den Risikozinsen, welche die Bank gegen Verluste absichern, entspricht in diesem Fall ein vom Unternehmen zu erbringender Risikoaufschlag, welcher zu ihrer von professionellen Ratingagenturen ermittelten Bonität in umgekehrtem Verhältnis steht. Habenzinsen und Dividenden-plus-Risikoabgabe werden demnach beide vom Staat abgeschöpft. Im Extremfall kann dieser die Besteuerung der individuellen Leistung (durch die Einkommensteuer) allein mit den aus den Habenzinsen fließenden Einnahmen ersetzen (siehe Anhang III). Er kann sich sogar über noch größere Erträge freuen, wenn er zusätzlich die Dividenden abschöpft und parasitäres Vermögen einer Substanzbesteuerung unterzieht.

---

[102] Untersuchungen [welche?] beweisen, dass Höhe der CEO-Bezüge und Erfolg der Konzerne eher negativ korrelieren (Krysmanski, 2012; Pos. 201/5889).

[103] Das Ideal des Kommunismus, also letztlich die Aufhebung des Gegensatz zwischen Mein und Dein, hat einen höchst realen und daher auch emotional begründeten und religiös überhöhten Urgrund: die Gütergemeinschaft in der Familie und in jeder anderen Art von Liebesgemeinschaft. Menschliche Gesellschaft aber besteht eben nicht nur aus solchen Liebesgemeinschaften. So zerstörerisch es ist, den außerhalb der Familie bestehenden Wettbewerb in die Familie hineinzutragen, so unsinnig ist es andererseits, die gesamte Gesellschaft in eine Liebesgemeinschaft verwandeln zu wollen.

[104] In Aktiengesellschaften sind beide Funktionen eindeutig getrennt, in Familienunternehmen überschneiden sie sich.

[105] http://www.forbes.com/sites/forbesinsights/2014/03/25/the-67-people-as-wealthy-as-the-worlds-poorest-3-5-billion/

[106] Quantifizierbarkeit, also die Verfügung über die relevanten Daten, ist auch der Grund, warum ich in Anhang II den parasitären Transfer für die Jahre 2001 und 2007 und nicht für 2013 berechne (wie mir von Prof. Jarass nahe gelegt). So einfach die allgemeine Formel zur Berechnung des par. Transfers, so schwierig ist es, die entsprechenden Daten zu ermitteln. Der Reichtum der oberen zehn Prozent wird mit allen Mitteln verschleiert. Vgl. Zucman, 2014; Pos. 1310/1548).

[107] Von Kursgewinnen und Spekulation ist absichtlich nirgendwo die Rede, da ihnen immer auch Kursverluste und Fehlspekulationen gegenüberstehen.

[108] Wenn die Anleger nach einer hundertprozentigen Abschöpfung aller Kapitalgewinne keine Habenzinsen einnehmen, können ihnen die Sollzinsen natürlich gleichgültig sein. Das gilt allerdings nicht für die Banken, die mit dem Risiko rechnen müssen, das jede Veranlagung birgt. Die Sollzinsen sind daher für die Banken einerseits Risikozinsen, andererseits Honorar für ihren Vermittlungsservice zwischen Sparern und Kreditnehmern.

[109] Mögliche Lösungen für das technische Problem, auf welche Art man Sparer trotz des Fehlens von Habenzinsen weiterhin dazu bringt, ihr Geld zur Bank zu bringen, statt es im Haustresor zu verwahren (ein für die Wirtschaft im höchsten Maße verderbliches Vorgehen) werden in diesem Buch nicht zur Sprache kommen. Siehe auch Anm. 19.

2. Versuchsweise Berechnung des parasitären Transfers in Deutschland für die Jahre 2001 und 2007

Einleitende Bemerkungen

Die folgenden Berechnungen sind für den an Ergebnissen orientierten Leser kaum interessant, umso mehr dagegen für den Fachmann, dem es um die Überprüfung der im Text aufgestellten Behauptungen geht. Der parasitäre Transfer, so wurde im Text gesagt, bewirke eine stete – nur durch Kriege, Revolutionen und andere Katastrophen unterbrochene – Anhäufung von Reichtum im obersten Segment der Gesellschaft. Er zerstöre die Gleichheit der Chancen und damit die Demokratie, der daraus folgende Überhang der Ersparnisse und der ihnen entsprechenden Verschuldung stelle zudem die mächtigste Ursache für den Wachstumszwang und die daraus folgende Zerstörung der Umwelt dar. All dies soll im Folgenden durch Zahlen bewiesen werden. *Diese Zahlen bilden zudem die Grundlage für Anhang III, in dem es um einen konkreten Vorschlag für ein radikal geändertes, auf den Verbrauch umgestelltes Steuersystem geht*. Da der parasitäre Transfer das Ausmaß der größten Massensteuer – also der Lohnsteuer – erreicht, wird diese in einem sozial gerechten Steuersystem durch die hundertprozentige Abschöpfung leistungslos erworbener Kapitalerträge ersetzt.

Ich habe die folgenden Berechnungen für die Jahre 2001 und 2007 angestellt. Sie stellten damals einen ersten Versuch dar, die Größenordnung des parasitären Transfers von den unteren neunzig zu den oberen zehn Prozent rechnerisch zu erfassen. Die dabei verwendeten Formeln sind im Prinzip sehr einfach und lassen sich deshalb auf jedes Jahr und verschiedene Bevölkerungsgruppen beziehen, schwierig ist es jedoch, die Daten für die darin verwendeten Parameter zu ermitteln; daher die Beschränkung auf die Jahre 2001 und 2007, für die sich die betreffenden Daten ermitteln ließen. Da nur zinstragende Veranlagungen berücksichtigt werden, ist damit nur eine untere Grenze gezogen, denn Renditen aus der gewaltigen Masse unverschuldeten Sachkapitals sind nicht erfasst (z.B. marktbestimmte Mieten mit ihrem besonders hohen Zinsanteil!).

Die Bezeichnung ‚parasitärer Transfer' verwende ich erst seit 2014, habe sie aber in den folgenden Text statt des weniger glücklichen Ausdrucks ‚private Besteuerung' eingesetzt. Prof. Lorenz Jarass erteilte mir den Rat, meine Berechnungen auf 2013 und 2014 zu aktualisieren. Das ist einerseits schwer möglich, wäre andererseits aber auch dann wenig ratsam, wenn diese Aktualisierung sich leicht bewerkstelligen ließen. Es ist schwer möglich, weil – wie schon gesagt und unten näher ausgeführt – die Formel für die Berechnung des parasitären Transfers zwar grundsätzlich eher einfach ist, man es aber als einen Glücksfall betrachten muss, wenn sich die für die Formel notwendigen Parameter mit ausreichender Sicherheit ermitteln lassen. Für 2001 und 2007 war dies möglich, für 2013 oder 2014 wäre mir dies nicht gelungen.

Die Aktualisierung wäre aber im gegebenen Fall nicht einmal ratsam, da die im Euroraum ausgeschütteten Zinsen seit dieser Zeit gegen Null tendieren.[110] Eine ausschließlich auf dem Zinsfluss fußende Berechnung des parasitären Transfers würde daher ein stark verzerrtes Bild ergeben – da sich der Transfer ja aus Zinsen, Dividenden sowie den Erträgen aus unverschuldetem Sachkapital dreifach zusammensetzt und die großen Vermögen mühelos von einem zum anderen Bereich überwechseln.

Dass der parasitäre Zinsfluss nur eine von drei gleich wichtigen Größen ist, wird dadurch bewiesen, dass die Schere zwischen arm und reich sich auch in den Jahren 2013 und 2014 stetig vergrößert hat. Das leuchtet ein, wenn man in Erinnerung behält, dass die Deutsche Bank den Großanlegern noch bis vor kurzem sagenhafte Renditen von 25% zusagte. Wenn auch nur ein Viertel davon heute noch lukriert werden kann, gehen die Kapitalerträge dieser Anleger über die nachstehend berechneten Werte sogar hinaus.[111]

Die Wirkung des parasitären Transfers im Jahr 2007

Teilt man die Deutschen nach ihren Einkommen und Geldvermögen in zwei Gruppen auf, eine untere von neunzig, eine obere von zehn Prozent, so wurde die untere Gruppe im Jahr 2007 durch das Zinssystem und andere private Abgaben mit einer Summe von mindestens 233 Mrd. € belastet, wovon sie 141 Mrd. an die oberen 10 Prozent transferieren musste, während eine Marge von 92 Mrd. an die Banken ging. Die gesamten Bankzins*erträge* beliefen sich auf 419 Mrd. €, die Zins*aufwendungen* der Banken auf 327 (= 419 - 92) Mrd. Die größte Massensteuer, die Lohnsteuer, brachte dem Fiskus im selben Jahr 132 Mrd. Euro ein. Über das private Abgabensystem von Zinsen, Dividenden etc. haben die unteren 90% also einen Betrag abliefern müssen, der sich mit 233 Milliarden Euro bereits dem Doppelten der staatlichen Lohnsteuer nähert. Relevant im Sinne des parasitären Transfers ist allerdings nur der Betrag, der sich davon direkt in die Kassen der oberen zehn Prozent ergoss. *Auch dieser hat mit 142 Milliarden den Ertrag aus der Lohnsteuer bereits wesentlich überschritten*. Alle Forderungen nach Verbilligung der Arbeit durch Verminderung der auf ihr lastenden Steuern muten daher seltsam verlogen an, solange die ungeheure Belastung durch den parasitären Transfer schlicht übergangen wird.

Ein intuitiv verständliches Beispiel

Ich möchte den parasitären Transfer an einem intuitiv verständlichen Beispiel illustrieren. Wenn jemand über ein monatliches Nettoeinkommen von 2900 Euro verfügt und davon 30 000 Euro pro Jahr für den Konsum ausgibt, muss er mit etwa 10 000 Euro Zinsendienst leisten, da im Durchschnitt Produktpreise zu ca. einem Drittel die auf den Unternehmen ruhende Zinsen- und Dividendenlast begleichen.[112] Sein Sparbuch und die bescheidenen Zinsen, die er darauf gewinnt, bringen ihm vergleichsweise gar nichts ein. Bei einer Verzinsung von 4 Prozent müsste er nämlich eine Viertelmillion auf dem Sparbuch haben, nur um seinen

Verlust von 10 000 Euro auszugleichen! Nur wer ein zins- und dividendentragendes Vermögen von mehr als einer Viertelmillion besitzt, zählt zu den Gewinnern dieses Monopolys (Jenner 2008, *Pyramidenspiel* S. 45). Nur diese wenigen erhalten mehr leistungsloses Einkommen zurück, als sie für andere zahlen. Leider belehrt uns die Statistik, dass *weniger als zehn Prozent* aller Deutschen zu diesen glücklichen Gewinnern gehören.

Dieses Beispiel ist intuitiv verständlich; fordert aber die meisten Leser heraus, die kaum glauben werden, dass Zinsen im Schnitt etwa ein Drittel der Produktpreise bilden. Die folgenden Berechnungen setzen keine Annahme über den Anteil der Zinsen an den Produktpreisen voraus!

Grundsätzliches Vorgehen

Die unteren 90 und die oberen 10 Prozent können insgesamt nur soviel an Zinsen gewinnen wie den gesamten Zinserträgen ‚I' aller deutschen Geschäftsbanken entspricht. Wie viel von dem gesamten Zinsvolumen jede der beiden Gruppen dabei auf ihrem Konto verbucht, ergibt sich aus dem Vermögensfaktor ‚v', d.h. ihrem jeweiligen Anteil am gesamten zinstragenden Vermögen. Andererseits erzeugen beide Gruppen die gesamte Zinslast mit ihrem Konsum, worin die Unternehmen die Zinsen für die von ihnen aufgenommen Kredite verstecken. Die erzeugte Zinslast entspricht dem jeweiligen Konsumanteil ‚k' der beiden Gruppen.[113]

Der Einfachheit halber sehe ich davon ab, dass die Banken für ihre Dienstleistung eine Bankmarge (in Deutschland etwa in der Höhe von 20% berechnen), und die gesamten Zinsaufwendungen (I_o = total interest output) daher um diesen Betrag geringer sind als die gesamten Zinserträge (I_i = total interest input). Normieren wir ‚I' gleich eins, dann sehen wir, dass der Saldo von Zinsgewinnen und Zinsverlusten ausschließlich von den beiden Faktoren ‚v' und ‚k' abhängt, so dass wir die folgende generelle Formel erhalten:

Zinsgewinne minus Zinsverluste

$I*v - I*k = I*(v - k)$; wenn ‚I' = 1 dann

Allgemeine Transferformel = v - k

Diese generelle Formel beschreibt, was eine beliebige Gruppe oder auch der einzelne nicht als Belohnung für eigene Arbeit, sondern aufgrund eines Automatismus der Vermögensvermehrung ohne jedes eigene Verdienst entweder gewinn oder verliert.[114]

Allerdings bedürfen beide Faktoren noch einer wesentlichen Korrektur. Erstens unterscheiden sich Zinsgewinne, je nachdem, welcher Zinssatz den Sparern gewährt wird. Großanleger erhalten weit höhere Sätze als kleine Sparer, außerdem kann sich nur das große, global mobile Kapital die beste Rendite weltweit aussuchen. Unter Berücksichtigung dieser Korrektur erhalten wir den realen Vermögensfaktor ‚v_{real}'.

Andererseits besagt das für den Konsum zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen noch nichts darüber, wie viel eine Gruppe tatsächlich konsumiert, statt als Ersparnis zu investieren. Der Anteil des Ersparten erreicht etwa bei dem reichsten einen Prozent der Bevölkerung ein Maximum, während er bei dem untersten einen Prozent in der Regel gleich Null ist (weil die Ärmsten ihr gesamtes Einkommen konsumieren). Unter Berücksichtigung dieser Korrektur erhalten wir den realen Konsumfaktor ‚k_{real}' und die

$$\underline{\text{Reale Transferformel} = v_{real} - k_{real}}$$

Je größer der Anteil einer Gruppe am zinstragenden Vermögen und/oder je geringer ihr Konsumanteil, desto höher ihr Zinsgewinn, wobei Zinssatz und Sparanteil das Ergebnis wesentlich modifizieren. Sind Vermögens- und Konsumanteile identisch, dann gibt es keinen parasitären Transfer.

Andererseits saldieren sich Gewinne und Verluste zweier (oder mehrerer) Gruppen notwendig auf Null: *Was die einen gewinnen verlieren die anderen.*

Zinsgewinne minus Zinsverluste zweier Gruppen A und B

A: $Av_{real} – Ak_{real} = AL$

B: $Bv_{real} – Bk_{real} = BL$ (wobei $AL + BL = 0$)

(Dieser Zusammenhang ergibt sich aus: $Av_{real} + Bv_{real} = 1$ und $Ak_{real} + Bk_{real} = 1$; deshalb $AL + BL = Av_{real} – Ak_{real} + (1 – Av_{real}) – (1 – Ak_{real}) = 0$)

Der parasitäre Transfer ist rechnerisch ein Nullsummenspiel, sozial gesehen ist er ein Keil, der eine Gesellschaft tiefer und tiefer spaltet.[115]

Für die Berechnung benötigte Parameter

Die genaue Berechnung der Zinsflüsse zwischen den beiden Gruppen der oberen zehn und der unteren neunzig Prozent ist weitaus schwieriger.[116] Sechs Parameter werden benötigt:

1) die gesamten Zinserträge der Banken (I_i = Zinsinput); 2) die gesamten Zinsaufwendungen der Banken ($I_o = I_i$ minus Bankenmarge; 3) die Vermögensverteilung; 4) die Verteilung des verfügbaren Haushaltseinkommens auf beide Gruppen; 5) deren Konsumverhalten; und 6) der Zinsvorteil.

Sind die gesamten Zinserträge und –aufwendungen der Banken für ein bestimmtes Jahr sowie die übrigen vier Faktoren bekannt, dann lässt sich daraus der parasitäre Transfer berechnen. Die ersten beiden Parameter sind den Veröffentlichungen der Bundesbank zu entnehmen; die Verteilung des verfügbaren Haushaltseinkommens habe ich für das Jahr 2001 gleichfalls ermitteln können. Entscheidend für das Ausmaß des parasitären Transfers sind Vermögens- und Kon-

sumverhalten (wobei das letztere angibt, wie viel des ihnen jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen jede der beiden Gruppen konsumiert statt zu sparen). *Wären diese beiden Parameter für die ganze Bevölkerung identisch, gäbe es keinen Transfer, weil alle gleich viel Zinsen einnehmen wie bezahlen (abzüglich der Bankmarge natürlich).* Den letzten Parameter, den Zinsvorteil, habe ich bewusst so niedrig gewählt, dass der tatsächliche Transfer eher unterschätzt wird.

Vermögensverteilung und Konsumverhalten: Mangel an verlässlichen Daten

Über die Einkommens- und Vermögenslage der privaten Haushalte gibt es in unserem Land, obwohl sonst über alles und jedes Berge von Daten gesammelt werden, bemerkenswert wenige Untersuchungen, *vor allem im Hinblick auf die oberen zehn Prozent.*[117] Ältere Arbeiten stammen von Engels, Mierheim und Wicke sowie von Meinhard Miegel; neuere Untersuchungen von der BBE-Unternehmensberatung und von Helmut Creutz, der zuerst die Salden von Zinserträgen und –lasten für zehn nach Einkommen und Vermögen gestaffelte Haushaltsklassen untersuchte (1997:286, 2001:386). Neben den Datenerhebungen von Merrill Lynch und denen des statistischen Bundesamtes für die Verteilung von Geldvermögen habe ich die Angaben zur Einkommensverteilung von Hauser und Becker herangezogen (Richard Hauser und Irene Becker, *Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998*, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn:2001). Daten zur Verteilung der reinen Konsumanteile der beiden Gruppen (also ohne die jeweiligen Ersparnisse), die korrekterweise benutzt werden müssten, sind mir nicht bekannt. Die reinen Konsumanteile müssen daher erschlossen werden.

Vermögensverteilung

Die Untersuchungen von Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young (*German Wealth Report 2000*, Bad Homburg/ München, www.de.cgey.com) haben bereits für das Jahr 2000 ergeben, dass sich 55% der deutschen Geldvermögen in der Hand von 10% der Bevölkerung, 45% dementsprechend in den Händen von 90% der Deutschen befinden. Diese Verteilung der Anteile wird auch durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 des Statistischen Bundesamts Wiesbaden belegt, dass schon damals für die oberen 10% einen Anteil von 48% ermittelte. Die für 2000 erhobene Verteilung von Merrill Lynch trifft für 2001 natürlich schon nicht mehr ganz zu, sie beschönigt die tatsächliche Situation der unteren neunzig Prozent.

2001: Zinsgewinne durch Vermögen

In diesem Jahr beliefen sich die gesamten Zinserträge der Banken (I_i oder Zinsinput) auf 382 Mrd. Euro, davon bleibt eine Marge von 20 Prozent bei den Banken. Der für die *Zinsgewinne* der beiden Gruppen zur Verfügung stehende

Teil, d.h. die ausgeschütteten Zinsaufwendungen der Banken (I_o oder Zinsoutput), beträgt daher nur 306 Mrd. €. Der Anteil der 90%-Gruppe an den Zinsgewinnen kann natürlich nur ihrem relativen Anteil an den Geldvermögen entsprechen, also maximal 45 Prozent betragen - für das Jahr 2001 also insgesamt 306 mal 0,45 oder 138 Mrd. €. Entsprechend ihrem größeren Anteil am Geldvermögen fällt der Zinsgewinn der oberen 10% um einiges höher aus. Er beträgt 168 Mrd. €.

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
A:	Zinsgewinne I_o*v_a	Zinsgewinne = 4/5*382*0,45 = 138
B:	I_o*v_b	= 4/5*382*0,55 = 168

(wobei I_o = Zinsaufwendungen der Banken, v_a bzw. v_b = Geldvermögensanteil von Gruppe A bzw. B; 4/5 mal $I_i = I_o$ or I_i minus 20%)

2001: Zinsverluste durch den Konsum

Von diesen Zinsgewinnen sind die *Zinsverluste* abzuziehen, welche die unteren 90% zu Dreivierteln über die Preise erleiden.[118] Zu diesem Zweck müssen wir den Anteil beider Bevölkerungsgruppen an den gesamten Haushaltsausgaben ermitteln, die sich 2001 auf 1218 Mrd. € beliefen. Aus der oben genannten Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung geht hervor, dass 1998 neunzig Prozent der Haushalte über 78% der Einkommen verfügten, 10 Prozent über den Rest von 22%. Die Einkommensverteilung ist natürlich nicht identisch mit den Konsumanteilen, da ein Teil des Einkommens für Ersparnisse genutzt wird, außerdem gelten diese Ergebnisse nur für die alten Bundesländer und nur bis 1998. Da aber keine anderen statistischen Unterlagen vorhanden sind und der für die Mehrheit ungünstige Zinssaldo sich bei Berücksichtigung der dadurch bewirkten Fehler zusätzlich verschärfen würde, fällt dieser Mangel der statistischen Grundlagen weniger ins Gewicht.

Da, wie schon erwähnt, keine direkten Daten für die Konsum- und Sparanteile der beiden Gruppen vorhanden sind, müssen wir diese erschließen. Dabei gehe ich zunächst so vor, als würden beide Gruppen ihr gesamtes Einkommen konsumieren. Die gesamten Zinsabgaben über die Preise (die sich für beide Gruppe auf die schon genannte Summe der Zinserträge von 382 Mrd. € addieren) entsprechen dann dem *maximal möglichen* Konsumanteil beider Gruppen. Betrachtet man beide Gruppen gesondert, dann ergibt sich ein Zinsverlust von etwa 298 Mrd. € (382 mal 0,78) für die 90 Prozent Bevölkerungsmehrheit, ein weitaus geringerer Zinsverlust von 84 Mrd. € (382 mal 0,22) für Gruppe B.

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
A:	Zinsverluste I_i*k_{amax}	Zinsverluste = 382*0,78= <u>298</u>
B:	I_i*k_{bmax}	= 382*0,22= <u>84</u>

2001: Saldo aus Zinsgewinnen und Zinsverlusten

Entsprechend ergeben sich die Salden für beide Gruppen aus der Differenz ihrer Zinsgewinne und Zinsverluste. Die unteren 90% erleiden einen herben Verlust, während die oberen 10% die großen Gewinner sind.

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
A:	Zinsgewinne – Zinsverluste $I_o*v_a – I_i*k_{amax}$	Zinsgewinne – Zinsverl. = 4/5*382*0,45 - 382*0,78= <u>-160</u> = 138 minus 298
B:	$I_o*v_b – I_i*k_{bmax}$	= 4/5*382*0,55 - 382*0,22= <u>84</u> (+76 = 160) = 168 minus 84

(wobei I_i und I_o = Zinserträge bzw. –aufwendungen der Banken, v_a und v_b = Geldvermögensanteile von Gruppe A bzw. B, k_{amax} und k_{bmax} = maximal mögliche Konsumanteile von Gruppe A bzw. B jeweils ohne Ersparnis)

Die Salden der beiden unterscheiden sich natürlich durch das jeweilige Vorzeichen – was die eine Gruppe verliert, das gewinnt die andere. (Dementsprechend erhält man für beide die gleiche Summe, wenn man die Bankmarge von 76 zum Ergebnis 84 von Gruppe B addiert). Sind die Geldvermögens- und Konsumanteile innerhalb einer Gruppe identisch (sie sind es dann zwangsläufig auch in der anderen), dann ist der Saldo gleich Null und es findet kein Transfer statt. *Generell ist der Saldo für eine Gruppe umso ungünstiger je geringer ihr Geldvermögens- und je größer ihr Konsumanteil.*

Die Sparneigung

Die obigen Ergebnisse bedürfen aber noch einer dreifachen Korrektur durch a) den Anteil der Steuern, b) die Sparneigung und c) den Zinsvorteil. Da der gesamte Schuldenberg sich zu etwa drei Vierteln aus Unternehmens- und zu einem Viertel aus Staatsschulden zusammensetzt, werden tatsächlich nur drei Viertel der gesamten Schuldenlast durch Zinsen abgegolten, die von den Unternehmen in den Preisen verrechnet werden. Ein Viertel - die Zinsen für die Staatsschuld - wird auf dem Weg der Besteuerung eingetrieben und vermindert dementsprechend das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen. Rechnet man diese Verminderung auf der einen Seite gegen die Erhöhung der Zinsen auf der anderen Seite auf, so dürfte sich das Ergebnis nur unwesentlich von der vorliegenden Berechnung unterscheiden.[119] Letztlich sind Vermögensverteilung, Konsumfaktor, Sparneigung und Zinsvorteil entscheidend für den parasitären Transfer.

Doch wäre es wünschenswert, auch für die Berechnung dieses Viertels eine exakte Formel zu finden.

Die Sparneigung. Wir sind unrealistischerweise davon ausgegangen, dass beide Gruppen das ihnen zur Verfügung stehende Haushaltseinkommen vollständig konsumieren – eine vorläufige Annahme, zu der wir nur deshalb gezwungen waren, weil Daten über die Konsum- und Sparraten beider Gruppen bisher nicht erhoben wurden. Tatsächlich unterscheiden sich aber beide Gruppen sehr stark durch ihre *unterschiedliche Sparneigung,* und diese wirkt sich natürlich unmittelbar auf die Höhe der jeweiligen Konsumausgaben aus. Leute mit geringem Einkommen legen nur wenig davon auf einem Sparkonto beiseite; bei Leuten mit hohem Einkommen verhält es sich umgekehrt.[120] Wenn wir davon ausgehen, dass die oberen zehn Prozent wenigstens zwanzig Prozent ihres Einkommens sparen, gehen wir sicher eine eher vorsichtige Schätzung ein, denn das oberste Prozent spart ein Vielfaches dieses Wertes. Multiplizieren wir demnach den maximalen Konsumanteil k_{bmax} der Gruppe B mit 0,8, dann erhalten wir einen um 20% Prozent verminderten *realen* Konsumanteil k_b.

Jetzt müssen wir nur noch die Ersparnis der Gruppe A ermitteln. Die gesamte Sparquote für A und B zusammen ist uns bekannt. Laut Statistik betrug sie im Jahr 2001 für alle verfügbaren Haushaltseinkommen um die 10% (exakt lag sie in diesem Jahr bei 10,1%). Der gesamte Konsum vermindert sich also um 10 Prozent, d. h. um den Faktor 0,9. Aus dem gesamten Sparanteil für die Gruppen A plus B und dem Sparanteil von Gruppe B, lässt sich der Anteil der Gruppe A aus der folgenden Formel berechnen, wobei s_a der Sparfaktor für Gruppe A und s_b der Sparfaktor der Gruppe B ist.

Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
$(s_a*k_{amax})*H + (s_b*k_{bmax})*H = 0{,}9*H$	$s_a = (0{,}9 - s_b*k_{bmax})/k_{amax} =$ $(0{,}9 - 0{,}8*0{,}22)/0{,}78 = \underline{0{,}93}$.

(wobei H, in Höhe von 1218 Mrd. im Jahr 2001, das für beide Gruppen zur Verfügung stehende gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ist, von dem sie zusammen 10% sparen (0,9*H). Der *reale* Konsum beider Gruppen beläuft sich demnach nicht auf die theoretisch mögliche *maximale* Summe $k_{amax}*H + *k_{bmax}*H = H$, sondern wird durch die jeweiligen Sparquoten s_a bzw. s_b reduziert)

Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
$(s_a/0{,}9*k_{amax})*H + (s_b/0{,}9*k_{bmax})*H = H$	$(0{,}93/0{,}9*0{,}78)*H + (0{,}8/0{,}9*0{,}22)*H = H$

Die unteren 90% sparen also im Schnitt nur 100 - 93 oder 7% ihres verfügbaren Haushaltseinkommens und die *realen Konsumfaktoren* k_a und k_b lauten wie folgt:

Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
$k_a = (s_a/0{,}9)*k_{amax}$	$k_a = (0{,}93/0{,}9)*0{,}78 = 0{,}8$

$k_b = (s_b/0{,}9)*k_{bmax}$ $k_b = (0{,}8/0{,}9)*0{,}22 = 0{,}2$

Um die Sparneigung korrigierte Berechnung

Diese *neuen* Konsumanteile berücksichtigen das unterschiedliche Sparverhalten der beiden Gruppen und führen zu einer leichten Verschiebung der Zinssalden zugunsten der oberen 10%.

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
	Zinsgewinne – Zinsverluste	Zinsgewinne – Zinsverluste
A:	$I_o*v_a – I_i*k_a$	= 4/5*382*0,45 - 382*0,8 = <u>-168</u> = 138 minus 306
B:	$I_o*v_b – I_i*k_b$	= 4/5*382*0,55 - 382*0,2 = <u>92</u> (+76 = 168) = 168 minus 76

Nach Addition der Bankmarge von 76 Mrd. € saldieren sich Verluste und Gewinne der beiden Gruppen neuerlich auf Null.

Zinsvorteil der oberen 10%

Schließlich bedürfen die obigen Salden noch der Korrektur durch den Faktor ‚f', welcher den Zinsvorteil der Gruppe B aufgrund höherer Zinssätze berücksichtigt. , Der Faktor ‚f' ist gleich 1, wenn A und B gleich hohe Zinssätze erhalten, aber das ist in der Praxis durchaus nicht der Fall. Bei zurückhaltender Schätzung können wir davon ausgehen, dass die Gruppe der Großanleger wenigstens 25% mehr an Zinsen erhält, also der Faktor ‚f_b' für die Gruppe B mindestens = 1,25 beträgt. Das wirkt sich dann genau so aus, als wäre der Vermögensanteil von Gruppe B um ein Viertel gestiegen ($1{,}25*v_b$). Statt $v_b = 0{,}55$ beträgt der um den Zinsvorteil korrigierte Vermögensanteil v_{bk} daher nach dieser Korrektur 1,25*0,55 = 0,69. Entsprechend wird der bisherige Vermögensanteil von Gruppe A (nämlich $v_a = 0{,}45$) auf v_{ak} vermindert, also auf 1 – 0,69 = 0,31.

v_{ak} = <u>0,31</u>
v_{bk} = <u>0,69</u>

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2001:
	Zinsgewinne – Zinsverluste	Zinsgewinne – Zinsverluste
A:	$I_o*v_{ak} - I_i*k_a$	= 4/5*382*0,31 - 382*0,8 = <u>-210</u> = 96 minus 306
B:	$I_o*v_{bk} - I_i*k_b$	= 4/5*382*0,69 - 382*0,2 = <u>134</u> (+76=210) = 210 minus 76

Die Zinsgewinne von A und B, respektive 96 und 210 Mrd. Euro, summieren sich zu insgesamt 306 Mrd. (den gesamten Zinsaufwendungen der Banken), während die Salden von A und B, -210 bzw. +134, sich zu einer Summe von

Null addieren, wenn man die Bankmarge von 76 dem zweiten Wert zurechnet. Die unteren 90% der Bevölkerung werden also mit 210 Mrd. € belastet, von denen 76 Mrd. an die Banken fließen *und 134 Mrd. an die oberen zehn Prozent*.

Dabei liegt diese Summe mit Sicherheit noch *unterhalb* des tatsächlichen Transfers, und zwar aus folgenden Gründen. Zwar habe ich den Interbankenzins unberücksichtigt gelassen, dafür aber den bedeutenden Geldtransfer außer Acht gelassen, der aus den leistungslosen Profiten des unverschuldeten Sachkapitals resultiert (z.B. Mieten – besonders hoher Zinsanteil!). Außerdem wurde für den Faktor ‚f_b' nur ein unrealistisch niedriger Wert von 1,25 angenommen.

Der parasitäre Transfer im Jahr 2007

Die Situation hat sich im Jahr 2007 weiter verschärft. Die gesamten Bankzinserträge beliefen sich in diesem Jahr auf 419 Mrd. € und die Zinsaufwendungen der Banken auf 327 Mrd. - die Marge hat sich auf (419-327=) 92 Mrd. Euro erweitert. Untertreibt man die tatsächliche Situation, indem man von der gleichen Vermögensverteilung und dem gleichen Konsumverhalten wie in 2001 ausgeht und weiterhin von einer Sparquote von 10% (sie belief sich 2007 in Wirklichkeit auf 11,2%), dann ergeben sich folgende Gewinne und Verluste.

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen für 2007:
	Zinsgewinne – Zinsverluste	Zinsgewinne – Zinsverluste
A:	$I_o*v_{ak} - I_i*k_a$	= 327*0,31 - 419*0,8 = <u>-234</u> = 101 minus 335
B:	$I_o v_{bk} - I_i*k_b$	= 327*0,69 - 419*0,2 = <u>142</u> (+92=234) = 226 minus 84

Da sich die gesamte Lohnsteuer im Jahr 2007 nur auf 132 Milliarden € belief, wird *die größte Massensteuer vom parasitären Transfer also bereits wesentlich überschritten.*

Der durchschlagende Effekt des Zinsvorteils

An diesem Aderlass ändert sich auch dann kaum etwas, wenn die gesamten Zinserträge der Banken niedriger ausfallen. Nehmen wir an, dass sie von einem Jahr auf das andere *um die Hälfte* schrumpfen, sodass sie nur noch 210 statt 419 Mrd. Euro ausmachen und bei einer Bankenmarge von 20% (= 42 Mrd.) die gesamten Zinsausschüttungen dementsprechend nur 168 Mrd. Euro betragen.

	Generelle Formel:	aktuelle Zahlen:
	Zinsgewinne – Zinsverluste	Zinsgewinne – Zinsverluste
A:	$I_o*v_{ak} - I_i*k_a$	= 4/5*210*0,31 - 210*0,8 = <u>-116</u> = 53 minus 168
B:	$I_o*v_{bk} - I_i*k_b$	= 4/5*210*0,69 - 210*0,2 = <u>74</u> (+42=116) = 116 minus 42

Selbst bei einem so gewaltigen Einbruch des Zinsvolumens beträgt der parasitäre Transfer allein aufgrund der Zinsflüsse immer noch mehr als die Hälfte der größten Massensteuer.

Interbankenzinsen

Als letzte Ausflucht vor der erdrückenden Evidenz dieser Zahlen pflegt den Zweiflern und ideologisch motivierten Leugnern der Interbankenzins einzufallen. Obwohl auch hier die Zahlen fehlen, wird dann frei fantasiert, dass diese sich bis auf ein ganzes Drittel der gesamten Bankzinserträge belaufen könnten - in unserem Fall hätten wir die 419 Mrd. Euro um ein Drittel zu reduzieren. Das vorangehende Beispiel, wo wir die gesamten Zinserträge um ganze 50% reduzierten, beweist freilich, dass der parasitäre Transfer selbst bei einer Reduktion von 30% sich immer noch auf etwa drei Viertel der Lohnsteuer belaufen würde.

Aber schauen wir uns die Situation doch etwas genauer an. Das gesamte Schuldenvolumen des Jahres 2007 in Höhe von 7.583 Mrd. Euro (bestehend aus den Schulden für private Haushalte[121] mit 1.547; Unternehmen mit 4.447; und Staat mit 1.589 Mrd. Euro) ergibt einen mittleren Zinssatz von 5,5%, weil die gesamten Zinserträge des gleichen Jahres 419 Mrd. betrugen. Glücklicherweise werden die Zinszahlungen des Staates für dessen Schulden in Höhe von 1.589 Mrd. Euro statistisch gesondert aufgeführt. Sie betragen 66 Mrd. Euro. Das ergibt einen durchschnittlichen Zinssatz von 4,2%. Die Zinsen für den Rest der Schulden liegen deshalb auf jeden Fall höher. Nach Abzug der 66 Mrd. Zinsen und der Staatsschuld von 1.589 Mrd. Euro bleiben für Unternehmen und Privathaushalte noch Schulden von 5.994 Mrd. und eine Zinslast von 353 Mrd. Euro übrig. Das ergäbe dann einen Durchschnittssatz von 5,89%. 2007 lagen die zehnjährigen Kapitalmarktzinsen in Deutschland bei 4,09%.[122] Diese Querrechnung weist darauf hin, dass sich in den 419 Mrd. Euro kaum größere Fremdkörper wie Interbankenzinsen verstecken lassen.

Ein kumulativer Prozess

Der eigentliche Schaden des parasitären Transfers besteht in seinem kumulativen Verlauf. Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, als die großen Vermögen vernichtet waren und die Währungsreform zusätzlich einen Ausgleich bewirkte, betrug dieser Transfer erst ein Minimum. Wie weiter oben schon ausgeführt, ist er gleich Null bei gleichen Vermögensanteilen und Konsumfaktoren. Sobald sich jedoch das Vermögen in den Händen weniger zu häufen beginnt, setzt der parasitäre Transfer ebenfalls ein und macht die Vermögenden mit jedem Jahr ohne ihr Zutun reicher und reicher.

	Generelle Formel:	Einkommensänderung:
	Zinsgewinne – Zinsverluste	
A:	$I_o*v_{ak} - I_i*k_a$	Einkommensverlust: $-L_a$
B:	$I_o*v_{bk} - I_i*k_b$	Einkommenszuwachs: $+L_b$

Da die oberen 10% wenigstens 20% dieses Zuwachses sparen, vermehrt sich ihr Vermögen automatisch um $1/5L_b$ im folgenden Jahr, während die unteren 90% einen entsprechenden Einkommensverlust erleiden. Solange keine Wirtschaftskollapse oder gar Revolutionen diesen Prozess unterbrechen, macht der parasitäre Transfer die Reichen zwangsläufig mit jedem Jahr reicher und die Armen zwangsläufig mit jedem Jahr ärmer.[123] Diesem Automatismus ist allein durch Wachstum zu entkommen. Dies erklärt, warum kapitalistische Staaten unter der Fuchtel des Wachstumszwangs stehen (siehe Kapitel III). Diesem die Natur zerstörenden und die Gesellschaft spaltenden Zwang werden wir erst dann entkommen, wenn der parasitäre Transfer ein Ende findet.

---

[110] Der Zinsverfall betrifft freilich nur die Masse der kleinen Sparer. Das mobile Kapital – und nur das Kapital der oberen zehn und weniger Prozent ist mobil! – wird weiterhin in der übrigen Welt jeweils dort angelegt, wo die höchsten Renditen winken.

[111] Man sollte auch nicht vergessen, dass große Geldvermögen selbst von einer Deflation profitieren. *Deflationen üben exakt die gleichen Wirkungen im Sinne einer Vermehrung der Geldvermögen aus wie positive Zinsen* (die Kaufkraft der Geldvermögen steigt, Schulden müssen mit höheren Sachwerten abgegolten werden).

[112] Mit 419 Mrd. Euro beliefen sich die gesamten Zinserträge der Banken für das Jahr 2007 auf etwas mehr als ein Viertel des verfügbaren Haushaltseinkommens in Höhe von 1502 Mrd. Rechnet man den schwankenden Anteil der Interbankzinsen ab, so mussten die Unternehmen mit dieser auf die Produktpreise aufgeschlagenen Summe ihre Schulden gegenüber den Geldgebern begleichen. (Der geringe Zinsanteil für Konsumentenkredite passt nicht in das Schema, weil diese Schulden natürlich nicht über die Produktpreise erhoben werden. Anderseits haben die oberen 10% es nicht nötig, Kredite für ihren Konsum aufzunehmen. Sie steuern im Gegenteil den Löwenanteil für die Finanzierung dieser Kredite bei. Deshalb brauchen wir Konsumentenkredite nicht herauszurechnen).

Aus dem genannten Viertel wird ein Drittel, wenn man das parasitäre Einkommen aus Immobilienbesitz und anderem unverschuldetem Sachkapital addiert. Anders gesagt, dient ein Drittel des verfügbaren Haushaltseinkommens inzwischen dem Schuldendienst. Das hatte Helmut Creutz bereits in seinem Buch *Das Geldsyndrom* nachgewiesen.

[113] Da der Staat für die von ihm aufgenommenen Kredite nicht die Preise und damit den Konsum belastet, sondern die Schuldenzinsen mit entsprechenden Steuern bezahlt, die das für den Konsum zur Verfügung stehende Einkommen entsprechend vermindern, muss auch dieser Anteil mit dem Konsumfaktor verrechnet werden (siehe unten).

[114] Die Formel gilt im Prinzip für jede Art der Kapitalrendite im privaten Wirtschaftsbereich, also nicht nur für Zinsen, sondern ebenso für Dividende und die Rendite auf unverschuldetes Sachkapital. Sie ist aber am einfachsten für Zinsen zu ermitteln, z.B. für Deutschland, wo mehr als achtzig Prozent der Kapitalerträge über Zinsen erwirtschaftet werden (der Anteil der Aktien am gesamten Geldvermögen beträgt nur etwa 15%). Entsprechende Berechnungen sind weit schwieriger für angelsächsische Länder, wo die Versorgung der Unternehmen mit frischem Geld weitgehend über den Aktienmarkt stattfindet. Die obige Grundformel lautet daher: Kapitalgewinn minus Kapitalverlust = $C*v - C*k = C*(v - k)$; wenn ‚C' = 1 dann $\underline{= v - k}$.

[115] An der obigen Formel lässt sich der parasitäre Transfer zwischen beliebigen Gruppen demonstrieren. Angenommen, wir untersuchen den parasitären Fluss von den unteren 99 zu dem oberen 1%, wobei wir davon ausgehen, dass das letztere über 20% aller renditetragenden Vermögen verfügt ($v_b = 1/5$), die unteren 99% sich dagegen mit 80% begnügen müssen ($v_a = 4/5$). Konservativ schätzen wir, dass die Milliardäre 10% ihres Einkommens konsumieren ($k_b = 1/10$) den Rest dagegen sparen, während der Konsumfaktor für die Mehrheit demnach durchschnittlich 90% beträgt ($k_a = 9/10$). Dann ergibt sich folgender parasitärer Transfer:

A: 4/5 - 9/10 = -0,1
B: 1/5 - 1/10 = 0,1

Jahr für Jahr würden in diesem Fall 10% der Renditen aus allem renditetragenden Vermögen von unten nach oben geschaufelt werden!

[116] Ich korrigiere hier teilweise die entsprechenden Formeln auf den Seite 264 – 268 des *Pyramidenspiels*. Wichtige Anregungen für diese Korrektur verdanke ich Herrn Friedrich Müller-Reißmann und Herrn Prof. Jürgen Kremer (Wirtschaftsmathematik, Rhein Ahr Campus, Remagen). Ich möchte betonen, dass die hier ermittelten Zahlen ihre Präzision den verwendeten Formeln verdanken, also durchaus abweichen können, wenn die Parameter anders angesetzt werden müssen.

[117] In Wahrheit werden die Vermögensverhältnisse der Reichen bewusst verschleiert, hierzu vgl. auch (Zucman, 2014; Pos. 1310/1548).

[118] Drei Viertel dieser Verluste werden mit den Produktpreisen abgegolten, denn in ihnen sind die Zinsen enthalten, welche die Unternehmen für die von ihnen aufgenommenen Kredite an die Gläubiger entrichten; ein Viertel bezahlen wir über Steuern, mit denen der Staat die Zinsen an seine Gläubiger finanziert (die private Verschuldung ist etwa viermal so groß wie die des Staates).

[119] Da gegenwärtig die Zinsen für die Staatsschuld einen historischen Niedrigstand erreichen, ändern sie praktisch nichts an den gesamten Zinserträgen. Ebenso müssen für die niedrig oder gar nicht verzinsten Neuschulden auch keine Steuern erhoben werden. In diesem Extremfall bedarf die obige Berechnung also keiner Berichtigung.

[120] „Gutverdienende Bürger legen heute laut Statistik rund 20 Prozent ihres Einkommens aufs Sparbuch." Siehe Marc Brost in DIE ZEIT, 04.12.2008 Nr. 50.

[121] Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen.

[122] http://www.wallstreet-online.de/nachricht/2024784-interhyp-zinskommentar-kapitalmarktzinsen-vorerst-stabil.

[123] Da Vermögensanteil, Konsumfaktor, Sparneigung und Zinsvorteil umso mehr Rendite verschaffen je höher wir die Reichtumspyramide erklimmen, beschleunigt sich die Akkumulation, sobald wir die oberen fünf Prozent ins Auge fassen und wird nochmals größer beim höchsten ein Prozent. Wer dem obersten ein Prozent angehört, der spart nicht 20 sondern 90 und mehr Prozent seines jährlichen Zugewinns – ein Schneeballeffekt.

3. Aufkommensneutrale Umstellung von der Besteuerung der Leistung auf eine Besteuerung des Verbrauchs

Deutsches Steueraufkommen 2013

(In Preisen von 2010)

1) Einkommensbezogene Steuern	**273 Mrd**	**49%**
davon		
1.1) Lohnsteuer	169 Mrd	30%
1.2) Einkommensteuern	56 Mrd	10%
1.3) Körperschaftsteuer	13 Mrd	2%
1.4) Gewerbesteuer	36 Mrd	6%
2) Vermögenbezogene Steuern	**21 Mrd**	**4%**
davon		
2.1) Grund- und Gewerbest.	17 Mrd	3%
2.2) Erbschaftst.	4 Mrd	1%
3) Verbrauchbezogene Steuern	**269 Mrd**	**48%**
davon		
3.1) Umsatzsteuer	180 Mrd	32%
3.2 Energie- und Stromst.	46 Mrd	8%
3.3) sonstige Steuern	43 Mrd	8%
Gesamtaufkommen	**563 Mrd**	**100%**

Deutsches Steueraufkommen neu: 20??

1) Vermögensbezogene Steuern	
1) Kapitalertragssteuer	maximal 30%
2) Verbrauchsbezogene Steuern	
2.1) Erstverbrauchssteuer	20 hin zu 40%
2.2) progr. Endverbrauchsst.	50 hin zu 30%
Gesamtaufkommen	**100%**

Die Angaben für 2013 sind dem im Herbst 2014 erschienenen Buch ‚Faire und effiziente Unternehmensbesteuerung' von Lorenz Jarass entnommen.

Im Rahmen einer Neuordnung der Steuern können wir von der hundertprozentigen Kapitalertragsteuer als einem Fixpunkt ausgehen, denn ihr Ertrag liegt objektiv fest. Wie aus Anhang 1 hervorgeht, hat der ‚parasitäre Transfer' inzwischen die Höhe der Lohnsteuer erreicht, also unglaubliche 30% des gesamten Steueraufkommens. Obwohl wir uns gegenwärtig in einer historisch einmaligen Niedrigzinsphase befinden, bedeutet dieser Zinsrückgang für das höchst mobile Kapital der oberen 10% (und nur für dieses!) kaum eine Einbuße, da es im Ausland und bei den erfolgreichsten inländischen Unternehmen immer noch hohe Renditen erzielt.[124] Immerhin ist es nicht lange her, dass die Deutsche Bank Großinvestoren noch mit unglaublichen Renditen von 25% zu ködern vermoch-

te! Wenn heute nur noch die Hälfte oder selbst nur ein Viertel davon in Frage kommen, werden die in Anhang 1 durchgeführten Berechnungen immer noch übertroffen.

Demnach müssen bei gleichem Gesamtaufkommen die Erstverbrauchsteuer und die progressive Endverbrauchsteuer zusammen etwa 70% des gesamten Steueraufkommens ergeben. Wie diese 70% auf die beiden Verbrauchsteuern aufgeteilt werden, liegt im Ermessen des Staates.[125]

Die Umstellung ist zweifellos am leichtesten zu vollziehen, wenn die Erstverbrauchsteuer zunächst mit bescheidenen 20% und die progressive Endverbrauchsteuer zunächst mit 50% angesetzt werden. In diesem Fall bedeutet der Übergang einen enormen Gewinn und Auftrieb für die Industrie. Mit einem Schlag wird diese von allen einkommensbezogenen Steuern befreit, die ja einen wesentlichen Teil ihrer Kosten bilden. Insgesamt haben wir es da mit einem Steueranteil von insgesamt 30+10+2+6, also 48%, zu tun. Stattdessen braucht die Industrie nur noch für bescheidene zwanzig Prozent Erstverbrauchsteuer aufzukommen und wird zudem noch von einer höchst kostspieligen administrativen Last befreit.

Aber auch der durchschnittliche Arbeitnehmer und Konsument ist besser als vorher dran. Die progressive Endverbrauchsteuer, die er mit jedem Kauf zu entrichten hat, beläuft sich nun im Schnitt auf 50%. Zuvor hatte er durchschnittlich 30% Lohnsteuer plus 32% Umsatzsteuer (MWSt) zu entrichten, also um 12% mehr. Obwohl das staatliche Steueraufkommen insgesamt die gleiche Höhe wie im alten System aufweist, wird es von Produzenten und Konsumenten als vorteilhaft wahrgenommen. Die Festlegung, Berechnung und Administrierung der Erstverbrauchsteuer ist zwar ebenfalls aufwendig, dagegen verlangt die Erhebung der progressiven Endverbrauchsteuer so gut wie keinen Aufwand. Wie in Kapitel 4 gezeigt, lässt sie sich weitgehend automatisieren.

Mit Einführung einer hundertprozentigen Besteuerung der Kapitalerträge ist für eine Umkehr zu einem sozial gerechten und nicht länger leistungsfeindlichen Steuersystem gesorgt, wie aber steht es mit der Wende zu einer ökologischen Wirtschaft? Angesichts der Tatsache, dass die Menschheit gegenwärtig zweieinhalb Planeten verbraucht, stellt die Besteuerung knapper Ressourcen eine existenzielle Notwendigkeit dar. Dafür reichen die bescheidenen 20% Erstverbrauchsteuer nicht aus. Das Verhältnis zwischen Erst- und Endverbrauchsteuer muss nach einer Übergangsphase schrittweise so verändert werden, dass die *größte Steuerlast auf dem Erstverbrauch* liegt und der Endverbrauch entsprechend geringer belastet wird. Es scheint mir sinnvoll zu sein, dieses Verhältnis am Ende der Übergangszeit mit etwa 40 zu 30% anzusetzen.

Für ökologisch verantwortungsvoll arbeitende Unternehmen bedeuten die vierzig Prozent Erstverbrauchsteuer dennoch keine unumgängliche Last. Stoffe, welche die Unternehmen *auf dem Wege einer ökologisch unbedenklichen Wiederverwertung* gewinnen, fallen nicht unter die Steuer. Im Übrigen liegen die genannten 40% immer noch unterhalb der jetzigen Gesamtbelastung der Unternehmen in Höhe von 48%.

Insgesamt führt diese Umstellung zu mehr sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit, *ja sie macht beide überhaupt erst möglich*. Die hundertprozentige Abschöpfung der Kapitalerträge blockiert den sich immer mehr beschleunigenden Trend zur Verfestigung der Privilegiengesellschaft. Meine Vorschläge für die unterschiedliche Behandlung von ‚Machtsparen' im Gegensatz zum ‚Sparen für den aufgeschobenen Konsum' könnten diese Trendumkehr noch beschleunigen.

Selbstverständlich lässt die hier nur schematisch beschriebene Neuorientierung eine Fülle von Fragen offen. Diese sind aber sämtlich zufriedenstellend zu klären, solange man niemals das Grundprinzip aus dem Blick verliert. Es geht darum, die Leistung von aller Steuer zu befreien, denn sie ist die Quelle unseres Reichtums; *der alleinige Gegenstand der Besteuerung sollten, je nach deren Umfang und Qualität, leistungslose Einkommen, Naturverschleiß und Verbrauch sein*. Aus dieser Sicht erfüllen Vermögen- und Erbschaftssteuer ihren Zweck gar nicht oder nur mit unvertretbaren Nebeneffekten. Die Vermögensteuer wird daher durch die 100%ige Abschöpfung der Kapitalrenditen ersetzt. Die Erbschaftsteuer, einst dazu gedacht, Privilegien abzuschaffen, ist in Deutschland auf einen Minimalwert geschrumpft. Sie hat den großen Nachteil, dass sie nicht nur das Privileg, sondern auch die Leistung schädigen kann, dann nämlich wenn sie schwache Betriebe trifft. Als viel wirksamer und ohne solche unerwünschten Nebeneffekte werden sich daher Maßnahmen gegen das ‚Machtsparen' erweisen.

Wie aus der obigen Tabelle ersichtlich wird die Steuerlast der Unternehmen in der Anfangsphase wesentlich vermindert. Die Befürchtung, dass erfolgreiche Unternehmen im neuen System übermäßig hohen Profit machen könnten, ist dennoch unberechtigt. In einer *funktionierenden Marktwirtschaft* verhindern Wettbewerb und Kartellamt Monopolbildungen, die zu unverhältnismäßiger Bereicherung führen. Kürzere Fristen für den Patentschutz, der ebenfalls solche Ungleichgewichte hervorbringt, sollte man in Erwägung ziehen.

---

[124] Auch im Inland sollen die Sollzinsen keineswegs abgeschafft werden, denn sie bilden ein wichtiges Steuerungsinstrument für sinnvolle Investitionen. Die Belastung der Preise durch Zinsen, Dividende etc. bleibt also bestehen. Da der Staat aber die gesamten Habenzinsen und Dividende des parasitären Transfers abschöpft, kann er mit diesen Mitteln im besten Fall die gesamte Lohnsteuer ersetzen.

[125] Prof. Lorenz Jarass, bekannter deutscher Steuerexperte, riet mir, Anhang III fortzulassen, also nur bei der im Text beschriebenen allgemeinen Forderung nach einer progressiven, von einem Zentralcomputer erhobenen Konsumbesteuerung zu bleiben. Andernfalls müsste ich, um glaubwürdig zu sein, konkrete Zahlen liefern. Aber ist das überhaupt möglich? Konkret kann nur die Kapitalertragsteuer sein, da sie ungefähr der Höhe der Lohnsteuer entspricht. Das Verhältnis zwischen Erst- und Endverbrauchsteuer geht aber aus politischer Setzung hervor, die sich nicht im Voraus berechnen lässt.

Literaturverzeichnis

Acemoglu, D., & Robinson, J. A. (2012). *Why Nations Fail.* New York: Crown Publisher.
Bairoch, P. (1995). *Economics and World History.* Chicago: Chicago Press.
Batra, R. (1994). *The Myth of Free Trade.* New York: Touchstone.
Chang, H.-J. (2002). *Kicking away the Ladder.* London: Anthem.
Creutz, H. (2012). *Das Geldsyndrom.* Mainz: Druck- & Verlagshaus Mainz.
Daly, H. E. (1993). The Perils of Free Trade. *Scientific American* (November 1993).
Galbraith, J. K. (1997). *American Capitalism.* New Brunswick: Transactions Publishers.
Goldsmith, J. (1996). *Die Falle.* Hamburg: Deukalion.
Goldsmith, J. (1993). *The Trap.* Paris: Fixot.
Graeber, D. (2011). *Debt - The First 5,000 Years.* New York: Melville House.
Jarass, L., & Obermair, G. (2014). *Faire und effiziente Unternehmensbesteuerung.* Münster: MV-Münster.
Jenner, G. (1999). *Das Ende des Kapitalismus - Triumph oder Kollaps eines Wirtschaftssystems?* Frankfurt a. Main: S. Fischer.
Jenner, G. (2008). *Das Paramidenspiel.* Wien: Signum.
Jenner, G. (1997). *Die arbeitslose Gesellschaft - Gefährdet Globalisierung den Wohlstand?* Frankfurt: S. Fischer.
Jenner, G. (2006). *Energiewende - So sichern wir Deutschlands Zukunft.* Berlin: Propyläen.
Jenner, G. (2012). *Von der Krise ins Chaos.* Wien: Signum.
Jenner, G. (2010). *Wohlstand und Armut.* Marburg: Metropolis.
Kennedy, P. (1997). *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert.* Frankfurt: S. Fischer.
Keynes, J. M. (1964). *The General Theory of Employment Interest and Money.* New York: Harcourt Brace.
Kohr, L. (1978). *The Breakdown of Nations.* New York: Dutton.
Krysmanski, H.-J. (2012). *0,1 Prozent - das Imperium der Milliardäre.* Frankfurt/Main: Westend Verlag.
List, F. (1910). *Das nationale System der politischen Ökonomie.* Jena: Gustav Fischer.
Martin, H.-P., & Schumacher, H. (1996). *Die Globalisierungsfalle.* Reinbek: Rowohlt.
Miegel, M. (2002). *Die deformierte Gesellschaft.* Berlin: Propyläen.
Miegel, M. (2010). *Exit - Wohlstand ohne Wachstum.* Berlin: Propyläen.
Miegel, M. (2014). *Hybris - Die überforderte Gesellschaft.* Berlin: Propyläen.
Peukert, H. (2013). *Das Moneyfest.* Marburg: Metropolis-Verlag.

Piketty, T. (2014). *Capital in the Twenty-First Century.* Cambridge: Belknap Press.
Piketty, T. (2004). *L'Économie des Inégalités.* Paris: Éditions La Découverte.
Pollak, R. (2011). *Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung.* Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
Reich, R. (1992). *The Work of Nations.* New York: Vintage.
Roberts, P. C. (2013). *The Failure of Laissez Faire Capitalism And Economic Dissolution of the West.* Kindle Edition.
Sarrazin, T. (2014). *Der neue Tugendterror.* München: DVA.
Scherhorn, G. (2008). *Geld soll dienen, nicht herrschen. Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals.* Wien: Picus Verlag.
Scherhorn, G. (2008). *Nachhaltige Entwicklung.* Erkelenz: Altius.
Schmidt-Bleek, F. (2014). *Grüne Lügen: Nichts für die Umwelt, alles fürs Geschäft - wie Politik und Wirtschaft die Welt zugrunde richten.* Kindle Edition.
Schumacher, E. F. (1973). *Small is Beautiful.* Blond & Briggs.
Schumann, H., & Christiane, G. (2008). *Der Globale Countdown.* Köln: Kiepenheuer & Witsch.
Steingart, G. (2006). *Weltkrieg um Wohlstand.* München: Piper.
Stiglitz, J. (2006). *Making Globalization Work.* New York: Norton.
Stiglitz, J. (2012). *The price of inequality : how today's divided society endangers our future.* New York: Norton & Comp.
Tocqueville, A. (2012). *De la Démocratie en Amérique.* Paris: Institut Coppet.
Weizsäcker, E. U. (2014). *Faktor Fünf.* Kindle Edition.
Zucman, G. (2014). *Steueroasen - Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird.* Berlin: ebook Suhrkamp Verlag.

Index

(Personenverzeichnis; Sachbegriffe – kursiv – erscheinen hier nur, sofern sie vom Autor zur Diskussion gestellt werden)

A

Acemoglu, Daron, 11, 70
Aubauer, Hans-Peter, 59

B

Batra, Ravi, 62
Becker, Irene, 87
Bleek, Friedrich, 11
Bofinger, Peter, 31
Brand, Ulrich, 48

C

Chang, Ha-Joon, 70
Chomsky, Noam, 4, 12, 33
Clinton, Bill, 61
Creutz, Helmut, 31, 87, 94

D

Daly, Herman E., 62, 73

E

Eccles, Marriner, 31
Endverbrauchssteuer, 54
Engels, Wolfram, 87
Erbschaftssteuer, 44, 99
Erstverbrauchssteuer, 54
Erträge, leistungslose, 20

F

Ford, Gerald, 61
Fukuyama, Francis, 68

G

Galbraith, John Kenneth, 35, 43
Gates, Bill, 15
Gini, Corrado, 31
Gini-Koeffizient, 31
Goldsmith, James, 62
Graeber, David, 43

H

Hauser, Richard, 87

J

James, William, 76
Jarass, Lorenz, 58, 82, 83, 97, 99
Jobs, Steve, 15

K

Kapitalertragssteuer von 100% / leistungsloses Einkommen, 14, 15
Kapitalflucht, 44
Kapitalismus, 3, 28
Keynes, John Maynard, 33, 43, 76, 80
Kommunismus, 82
Konsumkarte, 54
Konsumsparen / Machtsparen, 8, 31, 34, 73
Konsumsteuer, progressive, 54
Konsumsteuer, progressive / Mehrwertsteuer, 51
Kremer, Jürgen, 94
Krugman, Paul, 59
Krysmanski, Hans-Jürgen, 11, 16, 82

L

Lincoln, Abraham, 70
List, Friedrich, 61

M

Machtsparen / Konsumsparen, 34, 99
Martin, Hans-Peter, 27, 71
Marx, Karl, 51, 80
Merrill Lynch, 87
Miegel, Meinhard, 22, 44, 48, 49, 76
Mierheim, Horst, 87
Mill, John Stuart, 50, 62
Müller-Reißmann, Friedrich, 94

N

Neuer Fiskalismus, 54

Ö

Ökologiekoeffizient, 55
Ökologische Feinsteuerung des Konsums, 55

P

Parasitärer Transfer, 20, 61, 83
Peukert, Helge, 71
Piketty, Thomas, 17, 66
Plutokratie, 4, 12, 76
Pollak, Reinhard, 30
Privilegiengesellschaft / Leistungsgesellschaft, 3, 16

R

Reagan, Ronald, 62
Reich, Robert, 61

Rifkin, Jeremy, 27
Roberts, Paul Craig, 62, 67
Robinson, James, 11
Rogoff, Kenneth, 59
Roosevelt, Franklin D., 31
Rürup, Bert, 8

S

Sarrazin, Thilo, 13
Scherhorn, Gerhard, 8, 43
Schmidt-Bleek, Friedrich, 59
Schumann, Harald, 27, 71, 76
Schumpeter, Joseph, 25, 27
Sinn, Hans-Werner, 67
Smith, Adam, 10, 61
Soros, George, 8, 15
Steingart, Gabor, 70
Stiglitz, Joseph, 17, 68, 76

T

Thatcher, Margaret, 14

U

Uexüll, Jakob von, 76
Umverteilung, 20
Ungleichheit, leistungs- / privilegienbedingt, 18, 19

V

Verdrängungshandel, 70
Vermögenssubstanzbesteuerung, 39, 43
Vermögensteuer, 44, 99
Vermögenszuwachssteuer, 37, 43

W

Wahlrecht, 4
Weber, Max, 43
Weizsäcker, Ernst Ulrich v., 48, 61
Wicke, Lutz, 87

Y

Yellen, Janet, 11

Z

Zentralcomputer, fiskalischer, 53
Zins, Nullzins, 30
Zins, Risikozinsen, 82
Zins, Sollzinsen/ Habenzinsen, 81, 99
Zinslast auf den Preisen, 84, 99
Zucman, Gabriel, 30, 82, 95